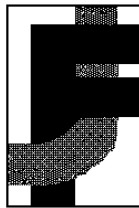


Eberhart Schulz

ABKEHR VON INNERPARTEILICHER DEMOKRATIE
Die Formierung der SED zur „Partei neuen Typus“ in Thüringen
1948 bis 1951



JENAER FORUM FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT E.V.

Schriftenreihe
Heft 32

Jena 1998

Redaktionskollegium:

Prof. Dr. Ludwig Elm

Prof. Dr. Gisela Kahl

Prof. Dr. Manfred Weißbecker

Prof Dr. Michael Wegner

Druck:

Jugendwerkstatt Jena

Am Steinbach 15

07743 Jena

INHALT

Vorwort	3
Historische und politische Rahmenbedingungen	6
Beginn des unverhüllten Wandlungsprozesses der SED (1948)	18
Auswirkungen der 1. Parteikonferenz der SED (Anfang bis Mitte 1949)	36
Neue Strukturen und neue Kader (Mitte bis Ende 1949)	47
Alte und neue Feinde (1950)	56
Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten (1951)	69
Fazit	84

Vorwort

Immer wieder wird der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) vorgeworfen, sie stehle sich aus ihrer Geschichte, sie stehe nicht zu ihrer Vergangenheit. Diese Unterstellungen entbehren jeder Grundlage und können unter Verweis auf zahlreiche Veranstaltungen und Publikationen der PDS, ihrer Mitglieder und Sympathisanten zu Fragen der Geschichte der SED widerlegt werden. Wenn sich auch keine andere Partei so kritisch mit ihrer Vergangenheit befaßt hat, ist dennoch in dieser Hinsicht noch manches zu tun. Die vorliegende Untersuchung will einen weiteren Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Geschichte der SED leisten. Dabei geht es um einen klaren, nüchternen Blick auf diese Vergangenheit, frei sowohl von jeglicher Glorifizierung als auch von jedweder Verteufelung. Es kommt darauf an, die innere Widersprüchlichkeit des Geschehens aufzudecken, Fehlentwicklungen und Mißstände zu charakterisieren und deren Ursachen und Bedingtheiten nachzuspüren. Dabei müssen früher eingenommene Standpunkte kritisch geprüft und eigene Irrtümer schonungslos korrigiert werden. Mit einer solchen Sicht ist jedoch keineswegs eine Herabwürdigung von Leistungen, lauterem Motiven und achtbaren Bestrebungen damaliger Parteimitglieder verbunden. Sie läßt aber die Kompliziertheit und Vielschichtigkeit der Entwicklung sichtbar werden und damit auch deren Janusköpfigkeit. Dadurch können zugleich noch vorhandene idealisierende und verklärte Vorstellungen von der Geschichte der SED zurechtgerückt und Auseinandersetzungen auch mit persönlicher Verantwortung angeregt werden.

Besonders der Charakter der SED und die Wandlungen, die dieser im Laufe ihrer 43jährigen Geschichte erlebte, lösen immer wieder Diskussionen nicht nur unter Mitgliedern der PDS und ihr nahestehenden Bürgern aus, sondern auch stets wiederkehrende Angriffe seitens ihrer politischen Gegner. Vor einem halben Jahrhundert vollzogen sich in der SED mehrere eng miteinander verwobene Prozesse, die zu einer grundlegenden Veränderung des seit ihrem Entstehen existierenden Charakters führten.

Am Beispiel Thüringens soll den Vorgängen, die in den Jahren 1948 bis 1951 zum Wandel des Wesens der SED von einer noch weitgehend demokratischen Massenpartei zu einer nach dem Vorbild der KPdSU gestalteten Partei geführt haben, vor allem auf der Ebene der Landesorganisation und punktuell auch auf der Ebene einzelner Kreis- und Betriebsorganisationen nachgegangen werden. Dabei sollen sowohl die Defizite für die demokratische Entwicklung in der Partei und nachfolgend in der gesamten Gesellschaft als auch persönlich erlittenes Unrecht herausgearbeitet werden. Anzustreben ist, die Partei in ihrem realen, zeitgegebenen Zustand zu zeigen, also die Erfassung der Normalität des Parteilebens, wobei der Widerspruch zwischen Anspruch und Realität nicht ausgeblendet werden darf. Viele der benutzten Quellen spiegeln in starkem Maße Außergewöhnliches, die Überlieferungen der Parteikontrollkommissionen fast nur das im damaligen Parteiverständnis Negative wider. Deshalb sollen Engagement, Enthusiasmus, Opferbereitschaft und die gegenseitige Hilfe der Parteimitglieder zumindest angedeutet werden, obwohl die Untersuchung natürlich keine Geschichte der SED im

Lande Thüringen in ihrer ganzen Breite liefern kann. Ihr Gegenstand sind wesentliche Aspekte des innerparteilichen Lebens, wobei Fragen der organisatorischen und ideologischen Arbeit nur gestreift werden können. Völlig außer Betracht bleiben die Aktivitäten der Partei zur Leitung von Staat, Wirtschaft und geistig-kulturellem Leben.

Ausgangspunkt der Darstellung sind die gesellschaftlichen Notwendigkeiten, die sich aus dem unabdingbaren Erfordernis einer Alternative zum Imperialismus ergaben, der Deutschland in zwei verheerende Weltkriege geführt hatte. Zu fragen ist nach den Faktoren, die den Struktur- und Charakterwandel der SED hervorriefen oder ihn nachdrücklich beeinflussten. Dabei soll versucht werden zu unterscheiden, welche Probleme primär aus den Bestrebungen der „Stalinisten“, welche aus der Verschärfung des internationalen Klassenkampfes seitens des Imperialismus und durch Restaurationsbestrebungen entstanden. Untersucht werden müssen die Motive derjenigen, die den Charakterwandel der Partei anstrebten, weshalb sie den „Sozialdemokratismus“ bekämpften und was sie darunter verstanden. Gleichzeitig sind auch die Motive derjenigen zu ergründen, die den Charakterwandel der SED verhindern wollten, wobei auch der Frage nicht ausgewichen werden soll, inwieweit die Vorwürfe und Anschuldigungen gegen sogenannte „Parteifeinde“ berechtigt waren oder zumindest aus damaliger Sicht erschienen. Natürlich blickt man von der Warte heutiger Einsichten und Erkenntnisse auf die damaligen Ereignisse. Dennoch dürfen diese nicht allein und vor allem nicht in erster Linie zum Maßstab für die Bewertung der historischen Erscheinungen und Abläufe werden, sondern der in jenen Jahren von der SED selbst gesetzte Anspruch, ausgedrückt in den Dokumenten der Vereinigungsparteitages von 1946, ist vornehmlich als Kriterium heranzuziehen.

Der Untersuchungsgegenstand berührt natürlich in hohem Maße unser heutiges Demokratie-Verständnis und veranlaßt zu einem Neudurchdenken des Verhältnisses von Demokratie und Sozialismus. Er kann auch Anregungen geben zur Gewinnung eines neuen, zeitgerechten Partei-Verständnisses.

Ich bin in gewissem Sinne Zeuge der damaligen Entwicklung gewesen, wenn auch nur als „Außenstehender“, denn in den in der Untersuchung abgehandelten Jahren war ich nicht Mitglied der SED. Dennoch war ich von den Geschehnissen indirekt berührt. Nach meiner 1948 erfolgten Entlassung aus dem NKWD-Speziallager Mühlberg (Elbe) entstanden mir erhebliche politische Schwierigkeiten dabei, den von mir angestrebten Weg in der neuen Gesellschaft zu gehen. Das begann mit dem Kampf um die Wiederaufnahme in die Oberschule, um meine 1944 durch den Kriegseinsatz unterbrochene Schulausbildung mit dem Abitur abschließen zu können, setzte sich fort bei meinen Bemühungen um die Aufnahme der Tätigkeit als Lehrer und später um die Genehmigung, Geschichtsunterricht erteilen zu dürfen. Aber bei all diesen Hindernissen, die aufgerichtet wurden, fand ich auch stets Mitglieder und Funktionäre der SED, die mir beistanden und mich in meinen Bestrebungen unterstützten. Mit manchen von ihnen war ich bald auch persönlich eng verbunden. Ich erlebte die SED folglich als eine Erscheinung mit vielen, recht unterschiedlichen Gesichtern. Manche übten Vorgänge in der Partei habe ich dunkel geahnt, von anderen andeutungsweise gehört. Vieles lehnte ich instinktiv ab, wie die führende Rolle der Partei, die Behandlung der Massenorganisationen als

„Transmissionsriemen“, das Aufbauschen von Erfolgen oder gar ihr bloßes Herbeireden. Andererseits stellte die Entwicklung in Westdeutschland für mich keine Alternative dar; ich begrüßte das Vorankommen auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet und bejahte ausdrücklich unser Bildungswesen. Allmählich wuchs ich - vor allem durch die Ausbildung und die Tätigkeit als Lehrer für das Fach Geschichte - in die Gedankenwelt des Marxismus-Leninismus hinein. Das erklärt auch meine spätere Einstellung zu bestimmten Fragen der Parteigeschichte.

Zur Geschichte der SED in Thüringen habe ich bereits einmal in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre forschungsmäßig gearbeitet. Obwohl ich schon damals die Methoden der Umwandlung der Partei, die Art und Weise des Vorgehens gegen abweichende Auffassungen und gegen deren Vertreter bedenklich fand, hielt ich auf Grund meiner Einbindung in die Denkmuster des Marxismus-Leninismus die Entwicklung der SED zu einer Partei nach Leninschem Muster für erforderlich und rechtfertigte sie. Gründliches Nachdenken über die Folgen und Auswirkungen einer solchen Entwicklung und die Kenntnisnahme damals unzugänglicher Quellen haben mich zur Überprüfung meiner damaligen Einstellung und zu einer kritischen Sicht auf diese Ereignisse geführt.

Deshalb will ich frei von Vorurteilen - wenn auch natürlich nicht ohne Standpunkt - die Vorgänge in Thüringen anhand der Quellen (unter Beachtung quellenkritischer Maßstäbe) möglichst allseitig untersuchen und sie dabei in das nationale und internationale Geschehen, in ihre historischen Zusammenhänge einordnen.

Beim Zustandekommen der vorliegenden Arbeit habe ich vielfältige Unterstützung erfahren. Mein Dank gilt hierbei besonders den Mitarbeitern des Thüringischen Hauptstaatsarchivs in Weimar für Beratung und Bereitstellung von Quellenmaterial. Zu danken ist außerdem den Mitgliedern der AG Geschichte beim Landesvorstand der PDS für die anregenden Diskussionen zu Problemen, die mit dieser Untersuchung aufgeworfen wurden, sowie Dr. Jochen Cerný und Prof. Dr. Siegfried Prokop für ihre grundsätzlichen wie detaillierten Hinweise und Anregungen.

Eberhart Schulz

Jena, im Februar 1998

Historische und politische Rahmenbedingungen

Vor mehr als 150 Jahren hatte Karl Marx konstatiert: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.“¹ Da diese Umstände selbst wieder ihre eigene Geschichte haben, macht sich als Einstieg in die Thematik ein kurzer, resümierender geschichtlicher Rückblick erforderlich.

Der seit der Jahrhundertwende sich herausbildende Imperialismus der großen Mächte führte im 1. Weltkrieg zu einer umfangreichen und folgenschweren militärischen Auseinandersetzung zwischen ihnen. Für die betroffenen Völker brachte sie tiefgreifende Folgen mit sich: Millionen von Toten, materielle Zerstörungen von erheblichem Ausmaß, Lebensmittelknappheit und in manchen Gebieten Hunger, Seuchen und Obdachlosigkeit. An diesen Folgen trug die imperialistische Bourgeoisie sowohl objektiv als auch subjektiv eindeutig Schuld. Diese Folgen stellten deshalb eine historisch-politische Aufforderung dar, eine gesellschaftliche Alternative zu diesem System zu suchen, das sie verursacht hatte.

In Rußland hatte die Massenbewegung zur Beendigung des Krieges und der Not, für Frieden und Brot 1917 zum Sturz des Zarismus in der Februarrevolution geführt, die - da durch sie die elementaren Forderungen der Massen nicht erfüllt worden waren - durch die Bolschewiki in die Oktoberrevolution hinübergeleitet werden konnte. Das von dieser geschaffene gesellschaftliche System schien die Alternative zum Imperialismus zu sein; dafür begeisterten sich die werktätigen Menschen in aller Welt. Nach dem 2. Weltkrieg mit seinen noch weit verheerenderen Folgen für die gesamte Menschheit und angesichts der Verbrechen des Faschismus wurde die Schaffung einer solchen Alternative dringlicher als je zuvor.

In Deutschland war der überwiegenden Mehrheit der Bürger mehr oder weniger bewußt, daß ein neuer Weg der Entwicklung beschritten werden mußte. Die demokratischen politischen Kräfte verkündeten allesamt, sich vom Monopolkapitalismus verabschieden zu wollen, wenn das auch im Einzelnen recht unterschiedlich begründet wurde und recht unterschiedliche Vorstellungen von der neuen Gesellschaft entworfen wurden. Kommunisten und Sozialdemokraten bildeten den linken Flügel der zu gesellschaftlichen Veränderungen entschlossenen Kräfte; sie waren zu weitgehenden und grundlegenden Schritten bereit. Angesichts der Ursachen und der Auswirkungen des 2. Weltkrieges war ein von der Herrschaft der Junker und Monopolherren befreites Deutschland ein historisch und politisch legitimes Ziel.

Auch die Alliierten drängten auf Veränderung der politischen, ideologischen und zum Teil auch der ökonomischen und sozialen Struktur Deutschlands, wobei auch bei ihnen erhebliche Divergenzen dahingehend festzustellen waren, wie weit diese Umgestaltungen gehen sollten.

¹ Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 8, S. 115.

Die Alliierten konnten solche Veränderungen wohl initiieren, aber ohne die aktive und massenhafte Teilnahme der Deutschen selbst waren sie nicht zu verwirklichen.

Dabei spielten vielfältige subjektive Faktoren eine nicht zu unterschätzende Rolle. Für die meisten der aus der Arbeiterbewegung kommenden Funktionäre stellte die einzuleitende gesellschaftliche Entwicklung einen Neuanfang nach der mit dem Machtantritt des Faschismus erlittenen Niederlage dar. Die einstige Niederlage wurde jetzt beglichen durch einen Sieg, der zwar nicht der eigenen Kraft im Widerstandskampf zu verdanken war, sondern den militärischen Anstrengungen der Alliierten, wobei die herausragende Rolle der Sowjetunion besonders betont wurde; wohl aber legitimierte der Widerstandskampf die Teilhabe am Sieg. Diese Auffassungen harmonisierten zum großen Teil mit den Lebenserfahrungen der Menschen nach Kriegsende, mit ihrer kategorischen Ablehnung des Krieges, mit ihrer Erkenntnis, daß völlig neue Verhältnisse geschaffen werden mußten, die eine Wiederholung von Faschismus und Krieg unmöglich machten. Die Erfahrung, daß die Institutionen des bürgerlichen Staates, der bürgerlichen Demokratie den Faschismus nicht hatten verhindern können, förderte die Skepsis gegenüber diesen Institutionen, so daß der Wunsch nach „radikalem Aufräumen“, nach tiefgreifenden und konsequenten Veränderungen der Gesellschaft weit verbreitet war. Er erfaßte vor allem junge Menschen, die in der Zeit der Weimarer Republik geboren, im faschistischen Deutschland groß geworden, den Krieg mit all seinem Grauen bewußt erlebt hatten. Für einen erheblichen Teil von ihnen war das Verlangen nach einem raschen und gründlichen Wandel ein entscheidendes Motiv für den Eintritt in die SED geworden. Sie drängten voller Ungestüm auf möglichst schnelle Veränderungen, vielfach ohne gründliches Abwägen der Vor- und Nachteile der ins Auge gefaßten Schritte, was angesichts der Schwere der zu lösenden Probleme und der Not der ersten Nachkriegsjahre wohl verständlich war, aber zugleich einen günstigen Boden schuf für die Akzeptanz auch mancher undemokratischen Maßnahme.

Die führenden Kräfte der nun wieder legalen Arbeiterbewegung, vor allem die der Kommunisten, strebten dem Imperialismus und Faschismus völlig entgegengesetzte Ziele der gesellschaftlichen Entwicklung an, hatten jedoch über adäquate Mittel und Methoden dafür nicht in ausreichendem Maße nachgedacht. Daher rührte der fatale Umstand, daß die Verwirklichung demokratischer und humanistischer Ziele vielfach mit Mitteln angegangen wurde, die aus überwunden geglaubten Zeiten stammten. Die Auffassung, daß der (gute) Zweck die Mittel heilige, erwies sich als ungemein schädlich für die demokratische Erneuerung des gesellschaftlichen Lebens.

Nicht unbedenklich war außerdem die Inanspruchnahme von Traditionen der deutschen und der russischen revolutionären Arbeiterbewegung für den Neuaufbau der Gesellschaft, ohne zu prüfen, ob und inwieweit sie sich tatsächlich für die Schaffung neuer gesellschaftlicher Verhältnisse unter völlig veränderten zeitlichen und örtlichen Bedingungen eigneten. Zu bedenken ist ferner, daß der unbändige Wille der führenden Mitglieder der revolutionären Arbeiterbewegung, unter allen Umständen eine Wiederkehr des Faschismus zu verhindern, natürlich ein Streben nach Machterhalt zur Folge hatte, das sich allerdings später verselbständigte.

Auch das Mißtrauen der Führung gegenüber der Parteibasis und der Bevölkerung hatte ur-

sprünglich seine Wurzel in der Besorgnis, die Massen könnten noch vom Faschismus beeinflusst sein, was angesichts der breiten Zustimmung, die das Hitlerregime in der deutschen Bevölkerung gefunden hatte, durchaus nicht abwegig war.

Bei der Aufnahme von Traditionen der Arbeiterbewegung für den Neuanfang nach dem Kriege nahm die in ihr entstandene und weiterentwickelte Auffassung von der Partei einen bedeutenden Platz ein. Sie hat ihren Ursprung bei Karl Marx und Friedrich Engels, die im „Manifest der Kommunistischen Partei“ formulierten: „Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.“² Mehr als vier Jahrzehnte später betonte Friedrich Engels nochmals, das Proletariat müsse, um siegen zu können „eine besondere Partei“ bilden, „getrennt von allen anderen und ihnen entgegengesetzt, eine selbstbewußte Klassenpartei.“³ Aus diesen Worten läßt sich durchaus auch der Anspruch auf die führende Rolle der Kommunistischen Partei in der Arbeiterbewegung herauslesen. Die in den für den „Bund der Kommunisten“, der ersten kommunistischen Partei, 1847 ausgearbeiteten Statuten enthaltenen Organisationsprinzipien zielten darauf, das einheitliche Handeln des Bundes zu gewährleisten und zu sichern, daß die von der Leitung gefaßten Beschlüsse durchgeführt wurden; alle Leitungen sollten von unten nach oben gewählt und von den jeweiligen Mitgliedern wieder abgesetzt werden können.⁴

In dieser Tradition wirkte die deutsche Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert weiter, so daß Lenin 1920 meinte, „daß die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie der Partei am nächsten kam, wie sie das revolutionäre Proletariat braucht, um siegen zu können.“⁵ Die 1869 unter maßgeblicher Mitwirkung August Bebel's in Eisenach gegründete „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ beruhte auf demokratischen Grundsätzen, die es den Mitgliedern ermöglichten, sich aktiv an der Lösung von Fragen der Theorie und Politik der Partei zu beteiligen; zugleich sicherten sie eine wirksame zentrale Führung.⁶ Die im Ergebnis der Vereinigung mit den Lassalleanern 1875 entstandene „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ übernahm den Parteaufbau der Eisenacher. Natürlich gab es in der Folgezeit im einzelnen manche Veränderung in der Organisationsstruktur der deutschen Sozialdemokratie, aber schon um die Jahrhundertwende waren Parteidisziplin, Verbindlichkeit von Parteibeschlüssen sowie die Unterordnung unter die Interessen der Gesamtpartei zu Normen sozialdemokratischen Parteilebens in Deutschland geworden.⁷

² Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 4, Berlin 1959, S. 474.

³ Friedrich Engels an Gerson Trier in Kopenhagen, 18. Dezember 1889. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 37, Berlin 1967, S. 326.

⁴ Vgl. Dokumente zur Geschichte der SED. Bd. 1, Berlin 1981, S. 7-13.

⁵ W. I. Lenin: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: Werke. Bd. 31, Berlin 1959, S. 18.

⁶ Vgl. Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. 1, Berlin 1988, S. 267.

⁷ Vgl. ebenda, S. 567/568.

Im zaristischen Rußland konnte die Arbeiterbewegung nur illegal tätig sein. Als Lenin durch die Schaffung einer Zeitung, eines „Zentralorgans“, darauf abzielte, den Kampf gegen den Zarismus einheitlich führen zu können, formulierte er in Anlehnung an Organisationsprinzipien der deutschen Sozialdemokratie erste Gedanken zu dem, was später als „demokratischer Zentralismus“ bezeichnet wurde.⁸ Nach seiner Auffassung schloß das demokratische Prinzip als notwendige Vorbedingung „erstens vollständige Publizität und zweitens Wählbarkeit aller Funktionäre“⁹ ein. Beides war aber unter den Bedingungen der Illegalität unerfüllbar; eine Geheimorganisation konnte nicht öffentlich arbeiten und deshalb konnten die Mitglieder auch die Entwicklung, die Eigenschaften und das Verhalten der zu wählenden Funktionäre gar nicht wirklich kennen lernen, wie er an gleicher Stelle konstatierte. Damit konnte das demokratische Prinzip von Anfang an nicht verwirklicht werden. Lenin hat aber dessen ungeachtet auf dem Vereinigungsparteitag der Bolschewiki und der Menschewiki 1906 gefordert, das Prinzip der Wählbarkeit in den Parteiorganisationen von unten bis oben durchzuführen.¹⁰

Der Parteitag sollte das höchste Organ der Partei sein. Er „vereinigt nach Möglichkeit alle Vertreter der aktiven Organisationen, ernennt die zentralen Körperschaften ... und macht sie bis zum nächsten Parteitag zur obersten Instanz.“¹¹ Er betonte außerdem, daß diese oberste Instanz ihre Vollmachten vom Parteitag zu erhalten habe¹², und daß die Parteimitglieder von ihren Beauftragten generell die Erfüllung ihrer Pflichten den Auftraggebern gegenüber durchsetzen müßten.¹³

Um die Einheitlichkeit zu sichern, verlangte Lenin die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit.¹⁴ Zugleich forderte er jedoch, „über die rechtliche Lage der Minderheit (jeder beliebigen Minderheit) nachzudenken. Die Erfahrung lehre nämlich, „daß es notwendig ist, die Rechte jeder Minderheit im Parteistatut sicherzustellen, damit die ständigen und nicht zu beseitigenden Quellen der Unzufriedenheit, der Gereiztheit und des Kampfes“ vom Niveau des Gezänks auf das des Ringens „um die eigenen Überzeugungen“¹⁵ gehoben würden. Zu solchen Garantien zählte Lenin, daß der Minderheit eine Gruppenvertretung auf den Parteitagen mit voller Redefreiheit zugebilligt wird. Die Minderheit müsse das Recht haben, ihre Ansichten zu vertreten und den ideologischen Kampf zu führen, solange dadurch keine Desorganisation der Partei herbeigeführt werde und die Kräfte nicht zersplittert würden.¹⁶ Außerhalb des einheitlichen Handelns müsse „die breiteste und freieste Erörterung und Verurteilung jener

⁸ Vgl. W. I. Lenin: Unsere nächsten Aufgaben. In: Werke. Bd. 4, Berlin 1958, S. 212-215.

⁹ Ders.: Was tun?, S. 495.

¹⁰ Vgl. ders.: Taktische Plattform zum Vereinigungsparteitag der SDAPR. In: Werke. Bd. 10, Berlin 1972, S. 156.

¹¹ Ders.: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. In: Werke. Bd. 7, Berlin 1956, S. 401.

¹² Ebenda, S. 289.

¹³ Vgl. ders.: Endlose Ausflüchte. In: Werke. Bd. 8, Berlin 1958, S. 215.

¹⁴ Vgl. ders.: Reden über die Einberufung des III. Parteitages. In: Werke. Bd. 7, S. 173.; ders.: Über die Einheit. In: Werke. Bd. 20, Berlin 1961, S. 339; ders.: Die Antwort der Arbeiter auf die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. In: Ebenda, S. 522.

¹⁵ Ders.: Was erstreben wir? In: Werke. Bd. 7, S. 456.

¹⁶ Vgl. ders.: Bericht über den III. Parteitag der SDAPR. In: Werke. Bd. 8, S. 434/435.

Schritte, Beschlüsse und Tendenzen, die wir für schädlich halten“¹⁷ möglich sein. Denn nur „in solchen Diskussionen, Resolutionen und Protesten kann eine wirkliche öffentliche Meinung unserer Partei erarbeitet werden. Nur unter dieser Bedingung wird sie eine wirkliche Partei sein, die ihre Meinung stets kundzumachen weiß und die richtigen Wege findet, um die Meinung, die sich herausgebildet hat, in Beschlüsse eines neuen Parteitages umzuwandeln.“¹⁸ Zu Recht verlangte Lenin, daß bei wichtigen Fragen alle Mitglieder ihre Auffassung selbständig und jeder für sich vortragen können.¹⁹ Zusammenfassend äußerte er sich dazu mit den Worten: „Einheit der Aktion, Freiheit der Diskussion und der Kritik“.²⁰

Das Prinzip des demokratischen Zentralismus sah Lenin gekennzeichnet durch „die Wahrung der Rechte jeder loyalen Opposition, ... die Autonomie jeder Parteiorganisation“²¹, ... die Anerkennung der Wählbarkeit, Rechenschaftspflicht und Absetzbarkeit aller Parteifunktionäre“²². In der Verwirklichung dieser Grundsätze sah er „eine Garantie gegen Spaltungen, eine Garantie dafür, daß der ideologische Kampf in der Partei mit der strengsten organisatorischen Einheit, mit der Unterordnung aller unter die Beschlüsse des allgemeinen Parteitages durchaus vereinbar sein kann und sein muß.“²³

Lenins Parteiauffassung hatte sich unter den spezifischen Bedingungen des zaristischen Rußlands herausgebildet, die für die Tätigkeit der Partei Illegalität und brutale Verfolgung bedeuteten. Daraus ergaben sich die Grundsätze der strengen Konspiration, der hierarchischen Gliederung und der zentralistischen Leitung²⁴, ohne die ein erfolgreiches revolutionäres Wirken der Partei unter diesen Umständen nicht möglich war. Dennoch blieben demokratische Elemente in seiner Parteiauffassung erhalten.

Nach der Oktoberrevolution und der Errichtung der Sowjetmacht rückte Lenin jedoch deutlich gerade von diesen Positionen ab. So verlangte er in den von ihm verfaßten Aufnahmebedingungen für die Kommunistische Internationale von einer kommunistischen Partei, daß sie „möglichst zentralistisch organisiert ist“, daß „in ihr eine eiserne Disziplin herrscht, die an militärische Disziplin grenzt“, daß „ihr Parteizentrum ein starkes, autoritatives Organ mit weitgehenden Vollmachten ist“ und daß „periodische Reinigungen (Umregistrierungen) des Mitgliederbestandes“ erfolgen müssen.²⁵ Später forderte er die Unterbindung jeglicher Frakti-

¹⁷ Ders.: Bericht über den Vereinigungsparteitag der SDAPR. In: Werke. Bd. 10, Berlin 1972, S. 384.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Vgl. ders.: Die Sozialdemokratie und die Wahlen in Petersburg. In: Werke. Bd. 11, Berlin 1958, S. 438.

²⁰ Ders.: Der Kampf gegen die kadettisierenden Sozialdemokraten und die Parteidisziplin. In: Ebenda, S. 314.

²¹ Darunter verstand er, daß die lokalen Parteiorganisationen in ihrer örtlichen Tätigkeit selbständig sind; vgl. W. I. Lenin: Die Sozialdemokratie und die Wahlen in Petersburg. A.a.O., S. 446.

²² Ders.: Appell an die Partei von den Delegierten des Vereinigungsparteitages, die der ehemaligen Fraktion der „Bolschewiki“ angehört haben. In: Werke. Bd. 10, Berlin 1972, S. 315.

²³ Ebenda, S. 315/316; vgl. auch: Ders.: Die Sozialdemokratie und die Wahlen in Petersburg. A.a.O., S. 438.

²⁴ Vgl. Harald Neubert: War der „Realsozialismus“ zu retten? Reihe „controvers“. Hrsg.: Kommission Politische Bildung des Parteivorstandes der PDS, o.O. u. o.J., S. 25.

²⁵ W. I. Lenin: Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale. In: Werke. Bd. 31, Berlin 1959, S. 197.

onsbildung.²⁶ Wenn er auch in Ergänzung dieses Verlangens auf verschiedenen Möglichkeiten des Vorbringens von Kritik sowie auf dem Recht von ZK-Mitgliedern bestand, sich in grundlegenden Meinungsverschiedenheiten an die gesamte Partei zu wenden, so wurde das in Zukunft kaum mehr wirksam. Wohl sind diese Forderungen unter den schwierigen Verhältnissen in der Zeit des Bürgerkrieges und der ausländischen Intervention, unter den Bedingungen des „Kriegskommunismus“ entstanden und von daher auch erklärbar, dennoch begann damit faktisch der kontinuierliche Prozeß der Unterordnung der Partei unter das Diktat des entstandenen und sich immer mehr ausweitenden Parteiapparats. Durch die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale wurde er auch in den kommunistischen Parteien der übrigen Länder in Gang gesetzt.

Auf die Gefahren, die aus dem Leninschen Parteikonzept zu entspringen drohten, hat Rosa Luxemburg schon frühzeitig hingewiesen. Sie plädierte zwar ebenfalls für eine disziplinierte und entschlossene Partei, die zu führen vermochte, setzte sich zugleich aber für breiteste Demokratie, für Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit sowie für eigenständige politische Bewegung der Massen als gesellschaftliches Korrektiv ein. Sie warnte eindringlich vor einer Summe fertiger Vorschriften, vor Überzentralisierung und Dirigismus der Parteiführer, vor einer Diktatur der Partei oder gar einer Handvoll Politiker.²⁷

Das erste Parteistatut der KPD von 1919 sah zwar eine zentralistisch organisierte Partei vor, doch blieben die Ortsgruppen in ihrer organisatorischen Arbeit - selbstverständlich im Rahmen der Grundsätze und Beschlüsse der Gesamtpartei - selbständig. Die Bezirke wurden von einem Bezirksausschuß geleitet, der von den gewählten Delegierten der Bezirkskonferenz eingesetzt wurde. Höchstes Organ der Gesamtpartei war der Parteitag, dessen Beschlüsse für alle Mitglieder und Organisationen als verbindlich galten. Im Auftrag des Parteitages übernahm ein Zentralkomitee die Geschäftsführung der Partei, wobei zwölf (später sieben) Mitglieder direkt vom Parteitag, dreizehn nach Vorschlägen der Bezirke zu wählen waren.²⁸

In den folgenden Jahren erfolgte jedoch die allmähliche Durchsetzung der von der Kommunistischen Internationale geprägten Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“. Der 10. Parteitag der KPD im Juli 1925 nahm ein neues Statut an, das ein Zentralkomitee zum höchsten Gremium der Partei zwischen den Parteitagen erklärte. Es wählte aus einer Mitte ein Politbüro und ein Orgbüro. Zur Erörterung wichtiger Fragen wurden Parteikonferenzen eingeführt, deren Beschlüsse aber erst nach der Bestätigung durch das Zentralkomitee in Kraft treten konnten.²⁹

Damit traten immer mehr Strukturen nach dem Vorbild der Bolschewiki in Erscheinung. In dem Maße, in dem sich Stalinsche Auffassungen in der Kommunistischen Internationale durchsetzten, erfaßten sie nach und nach die ihr angehörenden Parteien. Dies, aber auch die

²⁶ Vgl. ders.: Ursprünglicher Entwurf der Resolution des X. Parteitages der KPR über die Einheit der Partei. In: Werke. Bd. 32, Berlin 1961, S. 245.

²⁷ Vgl. Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4, Berlin 1974, S. 15-17, 338/339, 353-365.

²⁸ Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 3, Berlin 1966, S. 258.

²⁹ Vgl. ebenda, Bd. 4, Berlin 1966, S. 83.

anhaltenden, häufig mit bewaffneter Gewalt verbundenen Klassenauseinandersetzungen in vielen Ländern, begünstigten eine „Militarisierung“ der revolutionären Arbeiterbewegung. In Deutschland wurde dieser Trend durch die faschistische Terrorherrschaft ungemein verstärkt. Der Terror übte verheerende Wirkungen auf die Psyche der Antifaschisten aus. Sie konnten ihm nur widerstehen, indem sie Gefühle verdrängten, unterdrückten, ja abtöteten. Dieser Panzer einer - erzwungenen - Gefühlskälte machte sie in manchem ihren Peinigern ähnlich. Viele Funktionäre der KPD waren auf diese Weise von den seit den dreißiger Jahren lebensgefährlichen Auseinandersetzungen in der Kommunistischen Internationale, im Moskauer Exil oder in den faschistischen Zuchthäusern und Konzentrationslagern geprägt, was nicht ohne Wirkung auf ihre Tätigkeit in Deutschland nach 1945 bleiben konnte.

Beim politischen Neubeginn der deutschen Arbeiterbewegung nach Kriegsende wirkten also recht unterschiedliche Traditionen nach, wenngleich es in vielen Fragen Übereinstimmung gab. Diese Gemeinsamkeiten bildeten die Grundlage für die - nach wie vor umstrittene - Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in der sowjetischen Besatzungszone 1946. Im ersten Statut der SED wurde im Gegensatz zum Statut des Jahres 1950 der Parteaufbau noch von unten nach oben dargestellt. Die Wählbarkeit der Funktionäre und ihre Rechenschaftspflicht gegenüber den Mitgliedern war enthalten, die Abberufungsmöglichkeit der Funktionäre zumindest angedeutet. Inwieweit die Parteibeschlüsse für alle unteren Organisationen und die Mitglieder verbindlich sein sollten, blieb unklar; es war nicht ausdrücklich festgehalten. Wohl aber kam im § 9, Abs. 5 zum Ausdruck, daß die Grundeinheiten nur für ihren Bereich politische Entscheidungen treffen könnten. Bedeutsam für eine demokratische Partei war es auch, daß ein häufiges Zusammentreten von Delegiertenkonferenzen festgelegt worden war: Im Kreis aller sechs Monate, bezüglich der Landesdelegiertenkonferenz und des Parteitages galt die Jahresfrist.³⁰

Daß die SED die führende Rolle bei der Umgestaltung der Gesellschaft hin zum Sozialismus ausüben sollte, war unumstritten und wurde in ihren „Grundsätzen und Zielen“ auch festgehalten. Die Geschichte hat immer wieder gezeigt, daß erfolgreiche revolutionäre Bewegungen eine führende Kraft besessen haben, wenn das auch nicht stets Parteien gewesen sind. Insofern ist auch der Anspruch der Kommunisten zu akzeptieren, nach dem Sturz des Faschismus die führende Rolle bei den vorzunehmenden gesellschaftlichen Umgestaltungen zu spielen, ein Anspruch, der schon im „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Marx und Engels angedeutet worden ist, den die Sozialdemokraten ebenfalls offen erhoben haben und den auch die übrigen politischen Kräfte gern realisiert hätten. Aber die führende Rolle in gesellschaftlichen Bewegungen kann nicht einfach für alle Zeiten beansprucht werden. Sie muß in jeder konkreten Situation immer wieder neu errungen werden, dadurch, daß die betreffende Organisation die objektiv anstehenden Aufgaben erkennt, die entsprechenden Ziele benennt, sie den Men-

³⁰ Vgl. Parteistatut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Protokoll des Vereinigungsparteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) am 21. und 22. April 1946 in der Staatsoper „Admiralitätspalast“ in Berlin, Berlin 1946, S. 180-195.

schen überzeugend nahebringt und die Menschen für die Erreichung dieser Ziele zu mobilisieren vermag.

Dabei ist es unerlässlich, daß die Mitglieder dieser Organisation bei der Lösung der gestellten Aufgaben beispielhaft vorangehen. Nur bei Erfüllung aller dieser Kriterien wird die führende Rolle der entsprechenden gesellschaftlichen Organisation auch von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert werden.

Eine Partei, die sich derartige Ziele stellt, muß zweifellos einheitlich handeln. Zu diesem Zweck haben sich ja schließlich ihre Mitglieder freiwillig zusammengeschlossen. Zur Ausübung einer führenden Rolle der Partei bei der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung hätten Unschärfen hinsichtlich des Wesens und der Struktur der SED überwunden werden müssen, etwa in dem Sinne, wie Lenin vor der Oktoberrevolution Wesen und Struktur der Partei bestimmt hatte, allerdings unter Berücksichtigung der völlig anderen gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland nach 1945, so daß der Charakter einer zwar einheitlich handelnden, aber demokratisch strukturierten Massenpartei, die genügend Spielraum für eine aus schöpferischen Diskussionen hervorgehende Meinungsbildung über die künftig zu gehenden Schritte bot, erhalten blieb.

Bei dem bestimmenden Einfluß, den die Besatzungsmächte auf die gesellschaftliche Entwicklung ihrer Besatzungszonen ausübten, mußten die sich schon seit 1946 abzeichnenden und allmählich zunehmenden Gegensätze zwischen den westlichen Mächten einerseits und der Sowjetunion andererseits zu spürbaren Auswirkungen auf die Entwicklung in den jeweiligen Besatzungszonen führen. Das wurde 1948 besonders deutlich. In diesem Jahre verschärfte sich der kalte Krieg erheblich. Nachdem schon im Dezember 1947 die Tagung des Rates der Außenminister der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs über eine Friedensregelung mit Deutschland ergebnislos abgebrochen worden war und im Februar 1948 eine Konferenz der Westmächte, unter Hinzuziehung Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs, aber unter Ausschluß der Sowjetunion, über die Deutschlandfrage begonnen hatte, rückte die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands in weite Ferne. Zugleich waren auch die Sicherheitsbedürfnisse der UdSSR beträchtlich in Mitleidenchaft gezogen worden.

Diese Faktoren wirkten sich tiefgreifend auf die Entwicklung der sowjetischen Besatzungszone aus. Die außenpolitische Komponente traf jedoch mit inneren Problemen zusammen und spitzte sie zu. Die 1945/1946 eingeleiteten gesellschaftspolitischen Veränderungen im antifaschistisch-demokratischen Sinne in den Bereichen der Wirtschaft, der Verwaltung, des sozialen und des kulturellen Lebens waren in wesentlichen Punkten vollzogen, wenngleich besonders auf dem Felde der Kultur und des gesellschaftlichen Bewußtseins das Alte noch keineswegs als wirklich überwunden betrachtet werden konnte, das neue Denken, Fühlen und Verhalten erst im Entstehen begriffen war. Das Erreichte konnte also nicht als endgültiger Zustand akzeptiert werden, die gesellschaftlichen Umgestaltungen waren fortzuführen. In welche

Richtung und auf welche Weise, das war von den inneren und äußeren Bedingungen abhängig.

Zweifellos hatten die bisherigen ökonomischen und sozialen Umwälzungen in der sowjetischen Besatzungszone zu einer Wirtschafts- und Sozialordnung geführt, die nach einer gesamtgesellschaftlichen Planung verlangte. Eine solche nach sowjetischem Vorbild angelegte Planung erforderte eine Partei, die mittels zentralistischer Struktur fähig war, eine derartige Planung nicht nur vorzunehmen, sondern auch durchzusetzen. Es steht auch außer Zweifel, daß führende Funktionäre der SED den Zusammenhang der Weiterentwicklung der Partei mit dem Zweijahr-Plan für die Jahre 1949/1950 mehrfach betonten, ja sogar davon sprachen, daß die Aufgabe darin bestünde, die Erfüllung des Planes direkt zu leiten.³¹ Aber genauso stark wurde auch die Machtfrage hervorgehoben.

Die eklatante Verschärfung des kalten Krieges beeinflußte diese Entwicklung erheblich. Einerseits führte die eingetretene Zuspitzung der internationalen Auseinandersetzung und die Grundsatzentscheidung der westlichen Alliierten für einen Westzonenstaat zu einer Neubewertung der Rolle der sowjetischen Besatzungszone innerhalb des sowjetischen Machtbereichs, andererseits hielt sich die Sowjetunion in Deutschland noch immer andere Lösungen offen. Für die UdSSR war ein neutrales und abgerüstetes Deutschland wichtiger als ein kleiner Teil von ihm als Bestandteil des „sozialistischen Lagers“.

Im Rahmen des sich verschärfenden kalten Krieges nahm auch das Konfrontationsdenken enorm zu, das in der bei der Gründung des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) im September 1947 verkündeten Theorie von den zwei Lagern in der Weltpolitik besonders prägnant zum Ausdruck kam. In diesem Kontext waren Vorstellungen von besonderen nationalen Wegen zum Sozialismus nicht nur überholt, sondern galten als schädlich und antisowjetisch, was auch den Konflikt mit den Kommunisten Jugoslawiens zur Konsequenz hatte.

Die sich zuspitzenden Gegensätze zwischen den ehemaligen Alliierten riefen außerdem eine Verstärkung der parteipolitischen Divergenzen im Inneren der sowjetischen Besatzungszone hervor. Die konservativen und reaktionären Kreise der bürgerlichen Parteien fühlten sich ermuntert, nicht nur die Weiterentwicklung in der Zone in Frage zu stellen, sondern auch die bisher erreichten gesellschaftlichen Umgestaltungen. Am deutlichsten zeigte sich das in der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD). Nach dem Tode des bisherigen Parteivorsitzenden Wilhelm Külz (19.04.1948) versuchten diese Kräfte, den Vorsitz einzunehmen. Der Parteivorstand forderte von der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) die erneute Überprüfung einer Liste enteigneter Betriebe und die Rückgängigmachung von Enteignungsbescheiden. Den Sequesterkommissionen wurde eine „beinahe systematische Fehlleistung“ unterstellt.³² Wenn auch heute festzustellen ist, daß die Sequesterkommissionen manche Fehlentscheidung getroffen haben, so bestanden die meisten Enteignungen völlig zu

³¹ Vgl. Walter Ulbricht: Die Partei neuen Typus. In: Ders.: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. III, Berlin 1956, S. 286.

³² Rudolf Agsten/Manfred Bogisch: LDPD auf dem Weg in die DDR. Zur Geschichte der LDPD in den Jahren 1946-1949, 2. Aufl., Berlin 1977, S. 240.

Recht. Wenn weiterhin bedacht wird, daß die damalige Führung der LDPD diese Angelegenheit vor allem nutzte, um die DWK und die SED generell und grundsätzlich anzugreifen³³, dann wird klar, daß hier Machtfragen im Spiele waren. Auch in der Christlich-Demokratischen Union (CDU) erfolgte nun eine stärkere Betonung der Gegensätze zur SED, vor allem durch die Propagierung des „christlichen Sozialismus“, der vorgab, einen dritten Weg zwischen Marxismus und Liberalismus darzustellen.³⁴ Zugleich verkündete Walter Ulbricht auf der ersten Staatspolitischen Konferenz der SED am 23. Juli 1948 in Werder an der Havel entsprechend einer Stalinschen These, „die geschlagenen Kräfte des Gegners, die an Zahl abnehmen, werden mit um so schärferen Mitteln den Kampf gegen die neue Ordnung führen“³⁵ und erklärte, „die Durchführung des Zweijahrplans macht den entscheidenden Kampf gegen die Saboteure notwendig, gleichgültig, unter welcher Tarnung sie auftreten.“³⁶

Diese zeitbedingten Gegebenheiten verstärkten bei manchen führenden Mitgliedern der SED - auf allen Ebenen, nicht nur in der Zentrale - Tendenzen zu einem rigorosen, schonungslosen Vorgehen bei der weiteren Entwicklung der Gesellschaft, führten bei ihnen zu einem überzogenen und schablonenhaften Denken und Handeln im zweifellos zu führenden Klassenkampf und zur Forcierung einer Entwicklung der SED hin zu einer „Partei neuen Typs“. Das stalinistische Muster, ringsum Feinde, auch in den eigenen Reihen, zu sehen, breitete sich rasch aus.

Zugleich aber wurden viele demokratisch gesinnte, um eine den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechende Politik bemühte Mitglieder der SED dazu bewogen, sich mit mancher Fehlentwicklung der SED, der Verwaltung und der Gesellschaft abzufinden, weil sie eben wegen des zugespitzten Klassenkampfes meinten, Geschlossenheit wahren zu müssen, um das bisher Erreichte nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Bei manchen mag sich sogar angesichts der maßlosen Hetze und der Verunglimpfung der Entwicklung in der Ostzone durch westliche Medien, besonders durch den amerikanischen Rundfunksender RIAS, Zweifel daran geregt haben, ob man den Gegnern einer progressiven Entwicklung wirklich noch mit Sachlichkeit, Fairness oder gar Nachsicht entgegentreten könne.

Auf jeden Fall haben die damaligen Bedingungen des Klassenkampfes im internationalen und nationalen Maßstab die Bestrebungen bestimmter Führungskräfte in der SED, die Partei von einer im wesentlichen demokratischen Massenpartei endgültig in eine Partei nach dem Muster der KPdSU zu verwandeln, erheblich begünstigt.

Da die vorliegende Untersuchung regionalgeschichtlichen Charakter trägt, macht es sich erforderlich, auch die konkreten Bedingungen in der Region zu kennzeichnen. Thüringen war

³³ Vgl. ebenda, S. 242-244.

³⁴ Vgl. Erwin Krubke: Wirtschaftspolitik zwischen Gestern und Morgen, Berlin 1977, S. 17-32.

³⁵ Walter Ulbricht: Die gegenwärtigen Aufgaben unserer demokratischen Verwaltung. In: Ders.: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. A.a.O., S. 265.

³⁶ Ders.: Der Zweijahrplan zur Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft. In: Ebenda, S. 246.

das kleinste Land der sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR. Es umfaßte 14,6% des gesamten Territoriums und hatte mit 2,9 Millionen Einwohnern im Jahre 1946 einen Anteil von 16,9% an der Gesamtbevölkerung.³⁷ In der Wirtschaft des Landes dominierten Industrie und Handwerk; 1946 waren 44,8% aller Erwerbstätigen in diesen Bereichen beschäftigt. Der Anteil der in Land- und Forstwirtschaft Tätigen war mit 27,6% allerdings recht hoch.³⁸ Mehr als die Hälfte der in Industrie und Handwerk Beschäftigten war in der Textil- und Bekleidungsindustrie, im Bauwesen, in der Holzverarbeitung sowie im Maschinen- und Fahrzeugbau tätig. Betrachtet man allerdings den Anteil Thüringer Betriebe an den Beschäftigtenzahlen in den einzelnen Industriezweigen der sowjetischen Besatzungszone, dann wird die Bedeutung von Feinmechanik/Optik (43,6%), Steine und Erden (37,7%), Spielwaren (36,0%), Eisen-, Stahl- und Metallwaren (22,2%) und Elektrotechnik (21,7%) deutlich.³⁹

In Thüringen nahm also kein Industriezweig eine beherrschende Stellung ein, sondern es trat eine große Vielfalt in Erscheinung. Jedoch waren die einzelnen Industriezweige recht unterschiedlich über das Territorium verteilt, so daß es neben Gebieten mit vielseitiger Industrie auch solche mit dem Vorherrschen nur eines Zweiges gab. Außerdem differierte der Grad der Industrialisierung in den einzelnen Gebieten recht stark.⁴⁰

Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens trafen in Thüringen vor allem die metallverarbeitende Industrie. Die Stilllegung der auf Rüstungsproduktion ausgerichteten Industriekapazitäten und die Demontagen führten in den Gebieten, in denen diese Industriezweige konzentriert waren, zu einem beträchtlichen Absinken der Beschäftigtenzahlen. Auch die Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie die Erzeugung von Spielwaren erlebten einen weiteren Rückgang. Einen starken Aufschwung erfuhren hingegen der Bergbau, die Metallurgie, die Glasindustrie sowie die chemische und pharmazeutische Industrie, ab 1948 auch Feinmechanik/Optik, Elektrotechnik und Maschinenbau.⁴¹ Trotzdem gab es selbst noch 1951 Gebiete, in denen der Beschäftigungsgrad unter dem von 1939 lag. Dazu zählten das Eichsfeld, das Gebiet um Mühlhausen, das Werratal, die Vorderrhön, Eisenach und Umgebung, der Südtail der Kreise Meiningen, Hildburghausen und Sonneberg, sowie die Gebiete um Apolda, Bad Frankenhausen, Gotha, Langensalza, Nordhausen, Sömmerda, Suhl und Zella-Mehlis.⁴²

In der Landwirtschaft bearbeiteten nach der Durchführung der demokratischen Bodenreform Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 5 bis 20 Hektar 54,8% der landwirt-

³⁷ Vgl. Deutsche Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone. Statistisches Zentralamt. Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Bd. I, Berlin 1948, S. 6/7.

³⁸ Vgl. Ausschuß der deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Groß-Berlin. Berufszählung. Tabellenteil Heft 1, Berlin (1950), S. 3-5.

³⁹ Vgl. ebenda, S. 8/9.

⁴⁰ Vgl. Eberhard Denner: Die wesentlichen Merkmale des regionalen Strukturwandels der thüringischen Industrie von 1939-1951. Mat.-nat. Diss, Jena 1956, S. 13-27.

⁴¹ Vgl. ebenda, S. 28-41.

⁴² Vgl. ebenda, S. 48-52.

schaftlichen Nutzfläche des Landes, gefolgt von den Betrieben mit 20 bis 100 Hektar mit einem Anteil von 24,2%.⁴³

Die SED hatte frühzeitig großen Masseneinfluß im Lande errungen. Bei den Gemeindewahlen im September 1946 entfielen auf die SED 50,5%, bei den Landtagswahlen im Oktober 1946 49,3% aller Stimmen. Allerdings gab es erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Gebieten; während im Kreis Suhl 64,9% errungen wurden, waren es im Kreis Worbis nur 28,2%.⁴⁴

Die Thüringer Parteiorganisation der SED umfaßte im Dezember 1947 265 459 Mitglieder. Von ihnen waren 51,5% Arbeiter, 20,1% Angestellte, 7,0% Bauern, 4,4 % Handwerker; 3,5% Intellektuelle oder Angehörige „freier Berufe“ und 13,4% ohne Beruf (Hausfrauen, Rentner usw.). Jeder fünfte Erwerbstätige (20,8%) gehörte der SED an.⁴⁵ Die soziale Zusammensetzung der SED in Thüringen wich also nur geringfügig von der sozialen Struktur der Bevölkerung des Landes ab, die 52,8% Arbeiter, 22,5% Angestellte und 25,3% Selbständige (Bauern, Handwerker, Gewerbetreibende usw.) aufwies.⁴⁶

⁴³ Errechnet nach: Statistisches Jahrbuch der DDR 1956, S. 347-349; Thüringisches Hauptstaatsarchiv (HStA) Weimar. Land Thüringen. Ministerium des Innern, Nr. 776, Bl. 34/35 u. 37/38; HStA Weimar. Land Thüringen. Statistisches Landesamt, Nr. 113 u. 129.

⁴⁴ Vgl. Dokumente und Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Thüringen 1945-1950. Ausgewählt u. bearb. v. Harry Sieber, Günther Michel-Triller u. Fritz Schädlich. Hrsg. v. d. Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bezirksleitung Erfurt. Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Erfurt 1967, S. 150-153, 166/167.

⁴⁵ Vgl. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv. Zentrales Parteiarchiv der SED. IV 2/5/1366 und 1389.

⁴⁶ Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, S. 154-157.

Beginn des unverhüllten Wandlungsprozesses der SED (1948)

Die Umwandlung des Charakters der SED begann nicht urplötzlich und voraussetzungslos im Jahre 1948. Neben den schon erwähnten äußeren Bedingungen muß gesehen werden, daß es bereits seit der Gründung der SED im Jahre 1946 seitens der ehemaligen Kader der KPD Tendenzen und Bestrebungen gab, die Entwicklung in Richtung auf eine Partei neuen Typs voranzubringen.⁴⁷ Diese Tendenzen wurden durch das allmähliche Zerbrechen des früheren Kampfbündnisses zwischen den westlichen Alliierten einerseits und der Sowjetunion andererseits und die sich aufbauende Konfrontation zwischen beiden noch verstärkt. Das wurde besonders 1947 seit der ergebnislos verlaufenen Tagung des Rates der Außenminister in Moskau (10. März bis 24. April 1947) deutlich, wenn man sich verschiedene Äußerungen führender Funktionäre auf dem II. Parteitag der SED (20.-24. September 1947) vor Augen hält.

Auch in Thüringen sind solche Tendenzen zu registrieren. So äußerte Erich Kops, einer der beiden Landesvorsitzenden der Partei, auf einer Sekretariatsitzung am 24. Februar 1948, daß sich die Parität in der Besetzung leitender Funktionen „langsam liquidieren“ werde⁴⁸, obwohl Fritz Heilmann, ein anderes Mitglied des Sekretariats, feststellen mußte, daß die SED noch keineswegs zu einem einheitlichen Ganzen verschmolzen sei.⁴⁹ Zugleich beklagte der Landtagspräsident August Frölich das mangelnde Vertrauensverhältnis zum Zentralsekretariat, das besonders durch seine Personalpolitik das Landessekretariat zum bloßen „Befehlsempfänger“ degradiere.⁵⁰

Ungeachtet all dieser Tendenzen schon vorher nimmt diese Entwicklung ab dem zweiten Drittel des Jahres 1948 eine neue Qualität an. Es trifft ohne Zweifel zu, daß im „kommunistischen Politikverständnis“ die Schaffung einer Partei neuen Typs als „entscheidende Voraussetzung für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus“ galt, wozu wegen der damit verbundenen Absicht einer „zentralistische(n) Steuerung von Staat und Wirtschaft“ die Eroberung von „Schlüsselstellungen in Wirtschaft und Verwaltung“ nun einen Schwerpunkt der politischen Tätigkeit bildete.⁵¹ Aber die Eroberung solcher Schlüsselstellungen wird selbst in bürgerlichen Demokratien von den verschiedenen Parteien angestrebt, wobei allerdings die Ge-

⁴⁷ Harold Hurwitz sieht hierbei eine 2. Phase nach den Wahlen im Oktober 1946, eine 3. mit dem II. Parteitag der SED und die 4. mit der 11. Tagung des Parteivorstandes im Juni 1948 beginnen. Vgl. Harold Hurwitz: Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946-1949, Opladen 1997, S. 380 u. 385.

⁴⁸ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Bezirksparteiarchiv der SED Erfurt (HStA Weimar, BPA SED Erfurt). IV/L/2/3-032, Bl. 85.

⁴⁹ Vgl. ebenda, Bl. 94.

⁵⁰ Ebenda, Bl. 90. Schon auf der vorhergegangenen Sitzung des Landessekretariats am 12. Januar 1948 hatte er den anwesenden Sekretär des Parteivorstandes Erich W. Gniffke gebeten, dafür zu sorgen, daß die Versetzung von Kräften aus Thüringen durch das Zentralsekretariat aufhöre. In der Sitzung am 24. Februar hatte selbst der aus der KPD kommende Richard Eyer mann die Personalpolitik des Zentralsekretariats kritisiert. Vgl. Harold Hurwitz: A.a.O., S. 404/405.

⁵¹ Andreas Malycha: Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950, Berlin 1996, S. 90/91.

winnung von Mehrheiten in den Parlamenten eine wichtige Vorstufe dafür darstellt, keineswegs aber einen Gegensatz. Denn auch hier erweist sich die Exekutive gegenüber der Legislative als die stärkere Kraft (wobei jene in der letzteren auch personell recht stark vertreten ist) und als besser geeignet, um die eigenen politischen Ziele zu verwirklichen. Warum also hätte eine Partei wie die SED - auch als eine im Wesentlichen noch demokratische Massenpartei - nicht danach streben sollen? Im Übrigen waren auch schon vor 1948 die leitenden Positionen in der Verwaltung von parteipolitisch gebundenen Personen besetzt. Jetzt allerdings drängte die SED danach, ihren Einfluß radikal auszuweiten. Selbstverständlich ist ohne Macht keine Politik möglich, schon gar nicht, wenn neue gesellschaftliche Verhältnisse durchgesetzt werden sollen. Doch kommt es dabei stets darauf an, welchen Stellenwert die Machtfrage im Rahmen der Gesamtpolitik einnimmt und auf welche Weise die Macht gehandhabt wird.⁵²

Ursache für den Charakterwandel der SED war also primär die Vorstellung und das Bestreben, die gesellschaftliche Entwicklung zentralistisch (und ohne große Berücksichtigung der Bereitschaft der Massen zur bewußten Mitwirkung) leiten und steuern zu müssen und zu können, und nicht so sehr die Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse selbst. Damit gerieten sozialdemokratische Vorstellungen und Traditionen in immer stärkeren Gegensatz zu den kommunistischen und wurden vehement bekämpft.⁵³ Zugleich wurden unter der Losung des „demokratischen Zentralismus“ die noch existierenden demokratischen Strukturen und Mechanismen in der SED ausgehöhlt und stufenweise beseitigt.

Einen ersten Schritt dazu unternahm die 10. (24.) Tagung des Parteivorstandes der SED (12./13. Mai 1948).⁵⁴ Wilhelm Pieck hatte in seinem Referat die Notwendigkeit erheblicher Veränderungen im Wesen der SED betont und mehr Disziplin bei der Verwirklichung von Beschlüssen und Direktiven der Parteileitungen gefordert. Franz Dahlem hatte die neue Rolle der Betriebsgruppen der SED herausgearbeitet, die führende Kraft bei der Erfüllung der Produktionspläne und bei der Verbesserung der Lage der Belegschaft sein mußten. Die EntschlieÙung forderte, den politischen und organisatorischen Zustand der SED so zu verändern, daß er den neuen Anforderungen entspräche.⁵⁵ Die Materialien dieser Tagung wurden nicht veröffentlicht. In der Presse erschien lediglich ein kurzes Kommuniqué.

Der Landesvorstand der SED in Thüringen wertete die Parteivorstandstagung am 26. Mai 1948 aus. Erich Kops, einer der beiden Landesvorsitzenden, forderte in Anlehnung an Piecks Darlegungen eine „klare Strategie zur Gewinnung der besten fortschrittlichen Arbeiter, Bauern und Geistesschaffenden für den weiteren Aufbau unseres demokratischen Lebens bei Aus-

⁵² Vgl. Harald Neubert: War der „Realsozialismus“ zu retten? Reihe „controvers“. Hrsg.: Kommission Politische Bildung des Parteivorstandes der PDS, o.O. u. o.J., S. 25.

⁵³ Vgl. Andreas Malycha: A.a.O., S. 96 u. 101.

⁵⁴ Meines Erachtens beginnt die neue Stufe des Wandlungsprozesses der SED mit dieser Tagung, die Harold Hurwitz als Abschluß einer 3. Phase der Stalinisierung der SED ansieht. Er hebt aber zugleich hervor, daß die Referate von Wilhelm Pieck und Franz Dahlem „deutlicher als je zuvor“ erkennen ließen, „was demnächst von der Partei erwartet wurde.“ Außerdem stellt er fest, daß die am 13. Mai 1948 verabschiedete EntschlieÙung „die unmittelbar bevorstehende Schlußphase der Stalinisierung der SED förmlich vor(bereitete).“ Harold Hurwitz: A.a.O., S. 419 u. 423.

⁵⁵ Vgl. ebenda, S. 102-104.

schaltung aller hemmenden, rückschrittlichen Kräfte auch in den Blockparteien und Massenorganisationen“ (Hervorh. v. mir. E.S.).⁵⁶ Wenn er außerdem neben höherem Verantwortungsbewußtsein in der Partei, größerer Autorität der Parteileitungen und der Schaffung von Parteiaktiven noch verlangte, die „mechanische Auffassung der Parität“ in der SED zu überwinden, dann wird ersichtlich, daß grundlegende Veränderungen im Wesen der Partei auch in Thüringen ins Auge gefaßt wurden.

Die 11.(25.) Tagung des Parteivorstandes (29./30. Juni 1948) setzte dafür eindeutige Maßstäbe. Neben den Beratungen über den Wirtschaftsplan 1948 und den Zweijahrplan 1949/1950 formulierte die Tagung das Ziel, die SED zu einer Partei neuen Typs zu entwickeln, unter deren Leitung alle demokratischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Aufgaben gelöst werden sollten. Außer der Verstärkung der ideologischen Arbeit, insbesondere des Studiums der Geschichte der KPdSU (B) und der Erweiterung des Schulungssystems in der SED war auch die organisatorische Festigung der Partei im Blick gewesen. Die Einheit und Geschlossenheit des Wollens und Handelns wurde ebenso für notwendig erachtet wie ein ideologisch fester und disziplinierter „Funktionärkörper“.

Wesenszüge einer „Partei neuen Typus“ kennzeichnete Walter Ulbricht in einem Aufsatz in der theoretischen Zeitschrift der SED „Einheit“. Sie stelle die „höchste Organisationsform“ der Arbeiterklasse dar, sie sei der „organisierte Vortrupp“, der „seine Aufgabe nur auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus erfüllen“ könne, „bei Bestehen eines einheitlichen Parteistatuts, einer einheitlichen Parteidisziplin und einheitlicher Parteiführung, die durch ihr Zentralorgan die Linie der Partei den Massen vermittelt.“⁵⁷ Die Partei müsse charakterisiert sein durch „ideologische Festigkeit, innere Einheit und Zielbewußtheit ihrer Mitglieder und Massenverbundenheit ..., aber auch (durch) die Fähigkeit, mit Hilfe offener Selbstkritik Fehler und Schwächen aufzudecken“, sie müsse „sich in der Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft und in ihrem ideologischen Niveau von der Masse unterscheiden“, vor allem „in den Parteileitungen und im Funktionärkörper“ müßten „bewußte Marxisten-Leninisten, die aus der Arbeiterklasse hervorgegangen sind, die Mehrzahl bilden.“⁵⁸ Im Widerspruch zur Realität behauptete Ulbricht, demokratischer Zentralismus bedeute, „daß über alle Grundfragen ein freier Meinungs austausch in der Partei erfolgt, daß die Mitglieder die Möglichkeit haben, ihre Meinung zu sagen.“⁵⁹ Auch in wirtschaftlichen und staatlichen Fragen würde zuerst mit den betreffenden Funktionären beraten, bevor das Zentralsekretariat beschließe. Die gefaßten Beschlüsse seien allerdings dann bindend für alle Mitglieder.

In der Entschließung, die der Thüringer Landesvorstand zur ideologischen Festigung der Partei am 9. Juli 1948 verabschiedete, ging er zu Recht davon aus, daß ohne „die überzeugende und hingebungsvolle Arbeit jedes Mitgliedes unserer Partei, ohne Begeisterung für den hero-

⁵⁶ Thüringer Volk, 28. Mai 1948.

⁵⁷ Walter Ulbricht: Die Partei neuen Typus. In: Ders.: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. III, Berlin 1956, S. 300/301.

⁵⁸ Ebenda, S. 301.

⁵⁹ Ebenda, S. 304.

schen Aufbau unserer Wirtschaft" das „große Werk" nicht gelingen könne. Jedes Parteimitglied müsse „ein überzeugter Marxist" werden. Deshalb gehe es darum, „daß wir alle ideologischen Schwächen, die bei einzelnen Genossen vorhanden sind, kameradschaftlich, aber auch rücksichtslos bekämpfen. Nur wenn wir diese Schwächen überwinden und beseitigen, werden wir zu einer wirklichen marxistisch-leninistischen Partei."⁶⁰

Bis dahin klang das noch moderat und harmonisierte mit der Ansicht des Sekretariatsmitglieds Stefan Heymann, der eine sachliche Auseinandersetzung mit den „Schumacher-Leuten" gefordert hatte.⁶¹ In der EntschlieÙung vom 9. Juli 1948 war dann aber die Rede von „Agenten des Monopolkapitals, die durch die Schumacher-Clique in unsere Partei hineingeschickt (Hervorh. v. mir. E.S.) worden sind", die im ideologischen Kampf entlarvt werden müÙten. „Gegen zersetzende Elemente, die planmäÙig und bewußt die Parteiarbeit sabotieren oder sich fraktionell zusammenschließen"⁶², müÙten organisatorische Maßnahmen ergriffen werden. Hier wurde also eine Position errichtet, die „kameradschaftliche" und „sachliche" Auseinandersetzungen mit Vertretern abweichender Auffassungen innerhalb der Mitgliedschaft unmöglich werden ließ. Auf der Landesfunktionärskonferenz am 11. Juli 1948 in Erfurt erklärte Heinrich Hoffmann, der aus der SPD kommende Landesvorsitzende der Partei, in fast wörtlicher Anlehnung an die Forderung Walter Ulbrichts auf der Parteivorstandstagung, man brauche „einen ideologisch festen, disziplinierten Funktionärkörper", der imstande sein müsse, „die feindliche Propaganda wirkungsvoll zu bekämpfen und in Staat und Wirtschaft entschieden für den Fortschritt zu wirken", vor allem aber müsse er „der Partei und ihrer Weltanschauung, dem Marxismus-Leninismus, treu ergeben sein."⁶³

Die Begriffe „Parteiergebenheit" wie auch „Einheit und Geschlossenheit" weisen auf die Vorstellung hin, die Partei könne nur als „Monolith" unter Verzicht auf individuelle Eigenart und persönliche Freiheit der Mitglieder voll handlungsfähig werden. Eine solche Parteiauffassung führte praktisch zur Unterdrückung unterschiedlicher Meinungen in der Partei und zur Entmündigung der Mitglieder mit der Folge, „daß einzelne Führungskräfte der Partei eine bestimmte ‚Linie' aufzwingen konnten."⁶⁴ Ganz im Sinne der Herstellung dieser „Einheit und Geschlossenheit" faÙte der Parteivorstand auf seiner 12.(26.) Tagung am 28./29. Juli 1948 - auch als Folge der Erklärung des Kommunistischen Informationsbüros zur Frage der KP Jugoslawiens von Ende Mai 1948 - den Beschluß „Für die organisatorische Festigung der Partei und für ihre Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen".⁶⁵ Schon die Sprache dieses Beschlusses ließ eine neue, intolerante Vorgehensweise sichtbar werden. So wurde eingangs gefordert, hemmende und feindliche Kräfte, die in die Partei eingedrungen sind, „auszumerzen"⁶⁶; an anderer Stelle war von

⁶⁰ Thüringer Volk, 10. Juli 1948.

⁶¹ HStA Weimar, BPA SED Erfurt, IV/L/2/3-033, Bl. 66.

⁶² Thüringer Volk, 10. Juli 1948.

⁶³ Ebenda, 12. Juli 1948.

⁶⁴ Andreas Malycha: A.a.O., S. 105.

⁶⁵ Vgl. Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. II, Berlin 1950, S. 78-83.

⁶⁶ Ebenda, S. 78.

„Schädlingen“⁶⁷ die Rede. Das alles waren Formulierungen, die schon aus der Zeit der Stalinschen „Säuberungs“kampagne in der UdSSR der dreißiger Jahre sattem bekannt waren.

Wohl war es legitim zu fordern, gegen Mitglieder, die an „Korruptionsaffären, Schiebereien, kriminellen Verbrechen direkt oder indirekt beteiligt“ waren, oder die „über ihre politische Vergangenheit in der Nazizeit wahrheitswidrige Angaben gemacht“ hatten⁶⁸, ein beschleunigtes Ausschlußverfahren einzuleiten, aber wo lagen die objektiven Kriterien für eine „partei-feindliche Einstellung“, eine „sowjetfeindliche Haltung“ oder für den „begründeten Verdacht“, „im Interesse parteifeindlicher Kräfte (Agenten des Ostsekretariats der SPD) oder als Spione und Saboteure fremder Dienste in der Partei“ zu wirken?⁶⁹ Hier war der Willkür Tür und Tor geöffnet, konnte so manche persönliche Rechnung beglichen werden. Schon im Januar 1948 hatte der aus der KPD kommende Landesvorsitzende der SED Erich Kops in einer Sekretariatssitzung konstatiert: „Manchmal tritt die Absicht in Erscheinung, sich gegenseitig abzuschießen.“⁷⁰

Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Tätigkeit des 1946 gegründeten Ostbüros der SPD durchaus nicht nur parteipolitischer Art war. Das Ostbüro hatte sich rasch zu einer Organisation mit Geheimdienstcharakter entwickelt, die eine gewisse Zusammenarbeit mit dem britischen Geheimdienst pflegte.⁷¹ So stellte man Listen ehemaliger SPD-Mitglieder zusammen, von denen man annahm, daß sie der Sache der Sozialdemokratie treu geblieben waren, suchte sie durch Kuriere auf, die Propagandamaterial und Handlungsanweisungen einschleusten. Diese Kuriere waren mit falschen Ausweisen ausgestattet, die illegal - u. a. auch aus dem thüringischen Ministerium des Innern - beschafft worden waren, und kamen mit alliierten Militärzügen, später mit alliierten Flugzeugen von Hannover nach Berlin.⁷² In der sowjetischen Besatzungszone waren V-Leute geworben worden, die vor allem mit der konspirativen Nachrichtenbeschaffung und dem Abfassen von Berichten beschäftigt waren.⁷³ Unter diesen Umständen ist es erklärlich, daß die Mitarbeiter des Ostbüros der SPD nicht nur vom Parteivorstand der SED, sondern erst recht von den sowjetischen Besatzungsbehörden als Spione und Agenten betrachtet wurden. Trotzdem: Der Beschluß der 12. Tagung des Parteivorstandes nutzte diese Sachlage aus, um alle Gegner eines Charakterwandels der SED rücksichtslos auszuschalten; schon ein „begründeter Verdacht“ genügte. Von klärenden, sachlichen Gesprächen mit Anhängern anderer Meinungen und Auffassungen war keine Rede mehr.

Der Beschluß legte nun auch die schon seit der vorhergegangenen Parteivorstandssitzung diskutierte Schaffung eines „Funktionärkörpers“ verbindlich fest. „Zur schnellen und wirksamen Durchführung von Parteibeschlüssen wird bei den Parteileitungen aus den politisch klarsten

⁶⁷ Ebenda, S. 80.

⁶⁸ Ebenda, S. 79.

⁶⁹ Ebenda, S. 79/80.

⁷⁰ HStA Weimar, BPA SED Erfurt, IV/L/2/3-032, Bl. 30.

⁷¹ Vgl. Wolfgang Buschfort: Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise, München 1991, S. 7 u. 57ff.

⁷² Vgl. ebenda, S. 18, 24 u. 37.

⁷³ Vgl. ebenda, S. 26-28, 30/31.

und parteiergebensten Funktionären und aktivsten Mitgliedern aus den Organen von Staat und Wirtschaft, aus den Gewerkschaften und Massenorganisationen, aus den öffentlichen und kulturellen Einrichtungen ein *fester Funktionärstab* (Hervorh. im Original. E.S.) gebildet. Dieser feste, disziplinierte und stets einsatzbereite Funktionärstab soll die Parteileitungen befähigen, die ihnen gestellten konkreten Aufgaben zu lösen. Seine Zusammensetzung wird von der zuständigen Parteileitung bestimmt (Hervorh. v. mir. E.S.). Diese Funktionäre werden besonders registriert und erhalten einen besonderen Ausweis vom zuständigen Kreisvorstand.⁷⁴ Sollten diese „Funktionärstäbe“ schon auf völlig undemokratische Weise von oben durch die Parteileitungen gebildet werden, so wurde außerdem noch eine Überprüfung dieser Leitungen festgelegt, um „eine Ersetzung passiver oder den Aufgaben nicht gewachsener Funktionäre durch die aktivsten Parteifunktionäre oder Mitglieder“⁷⁵ zu erreichen. Wohl wurde betont, daß „streng auf die Wählbarkeit in alle Leitungen und Funktionen geachtet werden“⁷⁶ sollte, aber da diese Überprüfung unter der Kontrolle der übergeordneten Parteileitung zu erfolgen hatte, war letzten Endes die Entwicklung eines hauptamtlichen Parteiapparates eingeleitet, der keiner demokratischen Kontrolle mehr unterworfen war. Künftig wurden Auseinandersetzungen zwischen gegensätzlichen Auffassungen in der Partei nicht mehr theoretisch und politisch geführt, sondern auf dem Wege administrativer Maßnahmen bis hin zum Parteiausschluß entschieden.⁷⁷

In Thüringen war die Landesparteiorganisation noch voll damit beschäftigt, die Lösung der Aufgaben anzugehen, die sich daraus ergaben, daß die Partei die führende Rolle bei der Erfüllung der Wirtschaftspläne ausüben sollte. Grundsätzlich zur führenden Rolle gesellschaftlicher Kräfte in der geschichtlichen Entwicklung ist weiter oben Stellung genommen worden. Für die hier zur Diskussion stehende historische Etappe sei noch folgendes bemerkt: Auf dem in der sowjetischen Besatzungszone 1945 eingeschlagenen Weg, nach dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes als Alternative eine Gesellschaft zu errichten, in der Faschismus und Militarismus mit all ihren ökonomischen und politischen Wurzeln beseitigt waren, war 1948 ein entscheidender Punkt erreicht. Die 1945 begonnenen antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen waren im Wesentlichen abgeschlossen. Jetzt war zu entscheiden, ob damit der gesellschaftliche Umgestaltungsprozeß als abgeschlossen betrachtet werden sollte, wie es Vertreter der bürgerlichen Parteien sowie der Handwerker, Gewerbetreibenden, Bauern und Intellektuellen in ihrer Mehrheit wünschten, oder ob er weitergeführt werden sollte. Die SED forderte nun, gestützt auch auf ihre 1946 beschlossenen „Grundsätze und Ziele“, in Richtung auf den Sozialismus voranzuschreiten. Ein Stehenbleiben auf dem bisher erreichten Stand schloß sich aber auch aus anderen Gründen aus.

Die Wirtschaftsstruktur der sowjetischen Besatzungszone war vielfältig mit derjenigen der übrigen Zonen verflochten. Für sich selbst war die sowjetische Zone kaum lebensfähig, da ihr

⁷⁴ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. II, Berlin 1950, S. 81/82.

⁷⁵ Ebenda, S. 82.

⁷⁶ Ebenda.

⁷⁷ Vgl. Andreas Malycha: A.a.O., S. 106.

die metallurgische Basis fehlte und auch die übrigen Industriezweige viele Disproportionen zueinander aufwiesen. Embargomaßnahmen der westlichen Industriemächte gegenüber den Staaten Ost- und Südosteuropas einschließlich der sowjetischen Besatzungszone sowie die am 20. Juli 1948 in den Westzonen durchgeführte separate Währungsreform verschärften die Lage noch.

Außerdem waren die Lebensverhältnisse der Bevölkerung noch recht bedrückend. Ab 1. Oktober 1948 betrug die Tagesration für einen Arbeiter, der keine körperlich schwere Arbeit zu verrichten hatte (Lebensmittelkarten-Gruppe III), 400g Brot, 35g Nahrungsmittel, 25g Fleisch, 20g Zucker, 500g Kartoffeln, 30g Marmelade und 10g Fett⁷⁸, wobei gesagt werden muß, daß im Sommer 1948 die Rationen an Fett und Fleisch nicht immer gesichert waren. Immer wieder traten Fälle von Typhus und spinaler Kinderlähmung auf. Am 1. Oktober verfügten in Thüringen 28.000 Haushalte mit 81.000 Menschen nicht über ausreichenden Wohnraum.⁷⁹

Schon um das bisher Erreichte erhalten zu können, blieb der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED gar kein anderer Weg als zu versuchen, die Wirtschaft in der Ostzone so auszubauen, daß sie zu einem einigermaßen lebensfähigen Organismus wurde, und zwar durch die Stärkung des gesellschaftlichen Eigentums und der Planwirtschaft. Eine Förderung der Privatwirtschaft hätte einen Schritt zurück und zur Aufgabe der bisher vollzogenen gesellschaftlichen Umwälzungen geführt.

Dabei konnte die SED durchaus eine führende Rolle in dem Sinne anstreben, daß sie den Aufschwung der Wirtschaft organisierte, plante und leitete und die Massen zur Erfüllung der anspruchsvollen Ziele zu mobilisieren verstand. Dazu bedurfte es zweifellos tiefgreifender Veränderungen in der Partei selbst. Dies betraf einmal die Struktur, wobei der demokratische Zentralismus in dem ursprünglich von Lenin gemeinten Sinne⁸⁰ hätte durchgesetzt werden müssen. Das bezog sich zweitens auf das Bewußtsein der Mitglieder; hier war auf jeden Fall eine Anreicherung wirklich marxistischen Wissens erforderlich (nicht der simplifizierten Thesen des Marxismus-Leninismus); aber auch moralische Sauberkeit der Mitglieder war notwendig, wenn die Partei Vorbildwirkung erzielen sollte. Doch wurden alle erforderlichen Veränderungen in deformierender Weise vorgenommen.

Der Landesvorstand der SED in Thüringen richtete im Sinne der Durchsetzung der führenden Rolle der Partei bei der Erfüllung der Wirtschaftspläne sein Augenmerk besonders auf die Betriebsgruppen der SED. So wurden die Mitglieder in den Jenaer Werken von Zeiss und Schott kritisiert, weil es ihre Betriebsgruppen noch nicht zuwege gebracht hätten, konkret zu den Aufgaben Stellung zu nehmen, die sich aus den Wirtschaftsplänen ergäben. Stattdessen - so der Vorwurf - würden sich führende Funktionäre des Betriebes mit Diskussionen abgeben, „die ihr Material aus Argumenten des ‚Telegraf‘ und ‚Sozialdemokrat‘ und der antisowjeti-

⁷⁸ Vgl. Neues Deutschland, 18. September 1948.

⁷⁹ Vgl. HStA Weimar, Land Thüringen, Büro des Ministerpräsidenten, Nr. 438, unpag. u. Nr. 462, Bl. 51 u. 255.

⁸⁰ Vgl. diese Arbeit, S. 9-10, Anm. 8-23.

schen Presse schöpfen.“⁸¹ Einen Tag später wurden die Angriffe konkretisiert und verschärft. Da hieß es u.a.: „Hat ein Genosse, wie Matthes, der zweite Betriebsratsvorsitzende der Firma Zeiss, noch Platz in der Partei, wenn er ... in einer Betriebsgruppenversammlung am 3. August Ausführungen machte, in denen er die Behauptung aufstellte, daß die SED eine grundsätzlich falsche Politik betreibe, daß sie die Gedanken Lenins ins Gegenteil umgewandelt habe ...“⁸² Dem Genossen Sell aus der Betriebsgruppe von Schott wurde vorgehalten, er negiere die Wirtschaftspläne der Partei und vertrete die Parole: „Erst mehr Essen, dann mehr Produktion“ und bringe Gedanken vor, „die im ‚Telegraf‘ und im ‚Tagesspiegel‘ nicht besser zu lesen sind.“⁸³ Eine Woche später folgte dann ein Bericht über eine Sitzung aller Betriebsgruppenfunktionäre in Jena, die von „offener Selbstkritik“ getragen gewesen sei; lediglich Sell habe seine Angriffe offen wiederholt, so daß man seinen Ausschluß beantragt habe.⁸⁴

Die vorhandenen Meinungsunterschiede über die Rolle der Partei wurden offensichtlich nicht in sachlichen Diskussionen erörtert, sondern nach einem vorgegebenen Muster „geklärt“. Wenn auch das Landessekretariat hier nicht offiziell eingegriffen hat, so ging die Initiative zur Kampagne vermutlich doch von ihm aus, da Artikel im „Thüringer Volk“, dem Organ des Landesvorstandes, die Diskussion in Gang setzten und zuspitzten. Dennoch erschien dem Zentralsekretariat der SED das Vorgehen des Thüringer Landessekretariats zu lasch. Zu der außerordentlichen Sitzung des Sekretariats am 13. August 1948 zur Vorbereitung der Tagung des Landesvorstandes erschien Walter Ulbricht. Laut Protokoll stellte er im Verlaufe der Sitzung viele Fragen. Unter anderem erkundigte er sich: „Inwieweit wurde Stellung genommen gegen die Politik der KPJ? ... Wie steht die Frage der Aktivität der Partei? Wie wurde die Kampagne insbesondere in den großen Betrieben geführt?“ Hinsichtlich der Arbeit in der Verwaltung: „Trifft die Partei die Entscheidung? Ist sie die führende Kraft?“ Bezüglich der Partei selbst fragte er nach der Anwendung von Kritik und Selbstkritik, nach der ideologischen Festigung und: „Wieviel parteifeindliche Elemente wurden aus der Partei entfernt?“⁸⁵ Verschiedene Sekretariatsmitglieder gaben zu, daß zu innerparteilichen Problemen und zur Lage in der KP Jugoslawiens wohl Stellung genommen, aber die Rolle der Partei nicht zu Ende diskutiert worden sei. Mancherorts sei man der Diskussion aus dem Wege gegangen. Man müsse besonders die Tätigkeit ehemaliger Mitglieder der KPO in Erfurt, Jena, Saalfeld und anderen Orten schärfer beobachten.⁸⁶

⁸¹ Thüringer Volk, 5. August 1948.

⁸² Thüringer Volk, 6. August 1948.

⁸³ Ebenda.

⁸⁴ Thüringer Volk, 12. August 1948.

⁸⁵ HStA Weimar, BPA SED Erfurt, IV/L/2/3-033, Bl. 168.

⁸⁶ Vgl. ebenda, Bl. 169/170. KPD(O): Die Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition) war im Dezember 1928 von den aus der KPD ausgeschlossenen „Rechtsoportunisten“ unter Führung von Heinrich Brandler und August Thalheimer gegründet worden. Sie wandte sich gegen die beginnende Stalinisierung der KPD, gegen die „Sozialfaschismus“-These, lieferte eine marxistische Faschismus-Analyse und setzte sich für eine echte antifaschistische Einheitsfront ein. Sie vertrat letztlich eine antistalinistische, sich auf Lenin berufende kommunistische Politik.

Walter Ulbricht nahm auch an der am nächsten Tag stattfindenden Sitzung des Landesvorstandes teil. Hier blieb er in seinem Diskussionsbeitrag recht allgemein und kritisierte vor allem Tendenzen des Zurückweichens vor feindlichen Einflüssen. Das bekräftigten auch einige Vorstandsmitglieder. Konkret wurde erneut behauptet, daß Erfurt ein Angelpunkt der Propaganda von Schumacher- und KPO-Leuten sei, festgestellt, daß es starke antibolschewistische Hetze gegen die Besatzungsmacht und die SED gebe und daß verschiedene Bürgermeister und Landräte selbstherrlich arbeiten würden.⁸⁷

Die Festlegungen der Tagung versuchten sowohl die Ursachen für die wirklichen und vermeintlichen Defizite im Stand des politischen Bewußtseins der Mitglieder zu erfassen als auch Wege zur angestrebten Festigung der Partei zu bestimmen. Einen Weg sah man in einer verstärkten Schulung der Sekretariatsmitglieder bis hin zur Ortsebene. Bis Ende Oktober 1948 sollten sie Lenins Werke „Was tun?“, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ und „Staat und Revolution“ sowie von Stalin „Die Rolle der Partei“ durcharbeiten. Außerdem sollten einmal im Monat alle Angestellten der Sekretariate, ehrenamtliche Vorstandsmitglieder und alle führenden Funktionäre aus der Verwaltung, der Wirtschaft und den Massenorganisationen an einem Schultag teilnehmen. Ein weiterer Weg sollte mit der Bekämpfung der „Toleranz gegenüber den klassenfeindlichen Elementen“ beschritten werden. Sie habe die „feindliche Spionage- und Zersetzungsarbeit“ erleichtert, denn ein großer Teil der Mitglieder habe „noch nicht begriffen, daß der sozialdemokratische Apparat und die KPO zu Werkzeugen der Klassegegner geworden“ seien. Schließlich müsse die Diskussion zur Klärung der führenden Rolle der Partei intensiv weitergeführt werden. Diese ideologische Klärung müsse „zur Säuberung der Partei von allen partei- und sowjetfeindlichen Elementen führen.“⁸⁸ Bezeichnend für die Atmosphäre dieser Auseinandersetzungen ist die Wortwahl in den Dokumenten. Es ging nicht um sachliche Argumentation, sondern die Vertreter von Auffassungen, die von der vorgegebenen Linie abweichen, waren „Elemente“, die „zersetzen“ wollten, womit sie in die Nähe von Kriminellen rückten, und mit dem Begriff der „Säuberung“ wurde unterschwellig suggeriert, sie seien „Schmutz“, von dem die Partei gereinigt werden müsse.

Um die festgelegten Ziele erreichen zu können, mußte sich das Sekretariat des Landesvorstandes zunächst mit der Einhaltung von Grundregeln der Parteidisziplin in seinen eigenen Reihen befassen. Anlaß dazu war ein spezieller Vorfall. Damit der Einfluß der Partei im Bereich des Justizwesens gestärkt werde, hatte das Zentralsekretariat der SED festgelegt, Genossen mit voller juristischer Ausbildung aus der Verwaltung in den Justizdienst zu entsenden. Das betraf auch den Oberbürgermeister von Mühlhausen, Dr. Neumann. Der weigerte sich jedoch und wandte gegen den Parteiauftrag ein, es würde Kadavergehorsam verlangt und die Mitglieder würden wie Schachfiguren verschoben.⁸⁹ Daraufhin hatte das Landessekretariat am 17. August 1948 folgenden Beschluß gefaßt: „Die Verwendung des Dr. Neumann im Ju-

⁸⁷ Vgl. ebenda, A IV/2/1/2, unpag.

⁸⁸ Ebenda.

⁸⁹ Vgl. ebenda, IV/L/2/3-033, Bl. 136.

stizdienst ist gegenstandslos geworden. Neumann wird auf Grund eines Antrages des Kreisvorstandes Mühlhausen aus der Partei ausgeschlossen. Die Fraktion im Stadtparlament wird ihm das Vertrauen entziehen. Die Neuwahl des Gen. Karl Hermann zum Oberbürgermeister in Mühlhausen wird in Kürze erfolgen.⁹⁰

Ein solches Vorgehen entsprach wohl dem Beschluß der 12. Tagung des Parteivorstandes der SED, aber nicht dem immer noch gültigen Statut aus dem Jahre 1946. Außerdem ist zu bedenken, daß in einer straff organisierten Partei die gewählten Leitungen ihren Mitgliedern im Sinne einheitlichen Handelns natürlich bestimmte Aufträge erteilen sollen, aber wenn die betreffenden Mitglieder diese Aufträge nicht aus innerer Überzeugung, sondern nur aus bloßem Gehorsam ausführen, ist der erhoffte Erfolg einer solchen Maßnahme doch erheblich gemindert, wenn auch nicht übersehen werden soll, daß man auch in eine anfangs ungeliebte Aufgabe hineinwachsen und sich mit ihr anfreunden kann.

Der Landesvorsitzende Heinrich Hoffmann nahm an der Dr. Neumann betreffenden Sitzung des Kreisvorstandes Mühlhausen teil und erreichte, daß dieses Gremium den Ausschluß nicht selbst vornahm, sondern einen entsprechenden Antrag an den Landesvorstand formulierte. Außerdem bewirkte er, daß Dr. Neumann als Oberbürgermeister selbst zurücktrat. In der Sitzung des Landessekretariats am 24. August 1948 wurde Heinrich Hoffmann vorgeworfen, sich nicht an den Beschluß des Sekretariats vom 17. August gehalten zu haben. Er entschuldigte sich damit, daß er den letzten Sekretariatsbeschluß nicht gekannt habe und die Partei im Stadtparlament von Mühlhausen vor Prestigeverlust habe bewahren wollen.

Diese Angelegenheit ist tatsächlich recht dubios. Denn auch Kurt Böhme, ebenfalls Mitglied des Sekretariats und am 17. August auch zur Sitzung anwesend, der zufällig gleichfalls an der Sitzung des Kreisvorstandes Mühlhausen teilgenommen hatte, erklärte, diesen Beschluß nicht gekannt zu haben.⁹¹ Das ursprüngliche Beschlußprotokoll⁹² weist ihn nämlich gar nicht auf, so daß sich die Frage erhebt, wie er ins endgültige Protokoll hineinkam und wer ihn eigentlich gefaßt hat. Im Übrigen ist er ja so formuliert, daß Heinrich Hoffmann ihm zumindest teilweise entsprochen hatte. Trotzdem kritisierten ihn andere Mitglieder des Sekretariats jedoch scharf: Hier habe es keinen Kompromiß geben dürfen; der Fall hätte in der Grundeinheit bis zur letzten Konsequenz erledigt werden müssen.⁹³

In der Sitzung am 31. August 1948 legte das Landessekretariat dann fest, daß die Kreisvorstände nach jeder Vorstands- und Sekretariatssitzung ein Protokoll mit den gefaßten Beschlüssen und den Namen der für die Durchführung verantwortlichen Genossen an das Landessekretariat einzureichen haben. Außerdem sollten sie vierteljährlich Ortsgruppen mitteilen, in denen besondere organisatorische und ideologische Schwächen aufträten.⁹⁴

⁹⁰ Ebenda, Bl. 176.

⁹¹ Vgl. ebenda, Bl. 193.

⁹² Vgl. ebenda, Bl. 185-189.

⁹³ Vgl. ebenda, Bl. 192-195.

⁹⁴ Vgl. ebenda, Bl. 212

Der Wandlung des Wesens der Partei und der Durchsetzung ihrer führenden Rolle vor allem in den Bereichen der Wirtschaft und der Verwaltung dienten auch die Veränderungen im innerparteilichen Schulungssystem, die von der 11.(26.) Tagung des Parteivorstandes am 30. Juni 1948 beschlossen worden waren.⁹⁵ Der Beschluß sah vor, in entscheidenden Großbetrieben Betriebspartei-schulen einzurichten und mehr Arbeiter, Frauen und Funktionäre aus der Wirtschaft, der Verwaltung und den Massenorganisationen zu delegieren. Ferner wurden die Lehrgänge der Kreis- und Landespartei-schulen verlängert. Außerdem änderten sich die Inhalte der Schulungen. Am 20. September 1948 faßte das Zentralsekretariat der SED den Beschluß „Über die Verstärkung des Studiums der ‚Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) - Kurzer Lehrgang““.⁹⁶ Auf diese Weise erfolgte anhand der von Stalin redigierten Darstellung der Parteigeschichte die breite Vermittlung seines Parteimodells.

Daß es bei diesen Schulungen nicht vordergründig um die Hebung des theoretischen Niveaus, um die Aneignung marxistischen Wissens durch die Parteimitglieder ging, sondern vor allem einheitliche Auffassungen erzielt werden sollten, läßt sich aus einem Artikel in der Funktionärzeitschrift der Thüringer Parteiorganisation ablesen. Darin wurde die kollektive Zirkelschulung in den Kreisvorständen hervorgehoben, „weil wir damit über bestimmte grundlegende Fragen des Marxismus gemeinsames (Hervorh. v. mir. E.S.) Wissen für alle Sekretariatsmitglieder der Kreise vermitteln.“⁹⁷

Im gleichen Heft dieser Zeitschrift polemisierte der Landesvorsitzende Erich Kops gegen die von einem Genossen aus Jena vertretene Auffassung, in der SED müsse auch Opposition möglich sein. Gleich eingangs postulierte er: „Eine Opposition in der Partei kann es nicht geben... Von der Opposition bis zur Fraktion ist kein allzuweiter Schritt.“⁹⁸ Die freie Meinungsäußerung aber unterdrücke die Partei nicht. Meinungsverschiedenheiten könne es innerhalb der Partei geben, wenn auch nicht in grundsätzlichen Fragen. „Es wäre verkehrt, wenn die Partei bei der Schulungsarbeit und in Diskussionen unbequemen Fragen aus dem Weg gehen würde.“⁹⁹ Gerade dort sollten sie gelöst werden. Zugleich machte er jedoch klar, daß unter innerparteilicher Demokratie nicht zu verstehen sei, nachträglich über Beschlüsse zu diskutieren. So etwas kann man mit Fug und Recht allerdings nur ablehnen, wenn die Beschlüsse wirklich demokratisch nach freimütiger und gründlicher Diskussion zustande gekommen sind. Außerdem drohte der Verfasser: „Wer aber gegen die sowjetische Besatzungsmacht ist, der ist gegen die Sowjetunion, der ist gegen den Sozialismus, der ist ein Feind der sozialistischen Arbeiterbewegung“¹⁰⁰. Zwar hatte Kops auch geschrieben, daß Kritik keine Opposition darstelle, aber galt das auch bezüglich der Sowjetunion? Zudem hatte er das Recht der Kritik nur

⁹⁵ Vgl. Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. II, Berlin 1950, S. 70-73.

⁹⁶ Vgl. ebenda, S. 119-121.

⁹⁷ Stefan Heymann: Einheitliche Schulungsthemen. In: Sozialistische Tribüne, Nr. 8/1948, S. 13.

⁹⁸ Erich Kops: Kann es eine Opposition in der SED geben? Antwort an den Genossen Hennig, Jena. In: Ebenda, S. 5.

⁹⁹ Ebenda, S. 8.

¹⁰⁰ Ebenda.

demjenigen zugesprochen, der „auch wirklich praktisch bei diesen großen Aufgaben unserer Partei mithilft und mitarbeitet“.¹⁰¹

Die Verlagerung des Schwerpunktes der Parteiarbeit auf die Betriebe brachte es mit sich, daß am 6. September 1948 in Thüringen ein „Tag der Betriebsgruppen“ durchgeführt wurde. Ein Fazit dieses Tages ziehend, meinte der Landesvorsitzende Erich Kops, daß die sich offenbarenden Mängel und Schwächen eine „gründliche Reorganisation der Betriebsgruppen“ erfordere.¹⁰² Einige Betriebsgruppen hätten nicht einmal einen Überblick, wieviele Parteimitglieder im Betrieb tätig seien, da diese nicht alle in der Betriebsgruppe organisiert seien. Außerdem seien die Wahlen für die Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) unzureichend vorbereitet. In der Zeitschrift für die Funktionäre der Thüringer Parteiorganisation hieß es dazu: „In einer Periode des verstärkten Klassenkampfes kann es unserer Partei nicht gleichgültig sein, wer an der Führung der Gewerkschaft im Betrieb beteiligt ist.“¹⁰³ Die Zusammensetzung der BGL sei Gradmesser für die Aktivität und die Reife der jeweiligen Betriebsgruppe. Im Organ des Landesvorstandes kritisierte Fritz Heilmann, daß für die Bedeutung der Betriebsgruppen bei der Durchführung der Wirtschaftspläne nur wenig Verständnis aufgebracht werde, daß eine entscheidende Schwäche auch der Mangel an Konsequenz sei, indem manche Grundeinheiten zwar die Beschlüsse des Landesvorstandes begrüßten, aber davor zurückschreckten, bei sich selbst mit entschlossenem Vorgehen zu beginnen, was zu Versöhnertum selbst gegenüber (angeblich) offenen Parteifeinden führe.¹⁰⁴ Wenige Tage später erschien dort ein Bericht über eine außerordentliche Sitzung des Kreisvorstandes Jena am 22. September 1948. Dort ging es darum, daß die Genossen Erich Matthies, Otto Marquardt und Walter Steiniger zur Frage der Erhöhung der Lebensmittelrationen eine EntschlieÙung verfaÙt hatten, die den Parteifunktionären als politisch und sachlich falsch erschien und deshalb von ihnen nicht gebilligt wurde. Trotzdem hatten sie diese in eine Versammlung der Gewerkschaftsfunktionäre der Betriebe Zeiss und Schott eingebracht und damit antisowjetische Stimmungen und eine gegen die Politik der SED gerichtete Stellungnahme der Versammlung ausgelöst. Während Matthies Selbstkritik übte, blieben die beiden anderen dabei, keinen Fehler begangen zu haben und wurden aus der Partei ausgeschlossen.¹⁰⁵

Nun war es gewiß legitim zu verlangen, daß die Parteimitglieder Beschlüsse einhielten. Da die EntschlieÙung dieser drei Genossen nicht überliefert ist, kann nichts dazu gesagt werden, ob der Vorwurf der übergeordneten Parteileitung zu Recht bestand. Auf jeden Fall wird aber deutlich, daß es erhebliche Meinungsunterschiede zwischen den Genossen an der Basis und denen in höheren Leitungen gab, die hätten ausdiskutiert und nicht auf administrativem Wege „gelöst“ werden müssen. Das geschah aber auch weiterhin nicht.

¹⁰¹ Ebenda.

¹⁰² Erich Kops: Was lehrt uns der „Tag der Betriebsgruppen?“ In: Thüringer Volk, 11. September 1948.

¹⁰³ Peter Götzl: Tag der Betriebsgruppen. In: Sozialistische Tribüne, Nr. 9/1948, S. 12.

¹⁰⁴ Vgl. Fritz Heilmann: Schneller und gründlicher. In: Thüringer Volk, 18. September 1948.

¹⁰⁵ Vgl. Thüringer Volk, 25. September 1948.

Nachdem das Informationsbüro der Kommunistischen Parteien Ende Mai 1948 die Resolution „Über die Lage in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens“ verabschiedet und so den Bruch mit dieser Partei vollzogen hatte, war die Festlegung der SED auf das sowjetische Sozialismus- und Parteimodell so gut wie unabwendbar. Damit wurden schwerwiegende Probleme aufgerissen. Selbst wenn man - wie in der kommunistischen Bewegung üblich - davon ausging, daß die Errichtung des Sozialismus in jedem einzelnen Land Bestandteil eines weltrevolutionären Prozesses ist und die entscheidenden Klassenkräfte und die grundlegenden Aufgaben dabei im Wesentlichen übereinstimmen, dann muß sich der Übergang zum Sozialismus im Rahmen der einzelnen Staaten vollziehen, in denen unterschiedliche objektive und subjektive Bedingungen herrschen. Außerdem verändert sich auch die allgemeine historische Situation, in der die einzelnen Völker diesen Weg beginnen können. Daraus folgt, daß jede einzelne Partei die für sie zweckmäßige Strategie und Taktik selbst entwickeln muß. Die SED hatte ihre programmatischen Vorstellungen vom Weg zum Sozialismus in den „Grundsätzen und Zielen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ dargelegt. Darin wurde die antifaschistisch-demokratische Umwälzung als die unabdingbare Vorstufe für den Sozialismus betrachtet und daraus abgeleitet: „Die gegenwärtige besondere Lage in Deutschland, die mit der Zerschlagung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schließt die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt.“¹⁰⁶

Diese Gedanken hatten auch dem von Anton Ackermann im Februar 1946 im Auftrag der Parteiführung veröffentlichten Artikel „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?“¹⁰⁷ zugrunde gelegen. Ackermann bejahte die Möglichkeit des friedlichen Übergangs, grenzte sich aber eindeutig von Auffassungen eines einfachen „Hineinwachsens“ in den Sozialismus ab und bekräftigte, daß die Diktatur des Proletariats unabdingbare Voraussetzung für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft sei. Allerdings brachte die Formulierung vom besonderen deutschen Weg den Sachverhalt nicht exakt genug zum Ausdruck, denn die Möglichkeit des friedlichen Übergangs bestand auch in den meisten ost- und südosteuropäischen Ländern. Ungünstig wirkte sich außerdem aus, daß im damaligen Sprachgebrauch der Partei unter dem demokratischen Weg der friedliche und unter dem revolutionären der nicht-friedliche Übergang zum Sozialismus verstanden wurde. Dadurch erschien der friedliche Weg als Gegensatz zu revolutionären Umgestaltungen, was dann 1948/1949 dazu benutzt wurde, alle anderen Modelle als das mit und nach der Oktoberrevolution entstandene sowjetische als falsch und schädlich zu verteufeln. Zu berücksichtigen ist ferner, daß die Sowjetunion in Ost

¹⁰⁶ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. I, Berlin 1952, S. 9.

¹⁰⁷ In: Einheit. Monatsschrift zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, H. 1. Februar 1946, S. 22-32.

und West als politisch erfolgreich angesehen wurde. Stalin war weltweit als Staatsmann geachtet, die unter seiner Leitung begangenen Verbrechen kaum öffentlich bekannt. Viele Parteimitglieder schlossen sich willig dem an der Entwicklung der Sowjetunion orientierten Kurs an, weil sie diesen Staat für ein brauchbares Modell hielten. Wohl besaß die SED ein langfristiges Konzept für eine antifaschistisch-demokratische Umgestaltung ganz Deutschlands, das zu einer einheitlichen demokratischen Republik führen sollte. Angesichts der in den Westzonen seit Ende 1947 forcierten Entwicklung hin zur Bildung eines westdeutschen Rumpfstaates verlor dieses Konzept jedoch immer stärker an realem Bezug. Das daraus resultierende konzeptionelle Vakuum vergrößerte die Neigung, den in der UdSSR „bewährten“ Weg ebenfalls zu akzeptieren.¹⁰⁸

Schon auf der 12. Tagung des Parteivorstandes im Juli 1948 hatte Anton Ackermann mit einer Selbstkritik an seiner These vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ begonnen. Nachdem die 13. Tagung des Parteivorstandes im September 1948 in einer EntschlieÙung zum Beschluß des Kommunistischen Informationsbüros zu Jugoslawien sich von einer Orientierung auf einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus distanziert hatte, blieb Anton Ackermann nur der Weg der „Selbstkritik“, obwohl die Orientierung auf den besonderen deutschen Weg 1946 eine Sache des gesamten Parteivorstandes gewesen war. Er übernahm die persönliche Verantwortung für diese These, die er nun als „falsche, faule und gefährliche Theorie“ bezeichnete, die ausgemerzt werden müsse.¹⁰⁹ Schon im August 1948 hatte das Mitglied des Zentralsekretariats Fred Oelßner in seiner Rede zur Eröffnung der neuen Landespartei-schule in Bad Blankenburg unter anderem ausgeführt, der in der sowjetischen Besatzungszone eingeschlagene Weg des Übergangs zum Sozialismus sei „kein besonderer deutscher Weg. Er ist im Prinzip der von Marx und Engels aufgezeigte und von der russischen Arbeiterklasse gemeinsam mit der armen Bauernschaft erfolgreich beschrittene revolutionäre Weg; es ist im Grunde derselbe Weg, den die volksdemokratischen Länder eingeschlagen haben.“¹¹⁰ In einem Beitrag in der Funktionärzeitschrift der Thüringer Parteiorganisation betonte er zwar, es werde entsprechend den nationalen und historischen Bedingungen verschiedene Formen des Überganges zum Sozialismus geben. Aber da die Grundprobleme gleich seien, würden sich auch die Grundzüge dieses Überganges gleichen. Die These von einem besonderen nationalen Weg könne also nur heißen, daß „ein wesentlich anderer Weg als jener Weg, den die Bolschewiki im Jahre 1917 eingeschlagen haben“¹¹¹ beschritten werden solle.

Bei früheren Arbeiten zur Geschichte der SED hatte ich die Bewertung dieser Vorgänge als „gravierendes Beispiel der weiteren Stalinisierung“¹¹² der SED und für ihre bedingungslose

¹⁰⁸ Vgl. Siegfried Prokop: Die führende Rolle der SED als Problem der DDR. In: Streiflichter auf die Geschichte der DDR. Mitteilungen. Im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Vereins hrsg. v. Fritz Gebauer u. Manfred Neuhaus. H. 13, Leipzig 1993, S. 17/18.

¹⁰⁹ Zitiert nach: Jürgen Hofmann: Anton Ackermann und die Problematik der nationalen Wege zum Sozialismus. In: Lesarten marxistischer Theorie. Hrsg.: „Helle Panke“ zur Förderung v. Politik, Bildung u. Kultur e.V., Berlin 1996, S. 57.

¹¹⁰ Fred Oelßner: Über neue Probleme des Sozialismus. In: Thüringer Volk, 19. August 1948.

¹¹¹ Fred Oelßner: Neue Wege zum Sozialismus. In: Sozialistische Tribüne, Sonderheft 1948, S. 1.

¹¹² Hermann Weber: Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 1946-1971, Hannover 1971, S. 14/15.

Unterwerfung unter die bolschewistische Parteiideologie¹¹³ durch Historiker der BRD entschieden zurückgewiesen, weil ich damals unkritisch vor allem Verlautbarungen der Parteiführung und nicht die Komplexität der realen Vorgänge in der Partei zugrunde legte. Diese Bewertungen erweisen sich jedoch im Wesentlichen als zutreffend.

Im Prozeß der Vereinigung von KPD und SPD hatten sich auch die Mitglieder beider Parteien in Thüringen für den „deutschen Weg zum Sozialismus“ ausgesprochen. In seinem Vortrag auf dem Vereinigungsparteitag der Thüringer Landesverbände der SPD und KPD am 7. April 1946 in Gotha hatte Heinrich Hoffmann im Wesentlichen die damalige Argumentation Anton Ackermanns für einen solchen Weg nachvollzogen. Er widmete allerdings der Möglichkeit breiten Raum, daß die großkapitalistischen Kräfte versuchen könnten, der Arbeiterklasse einen gewaltsamen Kampf aufzuzwingen. Wachsamkeit und die Orientierung auf eine „kämpferische Demokratie“ seien also erforderlich. Neben dem Parlamentarismus werde das Schwergewicht der Politik aber wohl außerhalb des Parlaments liegen.¹¹⁴

Auf seiner Sitzung am 18./19. September 1948 übte der Landesvorstand Selbstkritik, weil der Beschluß des Informationsbüros der Kommunistischen Parteien zu Jugoslawien „nicht zum Ausgangspunkt einer gründlichen ideologischen und politisch-organisatorischen Arbeit“¹¹⁵ genommen worden sei, was umso notwendiger gewesen sei, weil die dort gekennzeichneten Fehler und Schwächen auch in der SED vorhanden seien. Er folgerte daraus:

- „1. Jede Unterschätzung der demokratischen und sozialistischen Kräfte in der Welt führt unweigerlich zu einer nationalistischen Entartung und zu einer schwankenden Politik gegenüber den kriegstreibenden Elementen und ihrer monopolkapitalistischen Herren.
2. Jede Unterschätzung der gewaltigen Friedenskraft der Sowjetunion und jedes Nichtverstehen der führenden Rolle der Kommunistischen Partei der SU in der internationalen Kampffront gegen den Imperialismus führt unweigerlich zu einem Verlassen einer klaren marxistisch-leninistischen Politik.
3. Jedes Zulassen theoretischer Verwirrung und jede Tolerierung unmarxistischer, insbesondere reformistischer Auffassungen führt zu einer immer größeren Schwächung der Kampfkraft unserer Partei.
4. Jede Nachlässigkeit und jede ungenügende Wachsamkeit führt zum Eindringen parteifeindlicher Elemente und Saboteure in unsere Reihen und zersetzt damit die Einheit der Partei.
5. Jede Unterschätzung der führenden Rolle der Partei, insbesondere in Massenorganisationen, Verwaltungen und der Wirtschaft, führt zu einer Desorganisation und bedeutet daher eine schwere Gefährdung unseres demokratischen Neuaufbaus.“¹¹⁶

¹¹³ Vgl. Carola Stern: Porträt einer bolschewistischen Partei. Entwicklung, Funktion und Situation der SED, Köln 1957, S. 86.

¹¹⁴ Vgl. Heinrich Hoffmann: Der Weg zum Sozialismus, Weimar 1946, S. 6-10.

¹¹⁵ Thüringer Volk, 21. September 1948.

¹¹⁶ Ebenda.

Dem entsprachen auch die vom Landesvorstand formulierten Aufgaben, wobei immerhin noch erwähnt wurde, daß innerhalb der Partei „die Grundsätze der innerparteilichen Demokratie, des kameradschaftlichen Zusammenarbeitens, der offenen Kritik und Selbstkritik“¹¹⁷ verwirklicht werden müßten.

Die Landesdelegiertenkonferenz am 8./9. Dezember 1948 in Jena zog eine erste Bilanz des seit dem Frühsommer laufenden Wandlungsprozesses der SED in Thüringen. Dabei wurde hervorgehoben, daß die Entwicklung zu einer Partei neuen Typs unabdingbar sei. Verwiesen wurde dabei auch auf eine Verschärfung des Klassenkampfes im Lande, der seitens bürgerlicher Kräfte mit dem Ziel geführt werde, bürgerlich-kapitalistische Positionen in Wirtschaft, Verwaltung und Kultur zu stabilisieren oder gar auszuweiten. Deshalb müsse „das Verständnis aller Mitglieder für die Verschärfung des Klassenkampfes und der sich daraus ergebenden neuen Aufgaben“¹¹⁸ entwickelt werden. Das Sekretariat konnte in seinem Bericht darauf verweisen, daß in den Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen die Diskussionsfreudigkeit gewachsen war, sich mehr als bisher Betriebsarbeiter mit konkreten Stellungnahmen vor allem zur Steigerung der Produktion zu Wort gemeldet hatten, daß das Verständnis für die Bedeutung der Wirtschaftspläne und die führende Rolle der Partei zugenommen habe. So waren auf einen Beschluß des Landesvorstandes, ein Aufgebot von 100 besonders verantwortungsbewußten Parteimitgliedern für sechs Monate zu produktiver Arbeit und zur Verstärkung des ideologischen Wirkens der Partei in die Maxhütte Unterwellenborn zu delegieren¹¹⁹, schließlich 175 Genossen dorthin gegangen. Dreißig weibliche Parteimitglieder waren als „Aktivistenbrigade“ in den VEB Thüringer Zellwolle Schwarzsa entsandt worden. Neben einer Hebung des ideologischen Niveaus der Parteiorganisation wurde auch eine Festigung der organisatorischen Struktur verzeichnet, u. a. waren 204 Betriebsgruppen neu entstanden.¹²⁰ Der Einfluß der SED war zu dieser Zeit recht bedeutsam. 49,9% aller 1948 in Thüringen gewählten Mitglieder der Betriebs-Gewerkschaftsleitungen (BGL) gehörten der SED an.¹²¹ Bei den Wahlen zu den Vorständen der „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ (VdgB) konnten SED-Mitglieder 38,2% der Sitze einnehmen. Jedoch war das vermutlich weniger auf die Politik der SED im allgemeinen zurückzuführen, sondern mehr auf die Anerkennung des Wirkens der jeweils als Kandidaten aufgestellten Parteimitglieder, wie die Ereignisse in den Betrieben von Zeiss und Schott in Jena belegten.¹²² Auch auf wirtschaftliches Vorankommen konnte verwiesen werden. Ende 1948 hatten die dem Land Thüringen unterstellten volkseigenen Betriebe die ihnen für das zweite Halbjahr 1948 gestellten Aufgaben mit 123% erfüllt, das entsprach einem Wert von 191 Millionen Mark. Gegenüber 1947 war die Arbeitsproduktivität

¹¹⁷ Ebenda.

¹¹⁸ Thüringer Volk, 11. Dezember 1948.

¹¹⁹ Vgl. ebenda, 29. Oktober 1948.

¹²⁰ Vgl. E. H.: Es geht vorwärts! Einige Bemerkungen zur Vorbereitung der Parteikonferenz der SED. In: Thüringer Volk, 10. November 1948; Thüringer Volk, 11. Dezember 1948.

¹²¹ Vgl. Paul Wojtkowski: BGL-Wahlen und ihre Lehren. In: Sozialistische Tribüne, H. 11/1948, S. 7; allerdings hatte der Anteil 1947 schon 53,9% betragen.

¹²² Vgl. S. 29 dieser Arbeit.

um 20% gesteigert worden. Unter großen Anstrengungen war es bis 1. Dezember 1948 gelungen, insgesamt 3.025 Neubauerngehöfte zu errichten, wobei durch 56.358 freiwillige Arbeitskräfte 521.637 Arbeitsstunden geleistet wurden.¹²³ Dennoch stellte das Sekretariat fest, daß die Wandlung der Partei „noch nicht über die ersten Anfänge hinaus“¹²⁴ gelangt sei. Selbst die Kreisdelegiertenkonferenzen hätten sich nur wenig mit den grundsätzlichen politischen und ideologischen Fragen beschäftigt.

In seinem Referat rief der Landesvorsitzende Heinrich Hoffmann deshalb nach „einer gründlichen, langfristigen Schulung und Erziehung der Mitglieder“, nach einem „Prozeß der inneren Umformung der SED zu einer Partei mit höherer Organisationsform und ideologischer Einheit.“¹²⁵ Das Studium der Geschichte der KPdSU(B) müsse im Mittelpunkt der Parteischulung stehen. Allerdings mußte er zugeben, daß das „ideologische Niveau der gesamten Mitgliedschaft ... noch nicht genügend gehoben“¹²⁶ werden konnte, obwohl von den rund 268.000 Mitgliedern im Lande etwa 15.000 die Landespartei- oder Kreis- und Betriebspartei- schulen besucht und Hunderttausende an den Bildungsabenden der Partei teilgenommen hatten.

Als ideologische Schwächen wurden gebrandmarkt:

1. „Die falsche und schädliche Parole vom ‚besonderen deutschen Weg zum Sozialismus‘“, der zu der Auffassung geführt habe, „daß es in der sowjetischen Zone einen Weg zur Eroberung der politischen Macht der deutschen Arbeiterklasse ohne Klassenkampf gäbe“ und unzulässiges „Zurückweichen vor Klassenfeinden“ und „gegenüber Angriffen reaktionärer Abgeordneter“ bürgerlicher Parteien zur Folge gehabt hätte.
2. Viel zu spät sei der Kampf gegen „Schumacher-Tendenzen“ aufgenommen, „die Gefährlichkeit dieser zersetzenden Propaganda nicht rechtzeitig erkannt und keine ideologische Auseinandersetzung mit den Argumenten des Sozialdemokratismus“ geführt worden. Künftig dürfe es „keine tolerierende und versöhnlerische Einstellung gegenüber diesen opportunistischen und arbeiterfeindlichen Auffassungen“ mehr geben; auch die „KPO-Auffassungen“ seien „schärfstens zu bekämpfen“, wobei jedoch nie und nirgends erklärt wurde, worin diese denn bestünden.
3. Außerdem hätten sich sektiererische Ansichten gezeigt, wie z. B. die Forderung, die SED zu einer „Kaderpartei“ zu entwickeln und sich von allen inaktiven Mitgliedern zu trennen, oder die ablehnende Haltung gegenüber den Intellektuellen.
4. Auch antisowjetischen Tendenzen würde nicht entschieden genug entgegengetreten. Es dürfe „kein Parteimitglied mehr geben, das sich nicht vorbehaltlos auf die Seite der Sowjetunion, dem Bollwerk des Friedens, stellt.“

¹²³ Vgl. Thüringer Volk, 1. Dezember 1948.

¹²⁴ HStA Weimar, BPA SED Erfurt, A IV/1-3, Bl. 32.

¹²⁵ Ebenda, Bl. 20.

¹²⁶ Ebenda, Bl. 33.

5. Ferner würden ehemalige aktive Nazis in Betrieben und Verwaltungen und „kapitalistische Elemente“ in der Partei geduldet.

6. Als besonders schwerwiegend erschien die „Unterschätzung der führenden Rolle der Partei“. Die Parteileitungen hätten es „bisher nur mangelhaft verstanden, die Funktionäre in den Verwaltungen so heranzuziehen und zu entwickeln, daß sie die führende Rolle der Partei in der Verwaltung *aner- kennen* (Hervorh. v. mir. E.S.) und verwirklichen.“ Ebenso verhielte sich das in den Betrieben, Massenorganisationen und Gemeindeparlamenten. Daß es in erster Linie darum ging, überhaupt erst einmal die Anerkennung der führenden Rolle der Partei zu erreichen, erhellt aus der Formulierung: „Manche Gemeindefraktionen, vor allem auch Bürgermeister, handeln selbständig, ohne Fühlungnahme mit der Partei oder ohne sich an die Beschlüsse ihrer zuständigen Parteiorganisation zu halten, und untergraben damit das Vertrauen der Bevölkerung zu unserer Partei“.

7. Schließlich wurde auch eine „ungenügende Wachsamkeit“ in der Partei konstatiert.¹²⁷

Manche der als „ideologische Schwächen“ bezeichneten Tatbestände waren tatsächlich kritikwürdig und mußten überwunden werden, was sicherlich dazu führte, daß die darauf abzielenden Maßnahmen durch die meisten Mitglieder nicht nur akzeptiert, sondern auch mit verwirklicht wurden. Fatalerweise waren diese Dinge aber untrennbar mit Schritten vermengt, die zur Beseitigung noch vorhandener demokratischer Rechte, Mechanismen und Gepflogenheiten sowie der - wenn auch schon recht beschränkten - Spielräume für eigenständige Entscheidungen, Meinungsäußerungen und Auffassungen auf nationaler und regionaler Ebene führten. Wie konkret das im Landesmaßstab wurde, zeigt u. a. ein Beschluß des Landessekretariats vom 14. Januar 1949. Dort hieß es:

„1. Die Genossen Frölich¹²⁸ und Hessler werden verpflichtet, die grundsätzlichen Arbeiten des Landtagsbüros nur in enger Zusammenarbeit mit dem Fraktionsvorstand der Landtagsfraktion durchzuführen.

2. Veröffentlichungen und Erklärungen über grundsätzliche Fragen in Wort und Schrift sind vorher mit dem Sekretariat abzusprechen.

3. Dieser Beschluß gilt analog für alle Spitzenfunktionäre in entscheidenden Positionen in Staat und Wirtschaft ...“¹²⁹

¹²⁷ Alle Zitate dieses Abschnitts: Thüringer Volk, 11. Dezember 1948.

¹²⁸ August Frölich, Landtagspräsident.

¹²⁹ HStA Weimar, BPA SED Erfurt, IV/L/2/3-035, Bl. 13.

Auswirkungen der 1. Parteikonferenz der SED (Anfang bis Mitte 1949)

Entsprechend dem Statut der SED hätte 1948 ein Parteitag stattfinden müssen. Im Widerspruch dazu sollte Ende November 1948 eine Parteikonferenz durchgeführt werden, ein Kongreßtyp, den das Statut gar nicht kannte. Der Termin für diese Konferenz wurde dann mehrfach verschoben und schließlich auf den 25. bis 28. Januar 1949 festgesetzt. Zugleich hatte der Parteivorstand festgelegt, welche Themen in den Wahl- und Delegiertenversammlungen vorrangig behandelt werden sollten. Grundlage der Diskussionen war nicht wie bisher ein Entschließungsentwurf, sondern die Beschlüsse des Parteivorstandes über die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs sollten erörtert werden. Die der Konferenz vorzulegenden Beschlüsse wurden vom Parteivorstand erst einen Tag vor Konferenzbeginn gefaßt.¹³⁰

Die Referate von Walter Ulbricht und Otto Grotewohl ließen die Zielstellung der Parteiführung erneut deutlich werden. Es ging um die Zentralisierung einer von der SED geleiteten Wirtschaft und eines von ihr beherrschten Staatsapparates in Ostdeutschland, wofür sie die Wandlung der SED zu einer Partei neuen Typs als unabdingbare Voraussetzung ansah, und um die Ausschaltung all jener Mitglieder und Funktionäre, die sich dieser Entwicklung nicht anpassen wollten.¹³¹

In der Entschliebung der Konferenz hieß es, „daß der frühere ideologische Unterschied zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten weitgehend verschwunden“ sei und „in der Partei zahlreiche neue Kräfte herangewachsen“ seien, „die keiner der alten Parteien angehört haben“¹³², womit hauptsächlich auch die formelle Aufhebung der Parität begründet wurde. Andererseits wurde erklärt, „daß der Kampf um die ideologische Klarheit in der Partei nach der Vereinigung nicht mit genügender Aktivität geführt“ worden sei, was „gewisse Elemente“ dazu ermutigt habe zu versuchen, „die SED zu einer opportunistischen Partei westlicher Prägung zu machen“. Das sei noch dadurch gefördert worden, „daß der Klassenfeind durch seine Schumacher-Agentur Spione und Agenten in die Reihen unserer Partei entsandte mit der Aufgabe, innerhalb der SED antisowjetische und nationalistische Tendenzen und Stimmungen zu erzeugen.“¹³³

Die Entschliebung bezeichnete es als erforderlich, „das große historische Versäumnis der deutschen Arbeiterbewegung nachzuholen und die SED zu einer Partei neuen Typus zu entwickeln“¹³⁴ und legte ausführlich die von Stalin formulierten Kennzeichen einer solchen Partei dar. Der demokratische Zentralismus wurde nun im Stalinschen Sinne verstanden, formal charakterisiert durch die Wählbarkeit der Funktionäre, ihre Rechenschaftspflicht vor den Mit-

¹³⁰ Vgl. Andreas Malycha: Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950, Berlin 1996, S. 108.

¹³¹ Vgl. ebenda, S. 109.

¹³² Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. II, Berlin 1950, S. 180.

¹³³ Ebenda.

¹³⁴ Ebenda, S. 179.

gliedern, die Verbindlichkeit von Parteibeschlüssen, die Kontrolle über die Durchführung der Beschlüsse sowie Kritik und Selbstkritik; Fraktionen und Gruppierungen innerhalb der Partei waren verboten.¹³⁵

Innerhalb der Partei sollte die Schulungsarbeit grundlegend verbessert, sollten die unteren Einheiten - besonders die Betriebsgruppen und die Ortsgruppen auf dem Lande - organisatorisch gefestigt, sollte die Kaderpolitik systematisch betrieben und die Arbeit in den Massenorganisationen sowie unter Frauen und Jugendlichen verstärkt werden. Um die soziale Zusammensetzung zugunsten von Industriearbeitern, Aktivisten und fortschrittlichen Intellektuellen zu verbessern, wurde eine Kandidatenzeit von ein bis zwei Jahren (je nach der sozialen Herkunft) eingeführt.¹³⁶

Änderungen vollzogen sich auch in der Führungsstruktur. Es wurde ein *Politisches Büro (Politbüro)*, bestehend aus sieben Mitgliedern und zwei Kandidaten¹³⁷, gewählt, dem die Aufgabe übertragen wurde, „alle wichtigen Fragen der Parteiführung und der Parteipolitik, besonders Fragen marxistisch-leninistischer Erziehung der Parteimitglieder zu beraten und zu entscheiden.“¹³⁸ Das Politbüro wählte seinerseits das *Kleine Sekretariat des Politbüros*.¹³⁹ Von einer Rechenschaftspflicht gegenüber dem gewählten Parteivorstand ist im Beschluß nirgends die Rede. Auch bei den Landesvorständen entstanden Kleine Sekretariate, wobei diese zwar formell vom Landesvorstand gewählt wurden, aber erst nachdem ihre personelle Zusammensetzung vom Politbüro genehmigt worden war. Ferner wurde eine *Zentrale Parteikontrollkommission*, neun Mitglieder und drei Kandidaten umfassend, gewählt.

„Nach der Parteikonferenz sorgte das Kleine Sekretariat in kurzer Frist für die Umformung der Personalpolitischen Abteilung (PPA) des PV, damit die Kaderpartei sich in sowjetischer Manier entwickeln konnte: durch Schaffung eines Kaderreservoirs, Verzeichnisse der Führungspositionen in Partei, Staat und Wirtschaft (die Nomenklatura), die von Kadern besetzt werden sollten, deren Effektivität und Zuverlässigkeit im Karriereverlauf und nach Entwicklungsbedarf immer wieder überprüft und neu bewertet wurden, die weitergeschult, befördert oder versetzt und unter Umständen auch gemäßregelt werden konnten.“¹⁴⁰

Die 1. Parteikonferenz erbrachte wesentliche Teilergebnisse bei der Herausbildung stalinistischer Machtstrukturen innerhalb der SED, die in den folgenden Jahren zielstrebig ausgebaut

¹³⁵ Vgl. ebenda, S. 182.

¹³⁶ Vgl. ebenda, S. 198/199; ferner S. 204, 220-225.

¹³⁷ Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Paul Merker, Franz Dahlem, Otto Grotewohl, Helmut Lehmann und Friedrich Ebert als Mitglieder, Anton Ackermann und Karl Steinhoff als Kandidaten.

¹³⁸ Vgl. Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. II, Berlin 1950, S. 200.

¹³⁹ Ihm gehörten außer Walter Ulbricht als Vorsitzendem Franz Dahlem, Fred Oelßner, Edith Baumann und Paul Wessels an. „Es sollte die Beschlüsse des Politbüros vorbereiten und ihre Durchführung kontrollieren... In der Praxis sorgte Ulbricht ... dafür, daß sich der (vorgeschriebene) Vorrang des Politbüros vor seinem Kleinen Sekretariat umkehrte. Die Vorlagen, die die Mitglieder des Politbüros dort einbringen wollten, mußten zunächst dem Sekretariatsvorsitzenden übergeben werden, der dann auch die Tagesordnung des Politbüros zusammenstellte.“ (Harold Hurwitz: Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946-1949, Opladen 1997, S. 455.)

¹⁴⁰ Harold Hurwitz: A.a.O., S. 456.

wurden. Damit verschwanden auch die noch vorhandenen wenigen Elemente echter innerparteilicher Demokratie, vor allem des Meinungspluralismus.¹⁴¹

In Anwesenheit von Walter Ulbricht beschloß das Sekretariat des Landesvorstandes am 10. Februar 1949 Maßnahmen zur Auswertung der Parteikonferenz, die in der Hauptsache Sitzungen und Versammlungen umfaßten. Außerdem sollten vier Kreisvorstände überprüft werden und zwar Gera und Jena „auf den ideologischen und organisatorischen Zustand“ sowie Arnstadt und Rudolstadt „auf die Verwirklichung der führenden Rolle der Partei.“¹⁴² Untersucht werden sollte ferner die Arbeit der Parteimitglieder in den Landesvorständen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD) sowie im Ministerium für Arbeit und Sozialwesen.

Am 24./25. Februar 1949 befaßte sich der Landesvorstand mit den Beschlüssen der 1. Parteikonferenz. Die EntschlieÙung nannte vor allem politische Aufgaben zur Unterstützung und Propagierung der Innen- und Außenpolitik der SED sowie zur Durchsetzung der Ziele des Wirtschaftsplanes. In einem III. Abschnitt hieß es dann: „Der Kampf gegen das Eindringen opportunistischer Strömungen, antisowjetischer und nationalistischer Tendenzen und Stimmungen, Schumacher-Agenten und Spione in die Reihen unserer Partei muß unentwegt und mit äußerster Schärfe weitergeführt werden.“¹⁴³ Dieser allgemein gehaltene Passus ist eine bloÙe Wiedergabe von Formulierungen der Parteikonferenz. Er wurde ergänzt durch die Forderung nach Studium der „Geschichte der KPdSU(B)“, grundlegender Werke des Marxismus-Leninismus und der vom Parteivorstand herausgegebenen Literatur.

Bedeutsam an dieser Tagung war die Wahl der Landesparteikontrollkommission. Sie bestand aus dem Vorsitzenden Richard Eyer mann, den Mitgliedern Karl Schmidt, Karl Heym, Felix Koutzky und Aenne Rambusch sowie den Kandidaten Kläre Lechner und Karl Tresselt.¹⁴⁴

Die Resonanz der Festlegungen der 1. Parteikonferenz war an der Basis vermutlich nicht so stark, wie das die Parteiführung erwartet hatte. Auf der Tagung am 9./10. März 1949 hatte der Parteivorstand festgestellt, daß wohl Fortschritte erreicht, aber besonders „die Probleme der Entwicklung der SED zu einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei ungenügend behandelt“ worden seien und „Sorglosigkeit in ideologischen Fragen“ herrsche.¹⁴⁵ Weiter hieß es. „Der Kampf gegen den Sozialdemokratismus als opportunistische Ideologie in der Arbeiterbewegung wurde ungenügend geführt, die Wachsamkeit gegenüber feindlichen Agenturen (Schumacher-Gruppen usw.) wurde nicht in genügendem Maße entwickelt. Die Mitglied-

¹⁴¹ Vgl. Andreas Malycha: A.a.O., Berlin 1996, S. 112. Die Auffassung von Harold Hurwitz, der in der 1. Parteikonferenz den vorläufigen Abschluß einer 4. Phase des Stalinisierungsprozesses erblickt (S. 385), kann ich nicht teilen, denn nun setzte sich der Abbau noch vorhandener demokratischer Strukturen und Mechanismen auf den unteren Ebenen der Partei konsequent weiter fort.

¹⁴² Thüringisches Hauptstaatsarchiv (HStA) Weimar, Bezirksparteiarchiv (BPA) der SED Erfurt, IV/L/2/3-035, Bl. 46.

¹⁴³ Thüringer Volk, 1. März 1949.

¹⁴⁴ Vgl. HStA Weimar, BPA SED Erfurt, A IV/2/22-210, Bl. 3.

¹⁴⁵ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. II, Berlin 1950, S. 213.

schaft wurde ferner unzureichend darüber aufgeklärt, daß die Trotzlisten, KPO-Leute usw. heute nicht politische Strömungen in der Arbeiterbewegung vertreten, sondern bezahlte Agenten der imperialistischen Geheimdienste sind.“¹⁴⁶ Es ist allerdings nicht so, daß sich erst jetzt die Repressionen auch gegen ehemalige Mitglieder kommunistischer Splittergruppen gerichtet hätten¹⁴⁷, sie begannen zumindest in Thüringen schon Mitte 1948, aber sie erhielten nun - gestützt auf die Verleumdung der Vertreter dieser Gruppen als imperialistische Agenten - einen höheren Stellenwert und nahmen größere Ausmaße an. In Thüringen waren bereits von Mai 1948 bis zur 1. Parteikonferenz 754 Ausschlüsse erfolgt.¹⁴⁸

Die Tagung des Landesvorstandes am 6. April 1949 stellte zwar einen politischen Aufschwung in der Partei, in der Arbeiterklasse, ja in der gesamten werktätigen Bevölkerung nach der Parteikonferenz fest. Vor allem die Aktionen der Partei zur Produktionssteigerung in der Maxhütte Unterweltenborn und im Kunstfaserwerk Schwarza hätten von der erfolgreichen Arbeit der Partei gezeugt. In der mit tatkräftiger Unterstützung der SED zustande gekommenen Aktion der Freien Deutschen Jugend „Max braucht Wasser“ hatte die erforderliche Wasserleitung für die Maxhütte statt nach der geplanten Bauzeit von neun bereits nach drei Monaten übergeben werden können. Zugleich wurde jedoch auf eine Reihe von Mängeln verwiesen. Dazu hieß es in Anlehnung an entsprechende Formulierungen in Beschlüssen der Parteikonferenz u. a.: „Opportunistisches Zurückweichen vor Auseinandersetzungen mit falschen und zersetzenden Auffassungen verbinden sich vielfach mit ungenügender Wachsamkeit gegenüber der Agententätigkeit von Schumacher- und KPO-Gruppen. Statt bei der Aufdeckung von Agententätigkeit eine breite Diskussion über das Verbrecherische dieser Handlungen und ihre Hintergründe zu organisieren, wird oft versucht, diese Tatsachen zu vertuschen.“¹⁴⁹ Die letzte Feststellung läßt vermuten, daß viele Parteimitglieder das Wirken der als Schumacher-Anhänger und KPO-Leute bezeichneten Genossen, das ja meist im Äußern anderer Meinungen bestand, nicht als parteifeindlich oder gar verbrecherisch ansahen.

In der Entschließung des Landesvorstandes war auch kritisch vermerkt worden, daß antisowjetischer Hetze und diffamierender Gerüchtemacherei nicht entschieden entgegengetreten worden sei. Dieses Problem wuchs sich im Falle des Kreissekretariats Altenburg zu einer von der Parteiführung groß aufgezogenen Aktion aus.¹⁵⁰ Der nun einsetzende Kampf gegen den Antisowjetismus trug zwiespältigen Charakter. Er wurde insofern zu Recht geführt, weil der Antisowjetismus eine militante Sozialismusfeindlichkeit und nationalistische Überheblichkeit bis hin zu faschistischem Rassismusdenken zum Inhalt hatte. Zugleich aber schloß er auch die

¹⁴⁶ Ebenda, S. 214.

¹⁴⁷ Vgl. Andreas Malycha: A.a.O., S. 130/131.

¹⁴⁸ Vgl. HStA Weimar, BPA SED Erfurt, A IV/2/4-132, unpag.

¹⁴⁹ Thüringer Volk, 8. April 1949.

¹⁵⁰ In den nachstehenden Ausführungen zum Kreis Altenburg folge ich weitgehend der Darstellung von Günter Braun: Die SED-Kreisleitung Altenburg und die „Genossen in Uniform“. Eine lokalhistorische Skizze zum Verhältnis zwischen SED und SMAD in einem traditionellen Zentrum der deutschen Arbeiterbewegung. In: Klaus Schönhoven/Dietrich Staritz (Hrsg.): Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993, S. 371-377; nur von mir selbst herangezogene Quellen werden in Anmerkungen belegt.

berechtigte Ablehnung der schematischen Übertragung des stalinistischen Gesellschaftsmodells auf die sowjetische Besatzungszone ein. In dieser Hinsicht trug die Bekämpfung des Antisowjetismus auch zur Durchsetzung stalinistischer Strukturen und Methoden in der SED bei.

Ausgangspunkt der Querelen zwischen Kreissekretariat der SED und der sowjetischen Kreiskommandantur waren zwei Ereignisse im ersten Vierteljahr 1949. Die Maschinenfabrik Meuselwitz erfüllte ihr Plansoll nicht und ihr Direktor sollte nach dem Willen der Kommandantur abgelöst werden; das Sekretariat der SED stützte ihn jedoch. Außerdem hatte sich das Sekretariat einem Befehl widersetzt, nach dem in einem Schloß, das als Kinderheim vorgesehen war, eine Maschinen-Ausleih-Station (MAS) eingerichtet werden sollte.

Nun schaltete sich die Sowjetische Militäradministration in Thüringen ein. In einem Gespräch mit dem Landesvorsitzenden Heinrich Hoffmann und Ministerpräsident Werner Eggerath bezichtigte Gardegeneralmajor Iwan S. Kolesnitschenko den stellvertretenden Landesvorsitzenden Kurt Leßig sowjetfeindlicher und nationalistischer Einstellungen; er habe das Kreissekretariat Altenburg gegen die Kreiskommandantur aufgehetzt.

Nach Rücksprache mit dem Politbüro wurden am 5. April 1949 die Altenburger Sekretariatsmitglieder Karl Dünkeloh, Oskar Thieme und Alfred Tittel ins Landessekretariat geladen und ihr Verhalten scharf kritisiert. Im Beschluß hieß es: „Anstatt alle politischen Fragen von prinzipieller Bedeutung rechtzeitig mit den Genossen der Kdtr. zu besprechen und ihren Rat und ihre Hilfe einzuholen, versuchte der Kr.V. selbständig und unabhängig (Hervorh. v. mir. E.S.) zu Beschlüssen zu kommen. Daraus geht eine Unterschätzung der führenden Rolle der KPdSU im Kampf der deutschen (Hervorh. v. mir. E.S.) Arbeiterklasse hervor, die in der weiteren Entwicklung zu ernststen opportunistischen Entgleisungen führen muß. Dem Kr.V. wird aufgegeben, diese Auffassungen und Einstellungen ernst zu überprüfen und zu beseitigen.“¹⁵¹

Der Kreisvorsitzende Karl Dünkeloh soll jedoch versucht haben, die der SED angehörende Dolmetscherin der Kommandantur zu bewegen, ihm alles zu berichten, was dort vorgehe, und ihr gegenüber seine Distanz zu den Parteiführungen der KPdSU zum Ausdruck gebracht haben. Die Dolmetscherin informierte die Kommandantur über diese Unterredung, allerdings vermutlich nicht ganz der Wahrheit entsprechend.¹⁵²

In der außerordentlichen Sitzung des Landesvorstandes am 23./24. April 1949 stellte die Lage in Altenburg nur einen Punkt der Tagesordnung dar. Im Referat kennzeichnete Hans Eberling verschiedene Arten des Opportunismus, die sich in der Thüringer Parteiorganisation zeigen würden. In der Diskussion bekräftigten das mehrere Teilnehmer. Herausgehoben wurde der Fall Egon Feiß. Dieser, Mitglied des Landesvorstandes und seines Sekretariats, hatte am 14.

¹⁵¹ HStA Weimar, BPA SED Erfurt, IV/L/2/3-035, Bl. 98.

¹⁵² In der Begründung der Rehabilitierung Karl Dünkelohs durch die ZPKK vom 19. November 1956 heißt es dazu: „Es ist anzunehmen, daß die Hauptzeugin ... den sowjetischen Freunden nicht objektiv das Gespräch, welches sie mit Gen. Dünkeloh hatte, widergegeben hat.“ (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv der SED, IV /2/4/461).

März 1949 ein Schreiben an die Ortsgruppe Pößneck mit der Aufforderung gerichtet, den Beschlüssen der Kreisdelegiertenkonferenz Saalfeld Widerstand entgegenzusetzen. Er wurde vom Landesvorstand aus der SED ausgeschlossen.¹⁵³ In einem späteren Bericht (vom 9. Februar 1951) der Kreisparteikontrollkommission Saalfeld wurde ihm auch noch unterstellt, „alle ehemaligen alten Sozialdemokraten in den Gemeindeparlamenten und Massenorganisationen, z. B. Konsum und Stadtverwaltung Pößneck“ organisiert zu haben. Er wohne in Pößneck, sei krank und daher nicht berufstätig, betreibe aber noch immer „parteizersetzende und parteischädigende Arbeit.“¹⁵⁴ Da keine weiteren Angaben vorliegen, läßt sich nicht nachprüfen, worin seine „Verfehlungen“ konkret bestanden haben könnten, doch ist es bezeichnend für die Atmosphäre jener Zeit, wie er noch Jahre danach diskriminiert wurde.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Landesvorstandes informierte Heinrich Hoffmann „über starke opportunistische Abweichungen in Form antisowjetischer Einstellungen im Kreisvorstand Altenburg. Er beantragte, sofort den Kreisvorstand aufzulösen, seine Geschäfte kommissarisch weiterführen zu lassen und gegen das Kreisvorstandsmitglied Dünkeloh ein Parteiverfahren einzuleiten.“¹⁵⁵ Dem stimmte der Landesvorstand zu und legte fest, in Altenburg schnellstens eine Kreisdelegiertenkonferenz einzuberufen und den Kreisvorstand neu wählen zu lassen.

Das Sekretariat des Landesvorstandes billigte am 29. April 1949 ausdrücklich die von Heinrich Hoffmann, Alwin Günther und Kurt Böhme in Altenburg getroffenen Maßnahmen zur Durchführung der Beschlüsse des Landesvorstandes.¹⁵⁶

Die Vorgehensweise des Landesvorstandes widersprach allen demokratischen Regeln. Schließlich war der Kreisvorstand von einer Delegiertenkonferenz gewählt worden. Diese erst nach der verfügbaren Ablösung einzuberufen, stellte eine Brüskierung der Mitglieder dar. Aber nicht deshalb kritisierte der Parteivorstand der SED den Beschluß, den Kreisvorstand Altenburg aufzulösen als falsch, sondern weil er „ohne vorherige prinzipielle Diskussion“ erfolgt war und „dadurch die Gefahr einer falschen Ausgangsposition für die ideologische Klärung der Fragen“ entstanden sei.¹⁵⁷ Letzten Endes aber ging der Beschluß des Landesvorstandes darauf zurück, daß Gardegeneralmajor Kolesnitschenko Heinrich Hoffmann aus der Sitzung am 23. April 1949 herausholen ließ und nach Informationen über neue Tatsachen aus Altenburg rasche und drastische Schritte verlangt hatte.

Danach führte der Landesvorstand in Altenburg eine Reihe von Zusammenkünften verschiedener Gremien durch, in denen die Probleme erörtert wurden. Die Belegschaft des Kreisvorstandes mußte eine Erklärung unterschreiben, in der jeder einzelne die Entscheidung und Begründung der Auflösung anerkannte, erklärte, daß er nicht aus opportunistischen Gründen

¹⁵³ Vgl. Thüringer Volk, 25. u. 28. April 1949.

¹⁵⁴ HStA Weimar, BPA SED Erfurt, A IV/2/4-119, unpag.

¹⁵⁵ Thüringer Volk, 25. April 1949.

¹⁵⁶ Vgl. HStA Weimar, BPA SED Erfurt, IV/L/2/3-035, Bl. 14.

¹⁵⁷ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. II, Berlin 1950, S. 228.

zugestimmt habe und versprach, die „schweren Fehler“ durch erhöhte Anstrengungen wiedergutzumachen. Jeder Kontakt mit Kurt Leßig und Karl Dünkeloh wurde ihnen untersagt.

Es ist unverkennbar, daß die Ereignisse in Altenburg dem Parteivorstand gelegen kamen, um „ein Exempel zu statuieren“ und die Partei insgesamt hinsichtlich der Anerkennung der führenden Rolle der Sowjetunion und der KPdSU und damit auch bezüglich der Entwicklung zu einer Partei neuen Typs zu disziplinieren.

Dazu faßte der Parteivorstand am 5. Mai 1949 den Beschluß „Über die Gefahr nationalistischer Abweichungen“. Dort hieß es nach der Feststellung, daß sich im Kreisvorstand Altenburg „starke nationalistische Tendenzen und Überheblichkeit“ gezeigt hätten, aus denen sich „ein antisowjetisches Verhalten“ ergeben habe: „Bei Vorbereitung der notwendig gewordenen Kreiskonferenz zur Neuwahl des Kreisvorstandes Altenburg muß im Mittelpunkt der Stellungnahmen aller Parteigenossen der prinzipielle ideologische Kampf gegen den Nationalismus, gegen alle antisowjetischen Tendenzen und für die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus stehen.“¹⁵⁸

Der Beschluß warf dem Landessekretariat „unzulässige Duldsamkeit gegenüber antisowjetischen Tendenzen innerhalb der Parteiorganisation“ und „ungenügende Wachsamkeit in ideologischen Fragen“ vor. Es habe „die propagandistische und organisatorische Tätigkeit der Schumacher-Agenten und anderer feindlicher Kräfte nicht genügend zum Anlaß genommen zu einem entschlossenen ideologischen Kampf in den Betrieben und demokratischen Massenorganisationen“ und „den Kampf um die Sauberkeit in den Reihen der Partei“ nur inkonsequent geführt.¹⁵⁹

Gefordert wurde eine systematische ideologische Arbeit, vor allem das Studium der Erfahrungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auf der Grundlage der von Stalin redigierten „Geschichte der KPdSU(B)“. Es ist deshalb kein Zufall, daß der Parteivorstand am gleichen Tage auch den Beschluß „Zur Verbesserung des Studiums des Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU(B)“¹⁶⁰ faßte, der dieses Studium allen führenden Parteifunktionären zur Pflicht machte und die zentrale Leitung dieses Studiums organisierte.

Das Sekretariat des Landesvorstandes reagierte auf diese Beschlüsse zunächst mit zwei Sitzungen des Kleinen sowie des Großen Sekretariats am 11. Mai 1949. Selbstkritisch wurde nun bekundet, die organisatorischen Schlußfolgerungen, die man für Altenburg gezogen habe, seien falsch gewesen, da vorher keine prinzipielle Diskussion erfolgt sei. Das wäre aber besonders notwendig gewesen, da die meisten Mitglieder und Funktionäre in Altenburg die Vorkommnisse nicht von der politisch-ideologischen Seite her betrachteten. Außerdem hätten mit der Auflösung des Kreisvorstandes auch die „brauchbaren Spitzenfunktionäre“¹⁶¹ ihre Wirkungsmöglichkeiten verloren. Das Sekretariat beschloß, am 17. Mai 1949 eine außeror-

¹⁵⁸ Ebenda.

¹⁵⁹ Ebenda, S. 228/229.

¹⁶⁰ Vgl. ebenda, S. 230-233.

¹⁶¹ HStA Weimar, BPA SED Erfurt, L/IV/2/3-036, Bl. 23.

dentliche Landesvorstandstagung einzuberufen und die vom Parteivorstand geforderte Landes-Parteiarbeiterkonferenz vorzubereiten.

Die Ausführungen auf der Sitzung beschränkten sich aber nicht auf die Altenburger Ereignisse. In der Entschließung war die Rede von „den Anstrengungen des Klassenfeindes, in die Reihen der ... SED ideologische Unklarheiten, nationalistische und antisowjetische Tendenzen und organisierte Zersetzung hinein zu tragen“. Dabei verwies sie auf die „Entlarvung von Schumacher-Agenten im Saalfelder Kreis.“¹⁶² Bezeichnend ist auch die Meinung von Ministerpräsident Werner Eggerath: „Nach der Vereinigung haben wir viel zu viel gegenseitig Rücksicht genommen.“¹⁶³

Die große Bedeutung, die die Parteiführung der in Thüringen begonnenen Auseinandersetzung beimaß, ersieht man auch daraus, daß an der außerordentlichen Landesvorstandstagung am 17. Mai 1949 die Politbüromitglieder Franz Dahlem, Otto Grotewohl, Helmut Lehmann und Paul Merker sowie die beiden Vorsitzenden der Zentralen Parteikontrollkommission Otto Buchwitz und Hermann Matern teilnahmen. Das Referat hielt der Landesvorsitzende Erich Kops. Er verwies darin u.a. auf ein bedeutsames Merkmal des Wandlungsprozesses der Partei, als er ausführte: „Voraussetzung für die Klärung aller Abweichungen, aller strittigen Fragen in unserer Partei ist, daß unsere Mitglieder den Mut aufbringen, über unsere Schwächen und Mängel offen zu sprechen ... Wir müssen in der Partei zu einer offenen und ehrlichen Kritik und Selbstkritik kommen. Diese muß sich aber auf alle Mitglieder und Funktionäre ohne Unterschied der Person erstrecken ...“ Es habe sich jedoch gezeigt, daß gerade diejenigen, „die den nationalistischen und opportunistischen Tendenzen sehr viel Gehör schenken“¹⁶⁴, in den Versammlungen geschwiegen hätten, trotz mehrfacher Aufforderung zur Stellungnahme.

Es ist schon kennzeichnend für die damalige Situation, wenn Mut dazu gehörte, in der Partei offen zu sprechen. Es ist leicht erklärlich, warum die mit mehrmaligen Aufforderungen unter Druck gesetzten Mitglieder schwiegen. Denn gleich anschließend folgte bei Erich Kops der Satz: „Was wir aber in unserer Partei nicht dulden, das ist die fraktionelle Tätigkeit der Schumacher-Agenten und trotzkistischer Gruppen.“¹⁶⁵ Auch langjährige Mitglieder, die nicht von der Notwendigkeit der Vereinigung überzeugt seien, würden Fraktionen bilden. Die nicht zu „selbstkritischen“ Erklärungen bereiten Genossen wurden also zumindest in die Nähe fraktioneller Tätigkeit gestellt.

In der Diskussion erklärte Hermann Matern, der Beschluß des Parteivorstandes vom 5. Mai sei „eine ernsthafte Warnung an die ganze Partei, daß man Schluß machen muß mit der Nachsichtigkeit und der Oberflächlichkeit in ideologischen Fragen.“ Wer sich nach gründlicher Diskussion „noch als ein Feind unserer Partei erweist, ist auch der Feind *jedes einzelnen Mitglieds* (Hervorh. v. mir. E.S.) unserer Partei. Zu dieser klaren Einstellung müssen wir kom-

¹⁶² Thüringer Volk, 12. Mai 1949.

¹⁶³ HStA Weimar, BPA SED Erfurt, L/IV/2/3-036, Bl. 34.

¹⁶⁴ Thüringer Volk, 19. Mai 1949.

¹⁶⁵ Ebenda.

men, damit der Klassenfeind nicht immer aufs neue Einflüsse in unsere Partei hineintragen kann.“¹⁶⁶

Otto Grotewohl, der in seinem Beitrag auf sachliche Art die Notwendigkeit eines engen Verhältnisses zur Sowjetunion und zur Kommunistischen Partei der Sowjetunion erläuterte, äußerte sich zum Schluß außerdem zur Kritik am Landesvorstand. Es gehe hier nicht gegen einzelne Personen, aber jeder müsse dann aus eigener Verantwortung den richtigen Standpunkt gewinnen. Er hielt allerdings den derzeitigen Landesvorstand und sein Sekretariat für zu schwach, um die anstehenden Aufgaben zu lösen. Das gab dem Vorsitzenden der Landesparteikontrollkommission Richard Eyermann das Stichwort, um seinerseits personelle Veränderungen im Landesvorstand zu fordern.

Die Entschließung verlangte die strikte Anwendung des „demokratischen Zentralismus“, vor allem die stärkere Kontrolle über die Durchführung der gefaßten Beschlüsse. Dann hieß es unvermittelt: „Funktionäre, die *irgendwie* (Hervorh. v. mir. E.S.) belastet sind, und großbäuerliche Elemente im Dorfe dürfen nicht gedeckt und dadurch Unruhe in die Mitgliedschaft getragen werden.“¹⁶⁷

Zur Verstärkung der ideologischen Arbeit orientierte die Entschließung auf das systematische Studium des Kurzen Lehrgangs der „Geschichte der KPdSU(B)“, auf ein höheres Niveau der Bildungsabende der Partei sowie auf die konsequente Bekämpfung antisowjetischer Stimmungen, auch in der Bevölkerung. Kandidaten für die Partei sollten bevorzugt unter Arbeitern in Industrie und Landwirtschaft, vor allem unter Aktivisten, geworben werden. Die Leitungen der Parteiorganisationen mußten „mit ideologisch klaren, politisch festen und organisatorisch befähigten Genossen besetzt werden.“¹⁶⁸ Das war sicher eine akzeptable Forderung, wenn sie nicht im Sinne einer strikten Unterordnung unter eine zentral von oben vorgegebene Linie verstanden worden wäre.

Die Kreisdelegiertenkonferenz in Altenburg am 18./19. Juni 1949 erbrachte nicht ganz die von den übergeordneten Leitungen erstrebten Ergebnisse. Zwar hatten Dünkeloh und Leßig Selbstkritik geübt, aber es gab Versuche, die Kritik am Kreisvorstand abzuschwächen und einigen Widerstand bei der Neuwahl des Kreisvorstandes.¹⁶⁹ Außerdem zeigten sich keinerlei Hinweise darauf, daß der Widerstand gegen die sowjetische Kommandantur auf SPD- oder KPO-Traditionen beruhte, obwohl der Vorsitzende der Landesparteikontrollkommission Richard Eyermann ein Jahr später behauptete, daß sich der Gegner darauf konzentriert habe, „Schumacheragenten und auch KPO-Leute im Kreis anzusetzen.“¹⁷⁰ Neben dem Landrat Alfred Tittel seien auch viele Bürgermeister ehemalige KPO-Mitglieder, was geändert werden müsse. Im Jahre 1949 aber hatte Eyermann als Hauptstützpunkte Erfurt, Gera, Greiz, Jena,

¹⁶⁶ Ebenda.

¹⁶⁷ Thüringer Volk, 28. Mai 1949.

¹⁶⁸ Ebenda.

¹⁶⁹ Vgl. HStA Weimar, BPA SED Erfurt, IV/L/2/3-036, Bl. 79; Thüringer Volk, 21. Juni 1949.

¹⁷⁰ HStA Weimar, BPA SED Erfurt, A IV/2/4-132, unpag.

Saalfeld und Weimar genannt, wo ehemalige KPO-Leute vor allem Positionen in den Gewerkschaften, im Konsum und bei der Reichsbahn eingenommen hätten. Als „geistiges und organisatorisches Zentrum“ sah er Erfurt an, wo Alfred Schmidt angeblich „unter Ausnutzung seiner Stellung als Landesvorsitzender der Industrie-Gewerkschaft Nahrungsmittel und Genuß die alten Verbindungen“ wieder aufgenommen hätte.¹⁷¹ Verhaftungen durch die Besatzungsmacht hätten die KPO-Leute in ihrer Arbeit nun vorsichtiger gemacht. Alfred Schmidt, ehemaliges Mitglied der Reichsleitung der KPD(O), hatte tatsächlich 1945 damit begonnen, die alten Gesinnungsgenossen in Erfurt erneut zu sammeln. Er hatte sie nach dem im antifaschistischen Widerstandskampf bewährten KPO-System in Fünfergruppen organisiert, „zwischen denen keine Verbindungen bestanden, und er versorgte sie mit Texten, die sie durcharbeiten, vervielfältigen und weitergeben sollten.“¹⁷² Formal gesehen war das zweifellos als eine gegen die Besatzungsmacht gerichtete Aktivität zu werten und stellte auch einen schweren Verstoß gegen die Parteidisziplin dar. Allerdings ist zu fragen, ob es unter den damaligen Bedingungen überhaupt eine andere Möglichkeit gab, von den offiziellen abweichende Vorstellungen zu gesellschaftlichen Veränderungen frei zu diskutieren. Über Verhaftungen und Verurteilungen von Sozialdemokraten durch die Besatzungsmacht in Thüringen informierte die „Tägliche Rundschau“ mehrfach. So war im April 1949 in Saalfeld eine Gruppe um Hermann Kreuzer verhaftet worden, die am 31. August 1949 in Weimar von einem sowjetischen Gericht verurteilt wurde.¹⁷³

In der Zeitung des Landesvorstandes erschien in diesen Wochen eine Reihe von Artikeln, die sich mit Opportunismus, Nationalismus und Antisowjetismus auseinandersetzten und ein neues demokratisches Nationalbewußtsein propagierten.¹⁷⁴

Die am 9./10. Juli 1949 auf Geheiß des Parteivorstandes stattfindende Parteiarbeiterkonferenz des Landes zeigte aber, daß sich die Thüringer Parteiorganisation nicht so entwickelt hatte, wie es die Zentrale gern gesehen hätte. Erich Kops bilanzierte im Referat die bisherige Entwicklung. Er sprach von einer tiefgreifenden Diskussion in den Grundorganisationen und in den Kreisen, in der zu den nationalistischen und antisowjetischen Tendenzen Stellung genommen worden sei. Doch seien noch nicht alle Unklarheiten und Abweichungen erkannt und überwunden worden. Vor allem antisowjetische Stimmungen seien noch vorhanden. Viele Genossen lehnten es ab, sich mit der Geschichte der KPdSU zu befassen; das seien damals dort doch ganz andere Verhältnisse gewesen, weshalb man deren Erfahrungen nicht einfach auf Deutschland übertragen könne. Manche sagten auch, sie seien Marxisten, wollten aber keine Leninisten sein. Bei einigen käme Haß auf das polnische Volk zum Vorschein; gerade

¹⁷¹ Ebenda, A IV/2/4-112, unpag.(Bericht vom 19. Juli 1949).

¹⁷² Jochen Cerný: KPO in der SED? In: Ausblicke auf das vergangene Jahrhundert. Die Politik der internationalen Arbeiterbewegung von 1900 bis 2000. Festschrift für Theodor Bergmann. Hrsg.: Wladislaw Hedeler/Mario Keßler/Gert Schäfer, Hamburg 1996, S. 105.

¹⁷³ Vgl. Wilfriede Otto: Visionen zwischen Hoffnung und Täuschung. In: Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949-1989), Frankfurt/Oder 1996, S. 172-174.

¹⁷⁴ Vgl. Walter Wolf: Für einen neuen Patriotismus. In: Thüringer Volk, 2. Juni 1949; ders.: Der Klasseninhalt des Opportunismus. In: Ebenda, 30. Juni 1949; Alwin Günther: Gegen Nationalismus - für Nationale Front. In: Ebenda, 11. Juni 1949.

in der Frage der Oder-Neiße-Grenze dürfe es keinen Kompromiß geben. Kops kritisierte auch, daß es Genossen gäbe, die „mit einer sogenannten privaten Meinung auftreten, während sie in der Partei scheinheilig den offiziellen Standpunkt der Partei zu vertreten suchen“¹⁷⁵, was allerdings in hohem Maße die Folge davon war, daß es in der Partei keinen offenen und ehrlichen Streit der Meinungen mehr gab. Gleichzeitig warnte er vor „Holzhammer-Praktiken“. Man müsse unterscheiden zwischen denen, die bewußt an der Zersetzung der Partei arbeiteten (was jedoch ohne exakte Beweise vielfach unterstellt wurde), die müßten entfernt werden. Aber um die „politisch schwachen“ Genossen müsse ideologisch gerungen werden, sie müßten zum Studieren angeregt werden.¹⁷⁶

In der Diskussion warf das Parteivorstands-Mitglied Fred Oelßner dem Landesvorstand vor, daß er nach dem Beschluß des Parteivorstandes vom 5. Mai den Kampf vorrangig gegen den - auch noch verschwommen gefaßten - Opportunismus gerichtet habe und nicht, wie vom Parteivorstand vorgegeben, hauptsächlich gegen nationalistische Abweichungen.¹⁷⁷ Hermann Matern behauptete im Schlußwort, daß die Partei wachse und „im Ansehen und Vertrauen bei der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung“ zunehme, wenn sie ihre Aufmerksamkeit „auf den politischen ideologischen Zustand“ richte „und das Feuer gegen die Feinde und Abweichungen“ lenke. Der „Kampf gegen Feinde, gegen Abweichungen, gegen Verfälschungen unserer Politik“ müsse „ununterbrochen und gesteigert fortgesetzt werden.“¹⁷⁸

Die Entschließung der Konferenz zählte noch einmal die Ergebnisse der Kampagne seit Mai und alle in der Thüringer Parteiorganisation aufgetretenen Schwächen auf und formulierte als Aufgaben, den Kampf gegen Nationalismus und Opportunismus entschieden weiterzuführen, das Studium der Geschichte der KPdSU(B) zu verstärken und sich gründlich mit den leninistischen Auffassungen zur nationalen Frage zu befassen sowie Schritte zur Unterstützung der Leistungssteigerung in Industrie und Landwirtschaft zu unternehmen.¹⁷⁹

¹⁷⁵ HStA Weimar, BPA SED Erfurt, A IV/2/2-22, Bl. 31.

¹⁷⁶ Das ganze Referat in: Ebenda, Bl. 18-62.

¹⁷⁷ Vgl. ebenda, Bl. 87-104.

¹⁷⁸ Ebenda, Bl. 193.

¹⁷⁹ Vgl. ebenda, Bl. 205-208.

Neue Strukturen und neue Kader (Mitte bis Ende 1949)

Im Laufe des ersten Halbjahres 1949 hatten sich die Gegensätze zwischen den Westmächten und der Sowjetunion weiter verschärft. Das wirkte sich gravierend auf die Entwicklung in Deutschland aus. Am 4. April 1949 war die NATO gegründet worden. Am 8. Mai 1949 verabschiedete der Parlamentarische Rat, ein durch die westlichen Militärgouverneure im September 1948 eingesetztes westdeutsches Gremium, das „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“, das am 23. Mai 1949 durch die Militärgouverneure in Kraft gesetzt wurde. Die Bildung des westdeutschen Teilstaates war damit bereits weit vorangeschritten. Eine derartige Entwicklung mußte logischerweise die Anstrengungen der SED zum beschleunigten Vorwärtkommen der sowjetischen Besatzungszone nach ihren Vorstellungen beträchtlich erhöhen. Das Wahlergebnis zum 3. Deutschen Volkskongreß, das gezeigt hatte, daß es in der Bevölkerung starke Vorbehalte gegen die Politik der SED gab¹⁸⁰, verstärkte den Drang zu einem raschen Voranschreiten.

Das bezog sich in erster Linie auf die Partei selbst. Schon die zentrale Organisationskonferenz der SED am 7./8. Juni 1949 hatte versucht, organisatorische Veränderungen einzuleiten. Die Betriebsgruppen sollten „zum politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Entscheidungsträger entwickelt werden“.¹⁸¹ Am 21. Juli 1949 legte der Parteivorstand mit seiner EntschlieÙung „Über die Verbesserung der Organisationsarbeit der Partei“ noch einmal nach. Dort hieß es kategorisch: „Die Betriebsgruppe ist die wichtigste Grundeinheit der Partei. Alle in einem Betrieb beschäftigten Mitglieder der SED müssen der Parteiorganisation des Betriebes angehören.“¹⁸² Für sich genommen ist eine solche Festlegung logisch und akzeptabel für eine Partei, die entscheidenden Einfluß auf Wirtschaft, Verwaltung und Kultur ausüben will. Andere Bestimmungen des Beschlusses bringen schwerwiegendere Veränderungen zum Ausdruck. Zwar wurden die Sekretariate als ausführende Organe der Vorstände charakterisiert, aber die aufgeführten Verantwortlichkeiten, Befugnisse und Arbeitsbereiche lassen erkennen, daß der „Apparat“ das Leben der Partei mehr und mehr bestimmte. In den Kreisvorständen verschwand die Parität auch offiziell: Es gab nur noch den 1. und den 2. Kreissekretär, der Begriff des Vorsitzenden entfiel. Neu war ferner, daß nun auch im Parteiapparat und in den Apparaten der Massenorganisationen auf zentraler, Landes- und Kreisebene alle Parteimitglieder in Parteigruppen zusammengefaßt wurden, denen die Rechte und Pflichten von Grundorganisationen zugesprochen wurden.¹⁸³

Gleichzeitig hatte der Parteivorstand für die Zeit vom 1. September bis 15. Dezember 1949 Neuwahlen für die Parteileitungen von den Grundorganisationen bis zu den Landesvorständen angesetzt. Am 24. August 1949 beschloß er „Die organisatorische Vorbereitung der Neuwahl

¹⁸⁰ Nur 66,1% der Wähler hatten am 15./16. Mai 1949 für die vorgeschlagenen Delegierten gestimmt.

¹⁸¹ Andreas Malycha: Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950, Berlin 1996, S. 115.

¹⁸² Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. II, Berlin 1950, S. 262.

¹⁸³ Vgl. ebenda, S. 260-265.

der Parteileitungen".¹⁸⁴ Dort hieß es u.a.: „Die Vorschläge der Kandidaten für die neuen Parteileitungen sollen von den bisherigen Parteileitungen im Einvernehmen mit der nächsthöheren Parteileitung vorberaten werden".¹⁸⁵ Wohl wurde anschließend gesagt, dadurch dürfe das Recht der Mitglieder zu neuen Vorschlägen nicht beeinträchtigt werden, doch konnte auf diese Art und Weise die Zusammensetzung der künftigen Leitungen entscheidend von oben beeinflusst werden. Der Beschluß enthielt ferner Anforderungskriterien an die zu wählenden Leitungsmitglieder und Hinweise zur sozialen Zusammensetzung der Leitungen. Die Tatsache, daß den Leitungen sowohl Funktionäre der Gewerkschaft als auch staatliche Leiter angehören sollten, läßt die wachsende Verquickung der Parteiarbeit mit diesen Bereichen deutlich werden.

Diesen Wahlen maß die Parteiführung eine große Bedeutung zu. Die beiden Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl wandten sich am 1. September 1949 in einem Brief an jedes Parteimitglied, in dem die Neuwahlen als „ernste Sache" bezeichnet wurden, bei der es darum gehe, „die Richtigkeit und die Durchführung der Politik unserer Partei durch alle Mitglieder kritisch zu überprüfen und jeden Funktionär nach der Erfüllung seiner Parteipflichten zu bewerten."¹⁸⁶ Die weiteren Ausführungen lassen jedoch erkennen - wie ja auch die Praxis der letzten Monate schon belegt hatte -, daß keineswegs daran gedacht war, die Richtigkeit der Parteipolitik einer Prüfung durch die Mitglieder unterziehen zu lassen. In den Mittelpunkt der Diskussion auf den Wahlversammlungen sollte nämlich die Überprüfung der *Arbeit zur Erfüllung der Beschlüsse der 1. Parteikonferenz* gestellt werden. Dazu formulierten die Parteivorsitzenden eine Vielzahl von Fragen, zu denen Stellung zu nehmen sei. Die Mitglieder wurden aufgefordert, von ihren Leitungen Rechenschaft über die Durchführung der Beschlüsse zu verlangen, Probleme vorzubringen, die ihnen unklar waren und verständliche Antworten darauf zu fordern, Kritik und Selbstkritik zu üben und Vorschläge zur Verbesserung der Parteiarbeit zu unterbreiten.

Der Brief ist in einem ausgesprochen moderaten Ton gehalten und kontrastiert erheblich zur Ausdrucksweise anderer Parteibeschlüsse jener Zeit. So hatte der Parteivorstand am 24. August 1949 auch einen Beschluß „Die nächsten Aufgaben der Partei" verabschiedet, in dem der „Trotzkismus" als „faschistische Gruppierung", als „getarnter Faschismus" und die „Schumacher-Ideologie" als „Ableger der Ideologie des amerikanischen Imperialismus"¹⁸⁷ bezeichnet und das „Versöhnertum" gegenüber beiden Richtungen scharf verurteilt wurde.

Der Landesvorstand Thüringen mußte auf seiner Tagung am 8./9. September 1949 feststellen, daß „die große innerparteiliche Diskussion ... zur Bekämpfung des Nationalismus und Opportunismus" im Landesverband zwar „zu personellen Veränderungen und zur Verbesserung der Arbeitsmethoden in den Parteileitungen" geführt, aber nicht „die gründliche Wandlung" bei der Durchführung der Beschlüsse der 1. Parteikonferenz und der „Verbesserung unserer

¹⁸⁴ Vgl. ebenda, S. 292-296.

¹⁸⁵ Ebenda, S. 293.

¹⁸⁶ Ebenda, S. 313.

¹⁸⁷ Ebenda, S. 289.

Parteiorganisation“¹⁸⁸ herbeigeführt habe. So mußte der Landesvorstand eine sehr geringe Teilnahme an Mitgliederversammlungen und Bildungsabenden zwischen 20% und 40% registrieren.¹⁸⁹ Der Landesvorsitzende Heinrich Hoffmann beklagte, daß der Kampf gegen Nationalismus und Opportunismus fast ausschließlich „unter Ausschluß der Öffentlichkeit und deshalb ohne Anteilnahme der Werktätigen“ geführt worden sei und dabei die Aufgaben der Partei in der Verwaltung, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, im kulturellen Leben und in den Massenorganisationen vernachlässigt worden seien und die „Kraft der Partei ... ausschließlich in diesem Kampf gegen Nationalismus und Opportunismus aufgebraucht“ wurde.¹⁹⁰ Das führte auch dazu, daß die Parteiwahlen durch den Landesvorstand vor allem technisch-organisatorisch vorbereitet worden waren, was zu scharfer Kritik seitens der Vertreterin des Kleinen Sekretariats des Parteivorstandes, Edith Baumann, am Landessekretariat führte¹⁹¹, der sich der 1. Kreissekretär von Arnstadt, Alois Bräutigam, anschloß.¹⁹²

Mögen diese Wertungen auch von den reinen Tatsachen her zutreffend gewesen sein, so darf dabei nicht außer Betracht bleiben, in welcher schwieriger Situation sich besonders die Funktionäre auf der unteren Ebene befunden haben. Probleme bereitete schon die Tatsache des Besatzungsregimes, aus der die Furcht resultierte, bei allzu offener Kritik von den Besatzungsbehörden zur Rechenschaft gezogen zu werden.¹⁹³ Hinzu kam, daß die Versorgung mit Lebensmitteln noch immer unzureichend war, vielfach beengte Wohnverhältnisse herrschten und die immer wieder auftretenden Stromsperrungen gerade die ehrenamtlichen Funktionäre, die nach ihrer beruflichen Arbeit für die Partei tätig waren, belasteten. Die Funktionäre waren häufig zeitlich und physisch überfordert, manche auch intellektuell. Viele von ihnen waren noch recht jung. Wohl waren sie durch zahlreiche Schulungen gegangen, aber vielfach stellten diese lediglich ein äußerliches *Anlesen* und keine echte *Aneignung* von Kenntnissen und Erkenntnissen dar. Die schmale, oft auch noch dogmatische Wissensgrundlage führte häufig zu Schwarz-Weiß-Denken und zu intolerantem Handeln. Hinzu kam außerdem die starke Reglementierung durch übergeordnete Leitungen, so daß für eigene Entscheidungen nur geringe Spielräume blieben. Kein Wunder, daß der Landesvorstand beklagte, bei manchen Mitgliedern sei die Tendenz vorhanden, nur ja keine Funktion zu übernehmen.¹⁹⁴

In den nächsten Wochen erschienen in der Zeitung „Thüringer Volk“ zwei Beiträge, die zu einigen Kernfragen der Neuwahlen Stellung bezogen. In der Ausgabe vom 17. September 1949 beantwortete der damalige Abteilungsleiter im Parteivorstand Kurt Hager die Frage, was innerparteiliche Demokratie heiße. Er schrieb dazu: „Sie heißt: Wahl der Leitungen von unten

¹⁸⁸ Thüringisches Hauptstaatsarchiv (HStA) Weimar, Bezirksparteiarchiv der SED (BPA SED) Erfurt, A IV/2/1-4, Bl. 15.

¹⁸⁹ Vgl. Thüringer Volk, 7. u. 14. September 1949.

¹⁹⁰ HStA Weimar, BPA SED Erfurt, A IV/2/1-4, Bl. 20.

¹⁹¹ Vgl. ebenda, Bl. 105-107.

¹⁹² Vgl. ebenda, Bl. 136.

¹⁹³ Vgl. den Diskussionsbeitrag des Gen. Eggert aus Heiligenstadt auf der Landesdelegiertenkonferenz im Dezember 1948, HStA Weimar, BPA SED Erfurt, A IV 2/1/3, Bl. 28.

¹⁹⁴ Vgl. Zwischenanalyse der Neuwahl der Parteileitungen. In: Sozialistische Tribüne, Nr. 11/1949, S. 5.

nach oben, regelmäßige Berichterstattung der Parteiorgane, bewußte und disziplinierte Durchführung der gefaßten Beschlüsse, freiwillige Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Nur so kann die Partei zu einem organisierten, disziplinierten und einheitlichen Ganzen werden. Sie heißt: Entfaltung eines klärenden Meinungs-austausches, offene Kritik und Selbstkritik, Kampf gegen die Methoden des Kommandierens. Denn diese offene Kritik und Selbstkritik ist der wichtigste Hebel zur Verbesserung der Parteiarbeit und zur ideologischen Erziehung der Parteimitglieder. Sie heißt: Steigerung der Aktivität der Parteimitglieder, Erhöhung der Verantwortlichkeit für die Politik der Partei und Teilnahme jedes Mitgliedes an der Durchführung der Beschlüsse der Leitungen.“¹⁹⁵

Hier bleibt vieles von dem, was Lenin vor der Oktoberrevolution unter demokratischem Zentralismus verstand, offen, vor allem hinsichtlich der Möglichkeiten für alle Mitglieder, entscheidend an der Herausbildung einer „öffentlichen Meinung“ innerhalb der Partei mitwirken zu können. Hier erscheint Demokratie in erster Linie als bewußte Disziplin, als Unterordnung des einzelnen unter die Beschlüsse und nicht als Möglichkeit der Mitgestaltung auch der grundsätzlichen Probleme und Aufgabenstellungen.

Positiver ist der Beitrag des Landesvorstandsmitgliedes Walter Wolf zu werten. Er wandte sich gegen solche Argumente, daß Kritik Vertrauen zersetze und dem Ansehen des Kritisierten schade, vor allem, wenn es sich um einen Funktionär handle. Wer Kritik unterbinde, sei kein Freund der neuen Demokratie. „Wir brauchen Funktionäre, die offen kritisiert werden, nicht weil sie viele Fehler machen, sondern weil sie Kritik vertragen, wünschen und fördern, weil man zu ihnen jenes verantwortungsvolle Vertrauen hat, welches die helfende Kritik herauslockt. Nur ein hochmütiger, von den Massen isolierter Funktionär wird die Kritik von unten mißachten oder gar ignorieren.“¹⁹⁶ Die Kritik solle sachlich und frei von persönlicher Gehässigkeit sein, Selbstkritik nicht zur Selbstkasteiung entarten. Entscheidend sei, daß die richtigen Schlußfolgerungen gezogen würden.

Die von Wolf kritisierten Zustände waren sicher keine Randerscheinungen, sonst hätte es nicht eines speziellen Beitrages bedurft. Kritik und Selbstkritik waren fast zu Ritualen geworden, sie wurden - meist mit Stalin-Zitaten belegt - breit propagiert, aber nicht in dem von Wolf gemeinten Sinne. Es überwog eindeutig die Kritik von oben, die allerdings vielfach gut vorbereitet als Kritik von unten organisiert wurde.

Die offene Diskussion scheint nicht wie erhofft vorangekommen zu sein. In einer Zwischenbilanz der Wahlversammlungen war davon die Rede, daß als Folge einer „Holzhammerpolitik“ Genossen, die „in den verschiedensten Fragen unklar waren und in den Versammlungen Fragen stellten, oft sogar auch eine berechtigte Kritik an schlechten Funktionären übten, ... zu Opportunisten gestempelt und sogar aus der Partei ausgeschlossen“ worden seien.¹⁹⁷ Meist

¹⁹⁵ Kurt Hager: Was heißt innerparteiliche Demokratie? In: Thüringer Volk, 17. September 1949.

¹⁹⁶ Walter Wolf: Über Kritik und Selbstkritik. In: Thüringer Volk, 28. September 1949.

¹⁹⁷ Zwischenanalyse der Neuwahl der Parteileitungen. In: Sozialistische Tribüne, Nr. 11/1949, S. 5.

ginge es bei falschen Auffassungen gar nicht um feindliche Tendenzen, sondern um fehlendes Wissen. Es sei notwendig, durch wirkliche Überzeugungsarbeit Vertrauen zu festigen.

Nach dem Abschluß der 22 Kreisdelegiertenkonferenzen sah der Landesvorstand gewisse Fortschritte hin zu einer Partei neuen Typs. Die Verbindung zu den Massen habe sich gefestigt, der Anteil der Frauen und Jugendlichen an der Mitgliederzahl habe sich beträchtlich vergrößert, auch seien mehr Frauen und Jugendliche in die Parteileitungen gewählt worden. Fast die Hälfte aller Kreisvorstandsmitglieder waren Arbeiter. In den Leitungen der ländlichen Ortsgruppen war auch der Anteil der Klein- und Mittelbauern gestiegen.¹⁹⁸ Doch seien die Ziele nicht ganz erreicht worden, was hinsichtlich des Anteils der Arbeiter an der Mitgliederzahl (er lag noch immer unter 50%) als besonders nachteilig empfunden wurde. In den Diskussionen hätten sich ablehnende Tendenzen zur Arbeit mit Bürgerlichen im Rahmen der Nationalen Front und zur Fahne der am 7. Oktober 1949 gegründeten Deutschen Demokratischen Republik in den Farben Schwarz-Rot-Gold gezeigt.¹⁹⁹ An anderer Stelle wurde die Auffassung vieler Mitglieder beklagt, daß mit der Kampagne gegen Nationalismus und Opportunismus das Ziel erreicht sei. Es müsse jedoch „ein stetiger Kampf gegen die verderblichen trotzkistischen Ideologien“ geführt werden. Da er vielfach aber nur abstrakt betrieben worden sei, hätten die Mitglieder nicht erkannt, „daß auch bei uns der amerikanische Imperialismus versucht, seine Agenten in unsere Parteieinheiten einzuschmuggeln. Überall dort, wo unsere Parteieinheiten keinen Versuch machten, Parteifeinde zu entlarven, wurde ihnen ihre Tätigkeit zum Schaden der Partei erleichtert.“²⁰⁰ Dafür wurde als Beispiel das Funkwerk Erfurt angeführt, in dem sich auch viele Mitglieder der SED gegen ein Produktionsaufgebot zum 70. Geburtstag Stalins gewandt hatten. Mit solchen Aussagen wurde das Aufspüren von „Parteifeinden“ allüberall fast zur moralischen Pflicht.

Ganz in dieser Richtung lag das Vorgehen gegen den Chefredakteur der Zeitung „Thüringer Volk“, Karl Doerr. Er hatte am 17. Februar 1949 einen Leitartikel unter der Überschrift „Erdöl und Politik“ veröffentlicht, der nach Meinung des Landessekretariats „eine Reihe grundlegender politischer Fehler“ enthielt. Doerr hatte auf die große Bedeutung des Erdöls als Rohstoff verwiesen, mit dessen Hilfe man entscheidenden Einfluß auf das Weltgeschehen ausüben könne. Das habe der 2. Weltkrieg gezeigt, den die USA vor allem wegen ihrer Ölreserven gewonnen hätten. Man unterstellte ihm nun: „Die Amerikaner wurden also nach seiner Meinung diejenigen, die die faschistischen Armeen auf Grundlage ihres Ölreichtums zerschlagen hatten, und nicht die Rote Armee.“²⁰¹ Das Sekretariat beschloß nach einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit Doerr, ihn zu einem Lehrgang der Landespartei-schule zu delegieren. Dort soll er parteifeindliche Äußerungen gemacht haben, wie z.B. „Ich pfeife auf so einen

¹⁹⁸ Vgl. Thüringer Volk, 30. November u. 10. Dezember 1949.

¹⁹⁹ Vgl. Kommuniké der Landesvorstandssitzung vom 29. November 1949. In: Thüringer Volk, 30. November 1949; Vor der Landesdelegiertenkonferenz. In: Ebenda, 10. Dezember 1949.

²⁰⁰ Fragen, die zu kurz kamen. Zur bevorstehenden Landesdelegiertenkonferenz. In: Ebenda, 14. Dezember 1949.

²⁰¹ Bericht der Landespartei-kontrollkommission, 9. Mai 1950. In: HStA Weimar, BPA SED Erfurt, A IV/2/4-132.

Staatsmann wie Lenin, der Tausende Menschen sinnlos opfert, um daraus die Lehren zu ziehen für eine Revolution”²⁰²; er sei Marxist, aber kein Leninist. Außerdem lehne er die Oder-Neiße-Grenze ab. Gegenüber der Landespartei kontrollkommission habe er jedoch alles abgestritten. Man verlangte nun von ihm als ehemaligen Sozialdemokraten einen „selbstkritischen” Artikel zu verfassen, der am 27. Oktober 1949 im „Thüringer Volk” unter dem Titel „Abkehr vom Sozialdemokratismus” erschien. Gemäß den damaligen Gepflogenheiten formulierte er seine „Erkenntnisse” sehr radikal, trug mitunter sogar recht dick auf und da er das alles nicht nur auf sich selbst bezog, sondern auch auf andere ehemalige Sozialdemokraten, legte ihm das die Landespartei kontrollkommission als Beleidigung vieler sozialdemokratischer Arbeiter aus. Noch vor dem Erscheinen des Artikels flüchtete Doerr nach Westberlin. Am 2. November 1949 beschloß das Sekretariat seinen Ausschluß aus der Partei wegen Parteifeindlichkeit und Agententätigkeit, da er Verbindungen zu SPD-Führern und einem US-Nachrichtenoffizier gehabt haben sollte.

In der Vorbereitung auf die Landesdelegiertenkonferenz ging es in personeller Hinsicht nicht nur um Parteifeinde, sondern generell darum, Kräfte in die neuen Leitungsgremien zu bringen, die fähig und willens waren, mit Energie und Durchsetzungsvermögen den Wandlungsprozeß der Partei voranzutreiben. So ist es kein Wunder, daß im Landessekretariat am 5. Dezember 1949 Bedenken laut wurden, Heinrich Hoffmann, dem man u. a. „ideologische Leichtfertigkeit” vorwarf, zum 1. Sekretär vorzuschlagen. Man einigte sich darauf, dem Politbüro die Namen Werner Eggerath oder Hans Eberling zu nennen und für den 2. Sekretär den jungen Genossen Otto Funke (damals 34 Jahre alt) in Vorschlag zu bringen.²⁰³ Dieses Vorgehen macht deutlich, wie gering der Entscheidungsspielraum der Landesorganisation der Partei bereits war. Zwar konnten die Delegierten den Landesvorstand wählen, aber die Personalvorschläge für die leitenden Funktionen bedurften der Absegnung durch das Politbüro. Damit war das Prinzip der Wählbarkeit von unten nach oben wesentlich ausgehöhlt.

Einen gewissen Abschluß der Auseinandersetzungen um die Entwicklung der Thüringer Parteiorganisation bildete die Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 16. bis 18. Dezember 1949. Der Landesvorstand konnte darauf verweisen, daß im Zuge der Parteiwahlen sowohl der Anteil der Frauen (von 15% auf 22,7%) als auch der Jugendlichen (von 7,2% auf 17%) in den Parteileitungen gestiegen war, daß in die Leitungen der ländlichen Ortsgruppen und in die Kreisvorstände mehr werktätige Bauern gewählt worden und fast die Hälfte aller Kreisvorstandsmitglieder Arbeiter waren.²⁰⁴ In verschiedenen Betrieben des Landes gehörten mehr als ein Viertel der Belegschaft der SED an.²⁰⁵ Im Mittelpunkt der Konferenz stand jedoch nicht das Erreichte, sondern die ungelösten Aufgaben. Der Landesvorstand konstatierte, daß die Bekämpfung nationalistischer und opportunistischer Tendenzen nicht abgeschlossen sei. Anti-

²⁰² HStA Weimar, BPA SED Erfurt, A IV/2/22-210, Bl. 29.

²⁰³ Vgl. HStA Weimar, BPA SED Erfurt, IV/L/2/3-037, Bl. 188-190.

²⁰⁴ Vgl. Thüringer Volk, 30. November u. 10. Dezember 1949.

²⁰⁵ So im Kaliwerk „Glückauf” Sondershausen 38,2% und im Kaliwerk Volkerode 29,6%; HStA Weimar, BPA SED Erfurt, IV/L/2/3-042, Bl. 267.

sowjetische Stimmungen und falsche Einstellungen zur Oder-Neiße-Grenze seien nicht überwunden. Deshalb gehe es darum, „den schärfsten Kampf gegen jede Form der Antisowjethetze zu führen und jeden Verfechter und Verbreiter von Verleumdungen und Lügen gegen die Sowjetunion als Feind des deutschen Volkes zu brandmarken.“²⁰⁶ Jedes Parteimitglied müsse Mitglied der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft werden und dafür werben. Von den Mitgliedern wurde weiter gefordert, das Studium der „Geschichte der KPdSU (B) zu verstärken, die Zeitung des Kommunistischen Informationsbüros „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie“ zu lesen sowie die Beschlüsse und Dokumente des Parteivorstandes gründlich durchzuarbeiten.

Mit unverminderter Schärfe wurde der „Sozialdemokratismus“ aufs Korn genommen, wobei die KPD(O) dort gleich mit eingeordnet wurde: „Die Bekämpfung des Sozialdemokratismus in der Partei, gefördert durch die Schumacher-Agenten und KPO-Elemente, muß verschärft fortgeführt werden.“²⁰⁷ Vermutlich war das bisher nur unzureichend gelungen, denn es hieß: „Funktionäre und Mitglieder unserer Partei weichen oft vor der zersetzenden Propaganda zurück und bekämpfen ungenügend falsche Auffassungen über unseren Kampf und die Verbesserung unserer Lebenslage.“²⁰⁸ Auch führende Funktionäre in Partei, Verwaltung und Wirtschaft würden die ideologische Arbeit unterschätzen. Allerdings wurde von einem Delegierten auch darauf verwiesen, daß ein so kategorisches Verfahren wie in Altenburg dort eine Schockwirkung hinterlassen habe und es noch nicht gelungen sei, die Genossen aus ihrer Schweigehaltung wieder herauszubringen.²⁰⁹

Die EntschlieÙung hatte jedoch - sicher auf Veranlassung des Politbüros - nicht die Tendenzen des Nationalismus und Opportunismus als die Hauptgefahr bezeichnet, obwohl sie am breitesten behandelt worden waren, sondern das Sektierertum, das in der Vernachlässigung der nationalen Interessen des deutschen Volkes zum Ausdruck komme. Dazu wurde eine Vielzahl von Erscheinungsformen benannt, vor allem die ablehnende Haltung vieler Mitglieder gegenüber der Zusammenarbeit mit national-bürgerlichen Kräften in der Nationalen Front sowie die Unterschätzung der Bedeutung der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Demgegenüber wurde betont, daß ein neues, demokratisches Staatsbewußtsein entwickelt werden müsse. Außerdem verwies die EntschlieÙung erneut darauf, die führende Rolle der Partei in den Massenorganisationen zu verwirklichen.

Die Delegierten wählten den vom Politbüro vorgeschlagenen Erich Mückenberger zum 1. und Otto Funke zum 2. Sekretär des Landesvorstandes. Gleich im Anschluß an die Delegiertenkonferenz wertete das neue Sekretariat des Landesvorstandes die Tagung aus. Die Vertreter aus dem Apparat des Parteivorstandes brachten viel Kritisches vor. Die Kampagne gegen Opportunismus und Nationalismus habe zu wenig im Mittelpunkt gestanden, die Diskussion sei zu wenig grundsätzlich und zu wenig kritisch gewesen, sie habe nur ungenügend darauf ori-

²⁰⁶ EntschlieÙung der Landesdelegiertenkonferenz. In: Thüringer Volk, 22. Dezember 1949.

²⁰⁷ Ebenda.

²⁰⁸ Ebenda.

²⁰⁹ Vgl. HStA Weimar, BPA SED Erfurt, A IV/1/4, Bl. 111.

entiert, wie die Partei die Aufgaben erfüllen könne (obwohl zugleich bemängelt wurde, daß die Diskussionsbeiträge zu praktizistisch gewesen seien). Außerdem sei „das Kernproblem bei der Entwicklung zur Partei neuen Typus - nämlich die wirkliche Führung zu haben und zu lehren, wie die Führung von den Parteiorganen durchzuführen ist - nicht genügend zum Ausdruck“²¹⁰ gekommen. Die Berliner Vertreter stellten nochmals klar, daß „keine Veranlassung“ bestanden habe, „die beiden Genossen Kops und Hoffmann mit tsching tsching und bum bum zu verabschieden.“²¹¹ Ein feierlicher Akt war sicher nicht angebracht, doch zeugt es von einer eigenartigen Einstellung der führenden Gremien der Partei gegenüber langjährigen Kampfgefährten, ihnen einen ehrenvollen Abschied nur deshalb zu versagen, weil sie die in der jüngsten Vergangenheit an sie herangetretenen Aufgaben nicht zur Zufriedenheit der Zentrale gelöst hatten.

Im Zuge der Parteiwahlen erfolgte in der SED insgesamt eine „personelle Neuformierung der Leitungen aller Ebenen. Durchschnittlich wurden nur noch 22,6% aller Funktionäre, die vor den Wahlen 1949 das personelle Profil der Leitungen prägten, wiedergewählt.“²¹² In Thüringen gab es außer dem 1. und 2. Sekretär des Landesvorstandes neue 1. Kreissekretäre in Jena und Nordhausen sowie in Eisenach, Gera und Mühlhausen neue 1. und 2. Kreissekretäre.²¹³

Damit waren die personellen Veränderungen in großem Stil jedoch keineswegs abgeschlossen. Das Politbüro verfügte am 18. Oktober 1949 die systematische Überprüfung aller SED-Funktionäre, die in westliche Länder emigriert gewesen waren oder sich in westlicher oder jugoslawischer Kriegsgefangenschaft befunden hatten. Zehn Tage später beschloß das Kleine Sekretariat des Parteivorstandes den entsprechenden Plan. Erfaßt werden sollte der zentrale Parteiapparat, die Landesvorstände, die Kreisvorstände in den Grenzkreisen, Redaktionen und Verlage, der Apparat der Regierungen der Republik und der Länder, die Leitungen in Industrie, Handel, Verkehr und den Massenorganisationen im Landesmaßstab und in den Grenzkreisen sowie die Kreisverwaltungen und die Verwaltung der kreisfreien Städte.²¹⁴ Auf einem Lehrgang für die Mitglieder der Landesparteikontrollkommissionen vom 3. bis 5. November 1949 in Berlin hatte Hermann Matern verkündet: „Wir müssen die Kader in der Partei und im Staat überprüfen, aber genauestens.“²¹⁵ Sie sollten überprüft werden hinsichtlich ihrer politischen Entwicklung, ihrer Tätigkeit seit 1945, ihrer Stellung zur Sowjetunion und zur Generallinie der Partei sowie ihrer Beziehungen nach dem „Westen“. Dabei wurden alle internationalen humanitären Organisationen und Institutionen, zum Beispiel auch das Rote Kreuz, als Spionageeinrichtungen angesehen. Besonders zu achten sei auf Genossen, die früher „abweichenden Gruppierungen“ angehört hätten. Die Überprüfungen fanden vom 21. November bis

²¹⁰ Ebenda, IV/L/2/3-037, Bl. 205.

²¹¹ Ebenda, Bl. 214.

²¹² Andreas Malycha: A.a.O., S. 221.

²¹³ Vgl. Bericht der Landesparteikontrollkommission vom 9. Mai 1950. In: HStA Weimar, BPA SED Erfurt, A IV/2/4-112.

²¹⁴ Vgl. Wilfriede Otto: Visionen zwischen Hoffnung und Täuschung. In: Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Griender: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949-1989). Frankfurt/Oder 1996, S. 190.

²¹⁵ HStA Weimar, BPA SED Erfurt, A IV/2/4-105.

15. Dezember 1949 statt. Bedenken bestanden danach gegen eine Reihe von Funktionären, u. a. gegen den Präsidenten der Landeskreditbank Karl Eckstein wegen seiner Kriegsgefangenschaft in Frankreich und gegen den stellvertretenden Landrat von Gera Walter Böhme wegen seiner Kriegsgefangenschaft in Großbritannien und seiner früheren Mitgliedschaft in der KPD(O). Beweise waren nicht vonnöten. Auf der Sitzung der Zentralen Parteikontrollkommission am 22. Dezember 1949 in Berlin erklärte Hermann Matern: „Die Überprüfung ist der erste Schritt. Wo die geringsten Zweifel bestehen, kann der Betreffende nicht in seiner Funktion verbleiben.“²¹⁶

Ein bloßer Verdacht reichte selbst zum Parteiausschluß, wie das Beispiel des 1. Kreissekretärs von Mühlhausen zeigt. Am 29. September 1949 war auf das Parteigebäude in der Stadt ein Sprengstoffanschlag verübt worden. Vage Beobachtungen lenkten den Verdacht auf den 1. Sekretär selbst. „Obwohl Wenzel nicht nachgewiesen werden konnte, das Attentat selbst ausgeführt zu haben, noch irgendwelche Verbindungen zu feindlichen Elementen festgestellt wurden, kam die LPKK zu der Auffassung, daß Wenzel das Attentat selbst verübte und beschloß den Ausschluß aus der Partei.“²¹⁷ Es ist offensichtlich, daß das Sicherheitsbedürfnis groteske Züge annahm. Überall wurden „feindliche Elemente“, „Agenten“ und „Parteifeinde“ - die es gewiß gab - vermutet und zahlreiche Genossen mit abweichenden Auffassungen als solche denunziert, ohne daß sie Gelegenheit gehabt hätten, diese Verdächtigungen wirkungsvoll widerlegen zu können.

In dieser Hysterie vollzog sich der weitere Charakterwandel der Partei, der - wenn auch bei vielen mit Vorbehalten und unter erheblichen Bedenken - vor allem von den immer zahlreicheren jungen, erst nach 1945 eingetretenen Mitgliedern mitgetragen wurde. Das läßt sich einmal darauf zurückführen, daß die Partei bei der Entwicklung der Wirtschaft Thüringens durchaus Erfolge verzeichnen konnte. So hatte die Maxhütte Unterwellenborn ihre Produktion von Eisen und Stahl im Laufe des Jahres 1949 fast verdoppeln können; auch im Bergbau hatte es eine wesentliche Produktionssteigerung gegeben. Im VEB Carl Zeiss Jena war hinsichtlich der Qualität der Vorkriegsstand wieder erreicht worden und in der Landwirtschaft wurde wieder so viel Fläche bebaut wie im Jahre 1938.²¹⁸

Zum anderen drängte besonders die Jugend auf ein rascheres Vorankommen und es war gelungen, den Eindruck zu erwecken, als verhinderten Genossen, die zu Bedachtsamkeit rieten oder gar andere Auffassungen als die Parteiführung vertraten, den angestrebten Fortschritt, wobei natürlich die tatsächlich vorhandene Tätigkeit gegnerischer Kräfte diesen Eindruck noch verstärkte. Es zeigte sich ein Hang zu radikalem Vorgehen, das rasche Lösungen suggerierte.

Hinzu kamen die geringen Kenntnisse der meisten Parteimitglieder über den wirklichen Verlauf der Geschichte der Arbeiterbewegung, die Unkenntnis über die wirklichen Ziele der ver-

²¹⁶ Ebenda.

²¹⁷ Bericht der Landespartei kontrollkommission, Dezember 1949. In: Ebenda, A IV/2/4-112.

²¹⁸ Vgl. Thüringer Volk, 22. Dezember 1949.

schiedenen Gruppen, die sich in den zwanziger Jahren von den beiden großen Arbeiterparteien abgespalten hatten.

Sicher wirkte außerdem das über viele Jahrzehnte in Deutschland gepflegte Obrigkeitsdenken nach, das Gehorsam und Disziplin einen hohen moralischen Rang einräumte. „Sich einfach gegen ‚die Partei‘, verkörpert im Willen der Führung, zu stellen und in das ‚gegnerische‘ Lager überzuwechseln, widersprach einerseits der Auffassung von Parteiräson und Parteidisziplin und erschien andererseits auch deshalb nicht als ein geeigneter Weg, weil man unter den gegebenen Bedingungen (der Polarisierung und Konfrontation, besonders auf deutschem Boden) die Sache des Sozialismus, sofern man von ihr ehrlich überzeugt war, nur mit dieser Partei verfechten konnte und weil tatsächlich vieles erreicht worden war, mit dem man sich identifizieren und wofür man sich auch weiterhin engagieren konnte.“²¹⁹

Außerdem war nicht selten allerdings auch einfacher Konformismus und Karrierismus mit im Spiel.

²¹⁹ Harald Neubert: War der „Realsozialismus“ zu retten? Reihe „controvers“. Hrsg.: Kommission Politische Bildung des Parteivorstandes der PDS, o.O. u. o.J., S. 33.

Alte und neue Feinde (1950)

Erscheinungen des „Opportunismus“, des „Sozialdemokratismus“, des „Sektiererertums“, des Nationalismus und Antisowjetismus figurierten auch im Jahre 1950 als die hauptsächlichlichen Feinde der Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typs. Der neue 1. Sekretär des Landesvorstandes, Erich Mückenberger, schrieb zum Jahresbeginn in einem Zeitungsbeitrag unter anderem: „Innerhalb der Partei gilt es durch gründliche Schulungsarbeit alle opportunistischen und alle sektiererischen Abweichungen bloßzustellen und überzeugend darzustellen, daß unsere Politik des Kampfes um die Interessen der Nation durchaus mit den Grundsätzen und Zielen unserer Partei übereinstimmt.“ Das bedeute, „unsere Mitglieder noch mehr als bisher im Geiste des Marxismus-Leninismus zu erziehen und noch mehr als bisher jegliche opportunistische Abweichung zu bekämpfen und dafür zu sorgen, daß die Partei überall die führende Rolle der Kommunistischen Partei der UdSSR im internationalen Befreiungskampf der Werktätigen erkennt. Wir müssen lernen, die Lehren aus der Geschichte der KPdSU für unsere Arbeit zu ziehen.“²²⁰ Auf der Sitzung des Landesvorstandes am 27./28. März 1950 betonte er mit Nachdruck die Unabdingbarkeit eines „ernsten Studiums“ der „Geschichte der KPdSU(B). Kurzer Lehrgang“.²²¹ Im Kommuniqué zur Landesvorstandstagung vom 20./21. Januar 1950 hieß es: „Unser Landesverband muß aber weiterhin einen energischen Kampf gegen Neutralitätstheorien und gegen alle antisowjetischen Strömungen und Bestrebungen führen. Dazu gehört auch der Kampf gegen die Ignoranten der sowjetischen Wissenschaft an den Hochschulen und (gegen) die Befürworter der dekadenten imperialistischen Kultur“.²²² Wie rigoros hier vorgegangen wurde, zeigt ein Beispiel aus dem Kreis Gera. Die dortige Kreispartei-Kontrollkommission beschloß am 14. Februar 1950 den Ausschluß des Schulleiters Alfred Müller aus Wünschendorf, eines früheren Mitglieds der SPD. Anfang 1950 wurden die letzten Speziallager des NKWD²²³ aufgelöst. Müller hatte geäußert, schon allein, daß es diese Lager gegeben habe, sei ein „Fleck auf unserer Ehre“, und daß die Insassen dieser Lager keinerlei Verbindung zu ihren Angehörigen besessen hätten, sei ein „Verstoß gegen die Menschlichkeit.“ Da er auch die Oder-Neiße-Grenze nicht als „Friedensgrenze“ bezeichnen wollte, da sie keineswegs als endgültig zu betrachten sei, sah die Kreispartei-Kontrollkommission in seiner Haltung „einen groben Verstoß gegen die Partei und unsere demokratische Entwicklung“;

²²⁰ Erich Mückenberger: Die Aufgaben der Partei im neuen Jahr. In: Thüringer Volk, 2. Januar 1950.

²²¹ Vgl. Sozialistische Tribüne, Nr. 5/1950, S. 3/4.

²²² Thüringer Volk, 24. Januar 1950.

²²³ Diese „Speziallager“ wurden im Sommer 1945 unter der Regie des sowjetischen Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) eingerichtet, um entsprechend dem Passus im Potsdamer Abkommen unter III.A.5., in dem es hieß: „Nazistische Parteiführer, einflußreiche Nazianhänger und die Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen und alle Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren“, die Betroffenen von der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland zu isolieren. Eine derart unscharfe Formulierung begünstigte auch willkürliche Maßnahmen. Über diese Lager gibt es eine umfangreiche Literatur. Den neuesten Forschungsstand reflektiert: Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945-1950. Bd. I. Studien und Berichte. Hrsg. u. eingel. v. Alexander von Platho, Berlin 1998.

er unterstütze mit seinen Auffassungen die Hetze der Imperialisten und der „Schumacher-Partei“.²²⁴

Nachdem im November/Dezember 1949 bereits die leitenden Funktionäre im Parteiapparat und in der Verwaltung überprüft worden waren, folgte Anfang 1950 die Überprüfung aller der Genossen in beiden Bereichen, die in westlicher Emigration oder Kriegsgefangenschaft gewesen waren. Dabei wurden Listen mit den Namen mehr oder weniger bekannter „Agenten“, „Trotzkisten“ usw. zusammengestellt, damit die Parteikontrollkommissionen nach Anhaltspunkten für „feindliche Tätigkeit“ fahnden konnten, falls einer mit diesen Personen Kontakt gehabt hatte. Gleichzeitig wurde festgelegt, in den einzelnen Tätigkeitsbereichen keine Konzentration zuzulassen, vor allem nicht von ehemaligen Mitgliedern der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAP)²²⁵ und der „Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)“ (KPO), aber auch nicht von Genossen, die sich in sowjetischer Kriegsgefangenschaft befunden hatten (!)²²⁶

Es scheint, daß dieses Vorgehen auch den Präsidenten der Landeskreditbank, Karl Eckstein, zu Fall gebracht hat. In der Sekretariatssitzung am 27. April 1950 wurde berichtet, er habe „sich 1946 in einem Lebenslauf auf die Zusammenarbeit mit Heine, Naue und Kriedemann, Ostbüro, berufen, später aber nicht mehr. Damals war das aber nicht bekannt, daß sie für das Ostbüro arbeiten.“²²⁷ Man warf ihm zwar außerdem vor, bei den Wahlen zur Betriebsgewerkschaftsleitung im Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge eine zweite Kandidatenliste maßgeblich mit organisiert und einen volkseigenen Betrieb zur Begleichung seiner Mietschulden an einen inzwischen verhafteten Privat-eigentümer gedrängt zu haben, aber die angebliche Zusammenarbeit mit dem Ostbüro der SPD scheint ausschlaggebend für seinen Parteiausschluß gewesen zu sein, denn in einer von der Landespartei kontrollkommission angefertigten Liste von „Verdächtigen“ nach der Überprüfung steht (vermutlich vom Vorsitzenden Richard Eyer mann) nachträglich handschriftlich eingetragen: „Agent“.²²⁸

Auf einer Wochenendschulung des Landesvorstandes für leitende Funktionäre der Partei, des Staates und der Massenorganisationen am 23. April 1950 in Erfurt hielt der Vorsitzende der Zentralen Parteikontrollkommission Hermann Matern das Referat zum Thema „Die Partei im Kampf gegen Sektierertum und Opportunismus“. Darin sprach er von der Zunahme des Klassenkampfes, der großen Gefahr des Sozialdemokratismus und davon, daß die Partei zwar jetzt eine ideologische Einheit sei, aber in einzelnen unteren Organisationen noch beide Strömun-

²²⁴ Thüringisches Hauptstaatsarchiv (HStA) Weimar, Bezirksparteiarchiv der SED (BPA SED) Erfurt, A IV/2/4-112.

²²⁵ SAP: Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands; im Oktober 1931 von aus der SPD ausgetretenen oder ausgeschlossenen Mitgliedern gegründet. Sie hatte sich sowohl von der SPD als auch von der KPD abgegrenzt, sich aber zur Diktatur des Proletariats und - wenn auch mit Einschränkungen - zur Sowjetunion bekannt und war für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse eingetreten.

²²⁶ Vgl. HStA Weimar, BPA SED Erfurt, A IV/2/4-105, unpag.

²²⁷ Ebenda, IV/L/2/3-041, Bl. 43.

²²⁸ Vgl. ebenda, A IV/2/4-105, unpag.

gen vorhanden seien, womit er die vorhergehende Aussage wieder aufhob.²²⁹ Wegen dieser Probleme forderte Erich Mückenberger in der Sitzung des Landessekretariats am 18. Mai 1950, die Einheit der Arbeiterklasse ideologisch zu festigen und den Kampf gegen den Opportunismus in „offener Form“ und „in aller Schärfe“ aufzunehmen.²³⁰

Ein solches „scharfes Vorgehen“ erfolgte gegen Stadtrat Franz Lepinski in Erfurt. Ihm wurde unterstellt, als Dezernent seine Aufsichtspflicht verletzt zu haben „und trotz seiner Kenntnisse um das Vorhandensein faschistischer Literatur in der Stadt- und Jugendbücherei“ die Ausleihe dieser Literatur nicht unterbunden zu haben. „Er förderte reaktionäre Elemente und unterstützte deren Einbau in den (muß heißen: die. E.S.) verschiedenen Kulturfunktionen der Stadt Erfurt.“ Daraus habe sich eine enge Zusammenarbeit mit diesen „Reaktionären“ und eine „antidemokratische Politik“ der SED-Fraktion im Stadtparlament ergeben. Lepinski wurde aus der Partei ausgeschlossen, womit die Fraktion nicht einverstanden war. „Nach dem Ausschluß Lepinskis stellte die Stadtverordneten-Fraktion ihre opportunistische Haltung unter Beweis, indem sie das Verhalten Lepinskis zu entschuldigen und (zu) bagatellisieren versuchte“²³¹, hieß es.

Eine ablehnende Haltung von Parteimitgliedern zumindest gegen Teilaspekte der Parteipolitik oder gegenüber bestimmten Funktionären läßt sich auch daraus ablesen, daß bei den Wahlen zu den Betriebsgewerkschaftsleitungen, bei denen im Durchschnitt in Thüringen 47% SED-Mitglieder gewählt wurden, in einzelnen Betrieben²³² die von der SED gestellten Spitzenkandidaten nicht einmal die Stimmen aller Parteimitglieder erhielten und in einigen Kreis- und Stadtverwaltungen sogar bürgerliche Mehrheiten zustande kamen.²³³

Die straffe Anleitung war demnach gar nicht leicht zu verwirklichen. Das zeigte sich auch gegenüber der eigenen Presse. Entsprechend einer EntschlieÙung der Zentralen Konferenz der Parteipresse, die der Parteivorstand am 15. März 1950 bestätigt hatte und in der gefordert worden war, die Presse zu einer „Presse von neuem Typus“²³⁴ zu entwickeln, hatte der Landesvorstand festgestellt, die Anleitung erfolge in den Kreisen nur sporadisch. Besonders bemängelt wurde, daß die Lokalseite nicht *täglich* (!) mit dem 1. Kreissekretär durchgesprochen würde. Wie sollte es da noch journalistische Verantwortung, wie sollte es da noch lebendige, ungeschminkte und allgemeinverständliche Darstellungen des Geschehens geben können!

Im Juni 1950 taucht in der Thüringer Parteiorganisation ein neuer Feind auf, der „*Objektivismus*“. Meines Wissens wurde dieser Begriff erstmals in der EntschlieÙung des Parteivorstan-

²²⁹ Vgl. Das Volk, 28. April 1950.

²³⁰ HStA Weimar, BPA SED Erfurt, IV/L/2/3-042, Bl. 38.

²³¹ Bericht der Landespartei kontrollkommission vom 9. Mai 1950. In: HStA Weimar, BPA SED Erfurt, A IV/2/4-112.

²³² Zum Beispiel Sozialversicherungsanstalt Nordhausen 90 Genossen, aber nur 49 Stimmen für den Spitzenkandidaten der SED; Kreisamt Schleiz 134 Genossen, aber nur 99 Stimmen für den Spitzenkandidaten der SED.

²³³ Vgl. HStA Weimar, BPA SED Erfurt, A IV/2/1-5, Bl. 24/25.

²³⁴ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. II, Berlin 1950, S. 445.

des „Über die Ergebnisse der Wahlen zu den Parteileitungen“ vom 11. Januar 1950 benutzt.²³⁵ Am 8. Juni 1950 erschien in der Zeitung „Das Volk“ ein redaktioneller Artikel unter der Überschrift „Objektivismus - ungenügendes Vertrauen zur Partei“. Er wandte sich strikt gegen die Meinung mancher Parteimitglieder, die glaubten, um die Wahrheit erkennen zu können, müßten sie auch die Argumente des Gegners aus den originären Quellen kennen, also aus dem RIAS und anderen imperialistischen Medien. Dem hielt er entgegen, daß der wissenschaftliche Sozialismus die Grundlage der Parteiarbeit sei und die Beschlüsse des Parteivorstandes die praktische Anwendung des Marxismus-Leninismus darstellten. Apodiktisch hieß es weiter: „In den Beschlüssen unserer Partei, in unserer Presse, in der sozialistischen Literatur liegt die Wahrheit.... Wer also die richtige Antwort auf die Fragen unserer Zeit finden will, soll sich mit dem vertraut machen, was die Partei sagt.“²³⁶ Einige Zeit später folgte ein Artikel von Walter Wolf. Ausgehend von der These, daß der Standpunkt des Proletariats das wahre Gesamtinteresse des Volkes und zugleich die Zukunft der Menschheit verkörpere, schlußfolgerte er, daß es erforderlich sei, für den Standpunkt des Proletariats Partei zu ergreifen, seine führende Rolle anzuerkennen und mit ihm zu kämpfen, um den Aufstieg des Menschen zu erringen. Wolf behauptete, der Objektivismus mißachte die Objektivität unserer Erkenntnis und leugne den Klassencharakter der Erscheinungen. „Als Scheinobjektivität getarnt, pseudowissenschaftlich aufgeputzt, soll er von jeglicher progressiver Partei ergreifung abhalten. Wer aber nicht für den Fortschritt Partei ergreift, wird immer in dieser oder jener Form der Reaktion helfen.“²³⁷

Der letzte Satz trifft zwar zu, doch ist eben nicht ohne weiteres zu erkennen, wer den Fortschritt wirklich verkörpert. Selbst wenn man akzeptiert, daß der wissenschaftliche Sozialismus die Grundlage der Parteiarbeit war (oder hätte sein sollen), so war es schon damals in Einzelfällen offensichtlich, daß die Parteibeschlüsse durchaus keine praktische Anwendung dieser Wissenschaft oder gar die reine Wahrheit darstellten. Wissenschaftliche Objektivität schließt ja ein Partei ergreifen für die Sache der Arbeiterklasse keineswegs aus. Gerade indem bei unvoreingenommenem, sachlichem Herangehen an die Ereignisse und Erscheinungen Fehler, Mängel und Schwächen aufgedeckt werden, kann das zu deren Überwindung beitragen und damit der Sache enorm nützen. Eben deshalb ist es auch angebracht, die Argumente des Gegners exakt zu kennen, einmal um deren schwache Punkte herauszufinden und besser widerlegen zu können, aber außerdem auch, um eigene Schwachpunkte zu erkennen, um von starren Auffassungen abzukommen und die eigene Meinung zu vertiefen und zu bereichern. Die Parteiführung setzte aber letztlich auf blinden Glauben an die Aussagen des Marxismus-Leninismus, womit sie sowohl der Überzeugungskraft dieser Theorie ein schlechtes Zeugnis ausstellte als auch den Fähigkeiten der Propagandisten und Agitatoren. Es ist sicher kein Zufall, daß die Parteiführung den „Objektivismus“ zuerst an den Hochschulen und anderen Lehranstalten ausmachte. Jegliches kritische Hinterfragen von Beschlüssen und Maßnahmen

²³⁵ Vgl. ebenda, S. 391-396; der Begriff selbst auf S. 393.

²³⁶ Objektivismus - ungenügendes Vertrauen zur Partei. In: Das Volk, 8. Juni 1950.

²³⁷ Walter Wolf: Kampf dem Objektivismus. In: Ebenda, 24. Juni 1950.

wurde damit verteufelt, statt Meinungsstreit wurde Dogmatismus favorisiert, was jahrzehntelang nachwirkte.

Die Kampagne gegen den „Objektivismus“ stellte allerdings nicht die Hauptrichtung des Kampfes um die Partei neuen Typs dar. Ein Bericht der Landespartei-Kontrollkommission über die Tätigkeit der Kontrollkommissionen in den Kreisen vom 8. Juni 1950 kritisierte diese recht deutlich. „Vielfach hat sich die Arbeit in den Einzelparteiverfahren erschöpft und die Kommissionen waren nichts anderes als bessere Untersuchungsorgane oder Parteischiedsgerichte. Erst in letzter Zeit wird den Fragen des Kampfes gegen *reaktionäre Elemente in den bürgerlichen Parteien*²³⁸ und parteifeindliche Elemente mehr Gewicht beigelegt. Dabei versteht man es jedoch noch nicht, die gesamte Partei zur Wachsamkeit zu erziehen und versucht, lediglich mit kriminalistischen Methoden Parteifeinde zu entlarven.“²³⁹

Der Bericht führte mehrere Beispiele „parteifeindlicher“ Tätigkeit auf. So erhielt ein Genosse im Kreis Arnstadt regelmäßig Literatur aus Jugoslawien, ein anderer im Kreis Apolda lehnte die Diktatur des Proletariats ab, ein dritter aus dem Kreis Schleiz hatte die Unrentabilität der volkseigenen Betriebe öffentlich kritisiert(!), ein vierter im Kreis Mühlhausen hatte in Versammlungen der Grundeinheit „falsche und opportunistische Tendenzen vertreten“ und wurde „im Verlaufe der Diskussion als Schumacher-Anhänger entlarvt und aus der Partei ausgeschlossen.“²⁴⁰ Aufschlußreich ist auch folgender Passus aus dem Bericht über einen Genossen aus dem Kreis Hildburghausen, von dem es hieß, er habe „in der Betriebsgruppe im Kreisamt laufend eine Spaltertätigkeit durchgeführt, indem er die einfachen Mitglieder gegen führende Funktionäre in Widerspruch zu bringen versuchte. Anlässlich der letzten BGL-Wahl entlarvte er sich durch seine Zusatzvorschläge trotz festgelegtem Vorschlag der Partei.“²⁴¹ Dabei ist zu vermuten, daß er lediglich Kritik an Funktionären geübt und von seinem demokratischen Recht zu Vorschlägen für die Betriebsgewerkschaftsleitung Gebrauch gemacht hatte. Bemerkenswert sind auch die Äußerungen, die der technische Direktor des Waggonbau Weimar, Karl Roth, getan haben sollte: „In Rußland kann der Sozialismus nur durch eine absolute Diktatur aufrechterhalten werden“ und „Lenin ist 20 Jahre zu früh gestorben, die Sowjetregierung handle nicht mehr im Sinne des Marxismus-Leninismus.“²⁴²

Die Landespartei-Kontrollkommission verlangte von den Kontrollkommissionen in den Kreisen gründliche Arbeit. Für die Monatsberichte forderte sie detaillierte Angaben. In der Anweisung dazu vom 12. Juni 1950 finden sich unter anderem folgende Fragestellungen:

„II. Auftreten parteifeindlicher Abweichungen und Gruppierungen

(Möglichst konkrete Angaben mit Namen, Zeit, Ort usw. machen.)

1. In welchen Betriebs-, Wohnbezirksgruppen, untergliederten und nicht untergliederten Ortsgruppen traten auf:

²³⁸ Hervorhebung von mir; das gehörte gar nicht zu den Aufgabenbereichen der Kontrollkommissionen.

²³⁹ HStA Weimar, BPA SED Erfurt, A IV/2/4-112, unpag.

²⁴⁰ Ebenda.

²⁴¹ Ebenda.

²⁴² Ebenda.

- a) opportunistische Erscheinungen
- b) trotzkistische Erscheinungen
- c) sektiererische Erscheinungen
- d) wo traten Gruppierungen dieser Art auf
- e) wo traten Fraktionsbildungen in Erscheinung.

2. Auftreten versöhnlicher Tendenzen:

- a) gegenüber reaktionären Kräften in den bürgerlichen Parteien durch Funktionäre oder Mitglieder unserer Partei
- b) gegenüber reaktionären Kräften in der Partei
- c) gegenüber parteischädigenden, kriminellen und moralischen Erscheinungen in der Partei.

3. Sauberkeit in der Partei

Welche Fälle zeigten sich:

- a) Des moralischen Abgleitens
- b) Der Korruption
- c) von Karrieremachern
- d) von Mißbrauch der Parteifunktionen (in Partei, Wirtschaft, Verwaltung usw.)

III. Arbeitsmethoden des Ostbüros und trotzkistischer Zentralen und Filialen

1. In welchen Betrieben, Verwaltungsstellen, Gemeinden und Städten trat die Gegnerarbeit in Erscheinung?
2. In welcher Art und mit welchem Material?“²⁴³

Gewiß muß eine Partei für moralische Sauberkeit in ihren Reihen sorgen und die Führung muß wissen, welche Stimmungen, Tendenzen, Meinungsunterschiede usw. existieren, aber dazu bedarf es keiner „Kontrollkommissionen“ dieser Art; der Fragespiegel erinnert an „Rasterfahndung“; jeder, der unter bestimmte Kategorien subsumiert werden konnte, war verdächtig.

Für Juni 1950 ist dem Bericht außerdem zu entnehmen, daß insgesamt 107 Parteiausschlüsse verfügt wurden. Davon 36 (ein Drittel!) wegen krimineller Delikte, 29 wegen Verlassens der DDR, 23 wegen „partei-feindlichem und parteischädigendem Verhalten“, 10 wegen Inaktivität, 6 wegen „Agententätigkeit“, 3 wegen Sowjetfeindlichkeit.²⁴⁴ Diese Zahl von Parteiausschlüssen entsprach seit der 1. Parteikonferenz etwa dem monatlichen Durchschnitt: Von Januar 1949 bis März 1950 waren in Thüringen insgesamt 1.741 Mitglieder und Kandidaten ausgeschlossen worden.²⁴⁵

Die Landesdelegiertenkonferenz am 1./2. Juli 1950 in Eisenach befaßte sich bei den Beratungen über die Entwicklung zur Partei neuen Typs über weite Strecken mit den schon seit Monaten beklagten und bekämpften Mängeln und Schwächen. Die Entschließung hielt allerdings

²⁴³ Ebenda; Hervorhebungen im Original.

²⁴⁴ Vgl. ebenda.

²⁴⁵ Vgl. ebenda, A IV/2/4-132, unpag.

auch Erfolge fest. Der Partei war es gelungen, die Arbeit der Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zu verbessern und eine umfangreiche Agitationsarbeit zu entfalten. Sie hatte auch die öffentliche Rechenschaftslegung der Verwaltung organisiert und damit versucht, ein engeres Verhältnis der Bevölkerung zu den staatlichen Organen herzustellen. Es war ihr ebenfalls gelungen, die Aktivistenbewegung in den volkseigenen Betrieben zu verbreitern. Die Landwirtschaft kam dem Ziel nahe, die Friedens-Hektarerträge wieder zu erreichen. Als besonderen Erfolg sah die Konferenz den raschen Wiederaufbau des durch ein Unwetter zerstörten Dorfes Bruchstedt an. In der Partei selbst sei das ideologische Niveau durch das Studium marxistisch-leninistischer Werke, besonders der „Geschichte der KPdSU(B). Kurzer Lehrgang“ gehoben worden; außerdem hätten die Mitgliederversammlungen eine höhere Beteiligung zu verzeichnen gehabt. Doch seien die „schädlichen Einflüsse des Sozialdemokratismus und Versöhnertums, des Antisowjetismus und Objektivismus“²⁴⁶ noch nicht überwunden. Erich Mückenberger forderte deshalb einen kompromißlosen Kampf gegen diese Erscheinungen. Auch der Sekretär des Parteivorstandes Fred Oelßner befaßte sich in seinem Diskussionsbeitrag eingehend mit dieser Frage. Es sei noch viel zu tun, um antisowjetische Stimmungen restlos auszurotten; ein Umschwung sei dringend notwendig. Als Beleg führte er an, daß im Kreis Altenburg von 18.000 Parteimitgliedern nur 5.000 der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft angehörten und im Betrieb BMW Eisenach von 4.500 Arbeitern nur 437. Außerdem wies er auf angebliche Traditionen des Opportunismus in Thüringen hin. Er sah sie in der Heimvolkshochschule Gera-Tinz, in den Hochburgen der KPD(O) und des Leninbundes.²⁴⁷ Deshalb seien in Thüringen besondere Wachsamkeit und vermehrte Anstrengungen zur Hebung des ideologischen Niveaus erforderlich.²⁴⁸

Aus Unterlagen der Parteikontrollkommissionen aus diesem Zeitraum lassen sich die angeführten Erscheinungen konkretisieren. Im Monatsbericht der Kreispartei kontrollkommission (KPKK) Gera für Juni wurde der Fall des Genossen Herbert Dörr (ehemaliges SPD-Mitglied) aus der Betriebsgruppe Thüringer Volksverlag, Werk Langenberg, angeführt. „Dörr hat eine offen parteifeindliche Haltung eingenommen. Mit der Politik der Partei erklärt er sich nicht einverstanden, wollte sich den ‚russischen Marxismus‘ nicht aufzwingen lassen. In Rußland herrsche ‚roter Imperialismus‘.“²⁴⁹ Die KPKK Erfurt berichtete im September, in der Betriebsgruppe des VEB Olympia sei geäußert worden: „Die KPdSU sei nicht das Allheilmittel, sondern das ABC eines Sozialisten ist der historische Materialismus.“²⁵⁰ Das wurde als „anti-sowjetische Einstellung“ bewertet. Als gefährlich betrachtete die KPKK auch die Meinung eines Genossen aus der Ortsgruppe Gamstedt, es sei keine Demokratie, wenn zu den Wahlen am 15. Oktober 1950 Einheitslisten vorgelegt würden. Die KPKK Sondershausen sah ver-

²⁴⁶ Ebenda, A IV/2/1-5, Bl. 264.

²⁴⁷ Im April 1928 von den aus der KPD ausgeschlossenen „Ultralinken“ gegründet. Nach dem Austritt von Ruth Fischer und Arkadi Maslow hatte sich die Mehrheit unter Führung von Guido Heym (Suhl) der SPD angeschlossen.

²⁴⁸ Vgl. HStA Weimar, BPA SED Erfurt, A IV/2/1-5, Bl. 170-176.

²⁴⁹ Ebenda, A IV/2/4-116.

²⁵⁰ Ebenda, A IV/2/4-117.

söhnlerische Tendenzen gar im Verhalten der Parteimitglieder in Westerengel, die „den Genossen (!) Grossbauern Grossmann immer noch weiter als II. Bürgermeister fungieren“ ließen.²⁵¹

Ein völlig neuer „Feind“ taucht in der Entschließung der Konferenz auf, der Formalismus. „Während der Diskussion über das Wandbild im Nationaltheater vertraten Professoren der Bauhochschule formalistische Tendenzen und unsere Genossen von der Bauhochschule traten nicht mit der erforderlichen Geschlossenheit dagegen auf.“ Sie verstünden nicht, „daß der Formalismus und dessen Wurzel, der Kosmopolitismus, eine volksfremde und volksfeindliche Strömung, als Waffe des Imperialismus erkannt werden muß.“²⁵²

Bemängelt wurde in der Konferenz auch, daß manche Parteiorganisationen in der Verwaltung noch nicht erkannt hätten, daß es eine ihrer ersten Aufgaben sei, den Staatsapparat von „antidemokratischen, feindlichen und reaktionären Kräften“ zu säubern. Die Genossen würden nicht prinzipiell diskutieren und daher die Reaktionäre nicht entlarven.²⁵³ Es zeigt sich erneut, daß die Beschwörung recht vieler äußerer Feinde, die auch in die Reihen der Partei eindringen würden, ein probates Mittel war, die inneren Probleme der SED zu verdrängen, die Mitglieder anzuhalten, auf die Diskussion oder gar Lösung dieser Probleme zu verzichten oder sie zumindest immer wieder hinauszuschieben, um der Einheit der Partei nicht zu schaden, um der „Sache“ zu dienen.

Im Prozeß der Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs stellte nach den Parteivorstandstagen in der 2. Hälfte des Jahres 1948 und der 1. Parteikonferenz im Januar 1949 der III. Parteitag eine weitere Zäsur dar. Er fand vom 20. bis 24. Juli 1950 statt und brachte sowohl wesentliche Strukturveränderungen zum Abschluß als auch weitere Entwicklungen in Gang. Schon im Oktober 1949 hatte das Kleine Sekretariat des Politbüros Beschlüsse gefaßt, die der Durchsetzung der führenden Rolle der SED im zentralen Staatsapparat dienten. So wurden praktisch die jeweiligen Abteilungen im Parteivorstand für den Inhalt der Parteiarbeit in den einzelnen Ministerien verantwortlich gemacht. Faktisch wurden Regierung und Ministerien zu ausführenden Organen der Parteiführung, indem alle bedeutsamen Entscheidungen der Volkskammer, der Regierung und der einzelnen Ministerien zunächst dem Politbüro oder dem Sekretariat unterbreitet werden mußten; dort wurde über das weitere Vorgehen entschieden. Außerdem wurden alle personalpolitischen Vorgänge im zentralen Staatsapparat über das Nomenklatursystem gesteuert.²⁵⁴

Das vom Parteitag beschlossene neue Statut fixierte alle seit der Gründung der SED erfolgten politischen und strukturellen Veränderungen hin zu einer Partei neuen Typs. An die Stelle des Parteivorstandes trat das Zentralkomitee. Da aber das Zentralkomitee in der Regel nur einmal im Quartal tagte, konnte es die im Statut festgelegte Führungsrolle gar nicht wahrnehmen

²⁵¹ Ebenda, A IV/2/4-116.

²⁵² Ebenda, A IV/1/5, Bl. 264.

²⁵³ Ebenda, Bl. 121/122, 264.

²⁵⁴ Vgl. Andreas Malycha: Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950, Berlin 1996, S. 116.

und es wurde zu einem Gremium, das lediglich die Beschlüsse des Politbüros sanktionierte. Die wirkliche Führung der Partei wurde vom Politbüro und dem Sekretariat des Zentralkomitees ausgeübt, wobei es keine eindeutige Abgrenzung der Zuständigkeiten beider Gremien gab. Im Laufe der Zeit wurde der hauptamtliche Apparat des Zentralkomitees, der unmittelbar dem Sekretariat und damit dem Generalsekretär Walter Ulbricht unterstand, immer mächtiger.²⁵⁵

Im neuen Statut kennzeichnete sich die SED als die „Partei der deutschen Arbeiterklasse, ihr bewußter und organisierter Vortrupp, die höchste Form ihrer Klassenorganisation. Sie vereint den fortschrittlichsten Teil der Werktätigen in ihren Reihen. Die Partei läßt sich in ihrer gesamten Tätigkeit von der Theorie von Marx, Engels, Lenin, Stalin leiten.“ Weiter hieß es: „Die Partei ist eine einheitliche Kampforganisation. In ihr herrscht eine für alle Parteimitglieder in gleicher Weise verbindliche Disziplin. Kritik und Selbstkritik ist ein Entwicklungsgesetz in der Partei. Die Stärke der Partei liegt in ihrer Geschlossenheit, in der Einheit des Willens und der Einheit des Handelns, die unvereinbar sind mit Abweichungen von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und dem Statut der Partei, mit der Verletzung der Parteidisziplin, mit der Beteiligung an fraktionellen Gruppierungen, mit der Doppelzüngerei. Die Partei entfernt aus ihren Reihen Personen, die das Statut, die Beschlüsse sowie die Disziplin der Partei verletzen.“²⁵⁶ Diese Formulierungen lassen erkennen, daß nun die politisch-ideologischen und organisatorisch-strukturellen Grundlagen der SED den stalinistischen Auffassungen von der Partei und dem demokratischen Zentralismus voll angepaßt waren. Im Statut war zwar festgelegt, daß Parteitage aller zwei Jahre stattfinden sollten, geschehen ist das aber nie. Auch war das Zentralkomitee als das höchste Gremium zwischen den Parteitagen formell mit großen Vollmachten ausgestattet, die es aber faktisch gar nicht ausüben konnte. Bezeichnend für die herrschende Auffassung vom *demokratischen* Zentralismus ist übrigens auch, daß im neuen Statut im Gegensatz zu dem von 1946 der Parteaufbau nicht von unten nach oben, sondern umgekehrt *von oben nach unten* beschrieben wurde.

Ein Bestandteil des Charakterwandels der SED war auch ihre Schulungsarbeit. Der Parteivorstand hatte schon auf seiner Tagung am 2./3. Juni 1950 den Beschluß „Über die Verbesserung der Parteipropaganda“²⁵⁷ gefaßt, den der III. Parteitag ausdrücklich bestätigte. Für die Parteischulung wurde ein einheitliches Lehrjahr festgesetzt, das am 1. Oktober beginnen und am 30. Juni des folgenden Jahres enden sollte. Die Schulung der Mitglieder und Kandidaten wurde differenziert nach Vorbildung, Aufgabengebiet und Leistungsvermögen. Sie sollte vor allem rasch einen Überblick über Grundfragen des Marxismus-Leninismus, in erster Linie an Hand der Geschichte der KPdSU vermitteln, um einheitliche Auffassungen bei den Mitgliedern herauszubilden. In früheren Darstellungen habe ich in Abrede gestellt, daß diese Schulung - wie verschiedene bürgerliche Historiker und Politologen geschrieben hatten - der „Ideologiebildung“, der „Machtstabilisierung“, der inneren Festigung der Partei und der

²⁵⁵ Vgl. ebenda, S. 117.

²⁵⁶ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. III, Berlin 1952, S. 162.

²⁵⁷ Vgl. ebenda, S. 46-63.

Rechtfertigung des politischen Kurses der Parteiführung diene,²⁵⁸ muß aber heute auf Grund neu-gewonnener Erkenntnisse einräumen, daß dies weitgehend der Fall war. Dennoch geben diese Wer-tungen nicht die Komplexität des Geschehens wieder. Die führenden Funktionäre der SED, vor al-lem die aus der KPD kommenden, waren von der Richtigkeit des Marxismus-Leninismus und der Erfahrungen der KPdSU überzeugt. Auch wenn sie die stalinistischen Repressionen in der Sowjet-union kannten oder selbst von ihnen betroffen worden waren, hielten sie die Vorgänge weitgehend für angebracht oder für unvermeidlich. Denn letztlich war eine neue Gesellschaft aufgebaut und ein wirtschaftlicher und kultureller Fortschritt gegenüber dem rückständigen, agrarisch orientierten za-ristischen Rußland erreicht worden, hatte die Sowjetunion dem brutalen Angriff des faschistischen Deutschen Reiches widerstanden und entscheidend bei der Zerschlagung des Faschismus in Europa mitgewirkt. Diese neue Gesellschaft war zwar unter großen Opfern, auch unter Zuhilfenahme terror-istischer Methoden, aber vor allem durch den Enthusiasmus großer Teile des Volkes errichtet wor-den. Mit dem Parteilehrjahr verband die Parteiführung daher auch die Absicht, diese für richtig an-gesehenen Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Geschichte der Sowjetunion zu verbreiten, also ein vermeintliches Bildungsgut zu vermitteln und mit seiner Hilfe die Massen in der DDR ebenfalls für den Aufbau der neuen Gesellschaft zu aktivieren. Das galt in gleichem Maße für die Funktionäre auf der unteren Ebene, die unter großen Anstrengungen und Entbehrungen sich selbst dieses Wissen aneigneten und engagiert weitergaben. Dabei darf nicht übersehen werden, daß in den Schulungen häufig recht dogmatisch und exemplarisch vorgegangen wurde, teils von der Sache her bedingt, teils aber auch durch die schmale Wissensgrundlage der Lehrenden selbst hervorgerufen. Dennoch wurde in vielen Zirkeln des Parteilehrjahres auch marxistisches Gedankengut verbreitet, histori-sches Wissen vermittelt und manche anregende Diskussion geführt.

Der inhaltliche Schwerpunkt des Parteilehrjahres lag eindeutig auf der Vermittlung der Geschichte der KPdSU und damit der Stalinschen Auffassungen von der Partei neuen Typs, wobei dem Perso-nenkult um J. W. Stalin gehörig Tribut gezollt wurde. Das war auch einer der Gründe, weshalb es eine verbreitete Abneigung unter den Parteimitgliedern gab, am Zirkel zum Studium der Biographie J. W. Stalins teilzunehmen. Anders lag die Sache im 2. Teil der „Politischen Grundschule“, in dem ein Überblick über die Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung seit Beginn des 16. Jahrhunderts gegeben wurde. Dafür war ein Lehrbuch ausgearbeitet worden, das eine ge-schlossene Darstellung der deutschen Geschichte als Kampf zwischen fortschrittlichen und reaktio-nären Kräften lieferte. Bei aller Einseitigkeit wurden jedoch zahlreiche Fakten zur deutschen Ge-schichte ausgebreitet und die Traditionen des revolutionären Kampfes beleuchtet.

In der gleichen Zeit, in der die Vorbereitungen zum 1. Parteilehrjahr erfolgten, hatten die Partei-mitglieder außerdem eine umfangreiche Arbeit für die Vorbereitung der Wahlen zur Volks-

²⁵⁸ Vgl. Eckart Förtsch: Parteischulung als System der Kaderbildung in der SBZ (1945-1963). Phil. Diss. Erlangen-Nürnberg 1964; Hans Schimanski: Leitgedanken und Methoden der kommunistischen Indoktrination. Parteischu-lung, Agitation und Propaganda in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Bonn u. Berlin 1965.

kammer, den Landtagen, Kreistagen und Gemeindevertretungen am 15. Oktober 1950 zu leisten. Dafür waren auf Druck der SED vom Demokratischen Block ein einheitliches Wahlprogramm und gemeinsame Kandidatenlisten aller Parteien beschlossen worden. Das erhöhte den Bedarf an agitatorischen und propagandistischen Aktivitäten erheblich. Die Landesleitung der SED kam auf ihrer Beratung am 5. August 1950 zu der Schlußfolgerung, daß in der Agitation das geduldige und individuelle Gespräch mit dem einzelnen Bürger die Hauptform werden mußte. Eine bestimmte Gruppe von Wählern sollte immer wieder von den gleichen Agitatoren aufgesucht werden. Dazu sollten Hausgemeinschaften gegründet werden und kleine Versammlungen in den Häusern stattfinden. „Aufklärungsgruppen“ wurden gebildet, die von einem „Aufklärungslokal“ aus operieren sollten, um eine ständige Verbindung zu jedem Haushalt zu gewährleisten.²⁵⁹ Wenn in den Aufklärungsgruppen auch Mitglieder anderer Parteien und parteilose Bürger mitarbeiteten, so stellte die SED doch einen Großteil der Agitatoren, in Thüringen fast 15.000 von insgesamt etwa 33.000.²⁶⁰ Ab September waren diese Gruppen mehrmals wöchentlich unterwegs und hatten eine zeitaufwendige und nervenaufreibende Tätigkeit zu bewältigen, da sie mit vielen Problemen der Alltagsnöte der Bevölkerung konfrontiert wurden, meist ohne Abhilfe schaffen zu können.

Neben diesen Aktivitäten und den Vorbereitungen zum 1. Parteilehrjahr befaßten sich die Parteiorgane auch mit der Vorbereitung des ebenfalls vom III. Parteitag beschlossenen Umtausches der Mitgliedsbücher, der sogenannten „Parteiüberprüfung“. In der Sitzung des Sekretariats der Landesleitung²⁶¹ am 28. Oktober 1950 wies der 1. Sekretär Erich Mückenberger darauf hin, daß zur ideologischen Vorbereitung dieser Aktion die Gefahren des Sozialdemokratismus, des Kosmopolitismus und des Objektivismus stärker betont werden müßten und ihre Rolle im System des Imperialismus klarzustellen sei.²⁶²

Aber auch die Angehörigen früherer Splittergruppen blieben im Visier. In einer Entschließung der erweiterten Kreisleitungssitzung in Weimar vom 5. November 1950 wurde behauptet: „Die gründliche ideologische Auseinandersetzung mit Genossen, die früher parteifeindlichen Gruppierungen angehörten, wird das Bewußtsein der Mitglieder heben und dazu beitragen, die Entwicklung zur Partei neuen Typus zu beschleunigen.“ Dazu müsse aber die politische Sorglosigkeit überwunden werden, derentwegen „der Genosse Otto Koch im Funktionärkörper unmarxistische und parteifeindliche Diskussionen“ habe führen können, ohne daß die notwendigen Konsequenzen gezogen worden seien. „Koch war vor 1933 an der Spaltung der Kommunistischen Partei aktiv beteiligt und ist der Aufforderung, zu seinem fehlerhaften politischen Verhalten in der Vergangenheit öffentlich Stellung zu nehmen, nicht gefolgt.“ Die „Vertrauensseligkeit“ der Kreis- und Landesleitung habe dazu beigetragen, daß sich in der Landesversicherungsanstalt in leitenden Funktionen eine Konzentration von „Berufssoldaten, Karrieremachern und Berufsbürokraten“ herausgebildet habe. Der BGL-Vorsitzende Paul

²⁵⁹ Vgl. HStA Weimar, BPA SED Erfurt, A IV/2/1-6, Bl. 10-13.

²⁶⁰ Vgl. ebenda, A IV/2/2-23, Bl. 16-19.

²⁶¹ So hieß seit dem III. Parteitag der bisherige Landesvorstand.

²⁶² Vgl. HStA Weimar, BPA SED Erfurt, IV/L/2/3-047, Bl. 46.

Schneider, der fünf Jahre im Oberkommando des Heeres beschäftigt gewesen sei, habe sogar Mitglied der Kreispartei-Kontrollkommission werden können.²⁶³

Ebenfalls im November 1950 führte das Sekretariat der Landesleitung eine „ideologische Diskussion“ mit der Kreisleitung Suhl, weil dieser Kreis „traditionsgemäß zu den unrühmlichen ‚Quellen des Opportunismus, des Sozialdemokratismus und des Reformismus in Thüringen‘“ zähle. So habe dort der „Leninbund“, eine „parteifeindliche, trotzkistische Splittergruppe der KPD“ vor 1933 feste Positionen gehabt. Während einige Parteimitglieder, die dem „Leninbund“ angehört hatten, „Selbstkritik“ übten, konzentrierte sich die Kritik auf Karl Heym, dessen Vater Guido Heym eines der führenden Mitglieder dieser Organisation gewesen war. Das Sekretariat der Landesleitung kreierte ihm besonders an, daß er nicht einsehen wollte, mit seiner Mitgliedschaft im „Leninbund“ „objektiv als Spalter der Arbeiterklasse“ gewirkt und damit „den Interessen des Klassengegners“ gedient zu haben. Karl Heym war zu dieser Zeit als Landrat tätig und wurde aus dieser Funktion entfernt, weil er sich nicht endgültig von seinen früheren Auffassungen getrennt habe, wie Richard Eyer mann, der Vorsitzende der Landespartei-Kontrollkommission, ausführte.²⁶⁴

Auf der Sitzung der Landesleitung am 30./31. Oktober 1950 trat erstmals in Thüringen eine weitere Gruppe von „Feinden“ ins Blickfeld. In der Entschließung hieß es zur „Erklärung des Zentralkomitees und der Zentralen Partei-Kontrollkommission zu den Verbindungen ehemaliger deutscher politischer Emigranten zu dem Leiter des Unitarian Service Committee Noel. H. Field“ vom 24. August 1950²⁶⁵: „Der Beschluß des ZK ist von großer historischer Bedeutung. Er stellt eine neue Etappe in der Geschichte unserer Partei, eine neue Stufe in der Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus dar.“²⁶⁶ Dieser Beschluß des ZK ist einzuordnen in die von Stalin in Szene gesetzten Schauprozesse gegen prominente Parteiführer in den Ländern Ost- und Südosteuropas. Stalin meinte, der Feind dringe in die wichtigen Partei- und Staatsämter der osteuropäischen Länder ein. Er konstruierte eine Verbindung zwischen Titoismus und amerikanischer Spionage, in der angeblich der Leiter des Unitarian Service Committee Noel H. Field eine zentrale Rolle spielte. Dieser Amerikaner hatte seit Anfang der vierziger Jahre ein humanitäres Hilfswerk zum Schutz der Menschen in den von Deutschland besetzten europäischen Ländern geleitet. Seit dem Schauprozeß gegen den ungarischen Parteiführer Laszlo Rajk vom September 1949 konstruierte Stalin die Fiktion von Noel Field als dem Anwerber aller vor 1945 in den Westen exilierter Kommunisten für den amerikanischen Spionagedienst, Field erschien als Bindeglied zwischen der vorgeblichen imperialistischen und titoistischen Unterwanderung der kommunistischen Parteien Osteuropas. Dadurch gerieten auch sämtliche SED-Mitglieder, die jemals irgendeinen Kontakt zu Field gehabt hatten, unter Spionageverdacht und folglichen in die Maschinerie der innerparteilichen Repression.²⁶⁷

²⁶³ Ebenda, A IV/2/4-119.

²⁶⁴ Jutta Kuron-Luz: Suhler „Leninbund“-Traditionen überwinden! In: Das Volk, 25. November 1950.

²⁶⁵ Vgl. Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. III, Berlin 1952, S. 197-213.

²⁶⁶ HStA Weimar, BPA SED Erfurt, A IV/2/1-7, Bl. 214.

²⁶⁷ Vgl. Andreas Malycha: A.a.O., S. 132.

Die EntschlieÙung wandte sich nach den eingangs ausgesprochenen kräftigen Worten zum ZK-BeschluÙ dann schon bekannten „feindlichen“ Erscheinungen zu. Beklagt wurde die „politische Sorglosigkeit“ und „mangelnde Wachsamkeit“, die von Grundorganisationen bis zur Landesleitung verbreitet seien. Dafür wurden viele Beispiele angeführt. So habe das alte Kreissekretariat in Jena „nichts unternommen, um den auf Befehl der amerikanischen Imperialisten organisierten Abzug von Wirtschaftswissenschaftlern und qualifizierten Facharbeitern aus den VEB Zeiss und Schott zu unterbinden, die organisierte Tätigkeit einer Schumacher-Clique aufzudecken und die führende Rolle der Partei in den VEB Zeiss und Schott zu verwirklichen.“²⁶⁸ Andernorts habe man Nachsicht mit Wirtschaftsverbrechern geübt, politisch gefährliche Personalpolitik betrieben und anderes mehr. Als parteifeindlich bezeichnete die EntschlieÙung das Verhalten von Funktionären aus verschiedenen Kreisen, die sich gegen eine offene Stimmabgabe bei den Wahlen am 15. Oktober 1950 ausgesprochen hatten.²⁶⁹

Die Landesleitung legte fest, daß bis zum 30. November alle Leitungen zum BeschluÙ des ZK Stellung zu nehmen hatten. Weiter hieß es: „In einer politischen Diskussion muß in jeder Grundorganisation geprüft werden, was getan werden muß, um die politische Sorglosigkeit zu überwinden und die revolutionäre Wachsamkeit zu erhöhen. Es gilt, eingedrungene Agenten, Karrieristen, Hochstapler und Gauner zu entfernen und das Einsickern neuer Feinde zu verhindern. Nach dem Grundsatz: ‚Vertraue, aber prüfe‘ gilt es, in jeder Grundorganisation in offener Aussprache alles klarzulegen, was jetzt unter der Oberfläche schwelt.“²⁷⁰ Diese „offene Aussprache“ konnte jedoch nicht zustande kommen. Da war viel zu viel Furcht erzeugt worden. In gewisser Weise ist das, was die Landespartei kontrollkommission für die Betriebsparteiorganisation der Maxhütte feststellte, auf viele andere Parteiorganisationen übertragbar: Es werde mit Druck gearbeitet, statt ideologisch zu überzeugen; in den Sitzungen sprächen nur die leitenden Genossen, während die anderen schwiegen, aus Furcht, etwas Falsches zu sagen.²⁷¹ Daher ist es kein Wunder, daß die Diskussion zum BeschluÙ des ZK nur schleppend in Gang kam. Die Kreispartei kontrollkommission Arnstadt berichtete im November 1950, daß Versammlungen dazu „bisher in kaum der Hälfte der Grundeinheiten durchgeführt“ worden seien „und auch dort nur formal.“²⁷² Der Kreis Sondershausen teilte mit, daß zwar über den „Fall Paul Merker“ diskutiert worden sei, aber keine EntschlieÙungen gefaÙt wurden.²⁷³ Die Kreisleitung Schleiz konstatierte einen schlechten Besuch dieser Versammlungen, manche seien ganz ausgefallen. In Tanna z. B. seien von 190 Mitgliedern nur 58 erschienen und eine Diskussion habe es erst „nach Eingreifen“ der Kreispartei kontrollkommission gegeben.²⁷⁴

²⁶⁸ HStA Weimar, BPA SED Erfurt, A IV/2/1-7, Bl. 214.

²⁶⁹ Vgl. ebenda, Bl. 215.

²⁷⁰ Ebenda, Bl. 216.

²⁷¹ Vgl. ebenda, IV/L/2/3-048, Bl. 85 u. 114.

²⁷² Ebenda, A IV/2/4-118.

²⁷³ Vgl. ebenda.

²⁷⁴ Vgl. Bericht vom 20. November 1950, in: Ebenda, A IV/2/4-119.

Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten (1951)²⁷⁵

Der III. Parteitag (20. bis 24. Juli 1950) hatte im Rahmen seiner Beschlüsse über die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typs das Zentralkomitee beauftragt, „zu gegebener Zeit einen Umtausch der Parteimitgliedsbücher als Mittel zur Erziehung der Partei und zur Verbesserung ihrer Zusammensetzung durchzuführen.“²⁷⁶ Am 27. Oktober 1950 faßte die 3. Tagung des Zentralkomitees den entsprechenden Beschluß „Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten sowie Umtausch der Parteimitgliedsbücher und Kandidatenkarten“.²⁷⁷ Das Ziel dieser Aktion sollte darin bestehen, „partiefremde, feindliche oder moralisch unsaubere Elemente und Karrieristen ... aus der Partei zu entfernen“, vor allem aber „die Parteimitglieder mit Hilfe der Kritik und Selbstkritik zu erziehen“; sie sollten „zu klaren und festen Marxisten-Leninisten“ geformt werden und bei der Überprüfung Gelegenheit erhalten, „ihre Parteiverbundenheit unter Beweis zu stellen“, die ihren Ausdruck finden sollte „in freiwilligen Verpflichtungen ..., die das Mitglied zum Beispiel in bezug auf Selbststudium, Besuch eines Abendkurses, Tätigkeit als Aktivist und anderes übernimmt.“ Die Überprüfung müsse dazu führen, „daß die Partei jedes Mitglied in seiner Vergangenheit und Entwicklung gut kennt.“²⁷⁸

Zur Durchführung der Überprüfung wurde die Bildung einer Kommission beim Zentralkomitee, von Kommissionen bei den Landesleitungen und bei den Kreisleitungen sowie von Grundkommissionen auf örtlicher Ebene festgelegt. Die Mitglieder der Kommissionen wurden von der jeweils höheren Kommission „auf ihre Treue, Zuverlässigkeit und Prinzipienfestigkeit im Sinne der Parteidoktrin überprüft“²⁷⁹ und danach bestätigt. Die politische Herkunft, ob sie beim Eintritt in die SED Mitglied der KPD, der SPD oder parteilos gewesen waren, blieb zweitrangig. „Entscheidend war, daß sie sich konsequent gegenüber ... ‚partiefremden, parteifeindlichen, moralisch unsauberen Elementen und Karrieristen‘ verhielten.“²⁸⁰ Insgesamt waren 6.000 Kommissionen mit mehr als 30.000 Mitgliedern tätig. Sie konnten im Ergebnis der Überprüfung beschließen: 1. Die Aushändigung des neuen Mitgliedsbuches bzw. der Kandidatenkarte, 2. die Zurückversetzung in den Kandidatenstand, 3. die Streichung der Mitgliedschaft und 4. den Ausschluß aus der Partei.²⁸¹

Von den durch eine zentrale Kommission ausgearbeiteten Richtlinien zur Überprüfung wurden nur die Teile „Grundsätzliche Bemerkungen zur Beurteilung“ und „Organisatorische Gesichtspunkte für die Arbeit der Kommissionen - allerdings erst im Januar 1951 – veröffent-

²⁷⁵ Für die endgültige Fassung dieses Abschnitts schulde ich Dr. Rosemarie Collet sowie Sigrid und Werner Kain Dank für kritische Hinweise und wertvolle Ergänzungen.

²⁷⁶ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. III, Berlin 1952, S. 124.

²⁷⁷ Vgl. ebenda, S. 239-242.

²⁷⁸ Ebenda, S. 239/240.

²⁷⁹ Angelika Klein: Die Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten der SED in Sachsen-Anhalt 1951. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), H. 1/1992, S. 20.

²⁸⁰ Ebenda.

²⁸¹ Vgl. ebenda, S. 241/242.

licht²⁸², der Teil „Grundsätzliche Gesichtspunkte für die Überprüfung“²⁸³ war zusammen mit den beiden anderen Teilen im November 1950 den Kreis- und Landesleitungen als parteiinternes Material zugegangen. Sie stellten die Arbeitsgrundlage für die Überprüfungskommissionen dar. Hier wurden detaillierte Hinweise zur Befragung der Mitglieder gegeben sowie die Organisation der Arbeit der Kommissionen und der Gespräche mit den Mitgliedern bis ins einzelne dargelegt. Hinsichtlich der Befragung der Mitglieder wurde zentral die Erkundung der Einstellung zur Sowjetunion und zur Oder-Neiße-Grenze sowie der Motive für den Eintritt in die Partei gefordert. Außerdem finden sich in den Protokollen generell Fragen zum Kampf um den Frieden, zur Blockpolitik sowie zum Verhältnis DDR - BRD. Darüber hinaus wurde verlangt, nach sozialer Zugehörigkeit und vor allem nach politischer Herkunft zu differenzieren. So waren spezielle Fragen zu richten an Mitglieder der Arbeiterparteien vor 1933, an ehemalige Angehörige oppositioneller Splittergruppen, an Genossen, die illegal gearbeitet hatten, an solche, die Ausländer waren, die während der Nazizeit inhaftiert oder die emigriert waren; bei Genossen, die nach 1945 eingetreten waren, sollten unterschiedliche Fragen gerichtet werden an ehemalige Mitglieder der NSDAP und ihrer Formationen, an ehemalige Berufssoldaten, an Bauern, an Angehörige der Intelligenz und an Gewerbetreibende.²⁸⁴ Im Hinblick auf die Beurteilung der Mitglieder fällt ins Auge, daß neben den „unverbesserlichen Mitgliedern“, die noch immer Verbindung zur SPD hielten, „gegnerisches Material verbreiten, Antisowjethetze betreiben und einer einheitlichen marxistisch-leninistischen Partei notorisch ablehnend gegenüberstehen“ sowie „unbelehrbare(n) Sektierer(n)“ die ehemaligen Angehörigen parteifeindlicher Gruppierungen als Parteifeinde galten, wenn sie „ihre damaligen Fehler nicht *vorbehaltslos* (Hervorh. im Original. E.S.) und ehrlich selbstkritisch anerkennen und nicht in ihrer praktischen Tätigkeit ihre Parteiverbundenheit beweisen“, selbst dann, „wenn sie nur einzelne Punkte der feindlichen Ideologie oder der Tätigkeit ehemaliger parteifeindlicher Gruppierungen offen oder versteckt verteidigen.“²⁸⁵ Es war also ein Leichtes, diese Mitglieder zu entfernen, wenn sie nicht unterwürfig alles verwarfen, wofür sie einst mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft gekämpft hatten.

Nach Bekanntwerden des Beschlusses zur Überprüfung kam zunächst verbreitet die Meinung auf, nun beginne eine große „Parteireinigung“. Diese Auffassung ging bis hinein in die Kreise verantwortlicher Funktionäre. Die Forderung nach der Verbesserung der sozialen Zusammensetzung der Partei wurde vielfach so verstanden, daß vor allem diejenigen aus der Partei entfernt werden sollten, die nicht der Arbeiterklasse angehörten.²⁸⁶ Manche Funktionäre auf unterer Ebene vertraten die Auffassung, die Partei müsse sich von „Ballast“ trennen und zu einer „kleinen, aber feinen“, einer Kaderpartei werden. Besonders gegenüber den Intellektuellen

²⁸² Vgl. Neuer Weg, H. 1/1951, S. 5/6 u. 28.

²⁸³ Wortlaut in: BzG, H. 6/1990, S. 781-786.

²⁸⁴ Vgl. ebenda, S. 783-786.

²⁸⁵ Ebenda, S. 786.

²⁸⁶ Vgl. Thüringisches Hauptstaatsarchiv (HStA) Weimar, Bezirksparteiarchiv der SED (BPA) Erfurt, A IV/2/4-127 unpag.

müsse man „die Frage nach politischen Verpflichtungen ganz scharf stellen“.²⁸⁷ Die Mitgliedschaft war äußerst beunruhigt. Deshalb wies die Parteiführung derartige Auffassungen strikt zurück.

Die Thüringer Landesleitung der SED tagte am 12./13. Dezember 1950 zum Thema der Überprüfung. Der 2. Sekretär der Landesleitung Otto Funke betonte im Referat, daß die Partei politisch und ideologisch gefestigt sein müsse, damit sie dem Gegner keinerlei Angriffsfläche bieten könne. Daher müßten alle Parteimitglieder „eine politisch klare, auf dem Marxismus-Leninismus fußende politische Linie“ besitzen und „mit allen Überresten ideologischer Unklarheiten ... konsequent aufgeräumt haben“. Das Ziel der Überprüfung sei es, „die ideologische Erziehungsarbeit innerhalb der Partei zu fördern und eine dem Charakter einer Arbeiterpartei entsprechende soziale Zusammensetzung zu erreichen.“²⁸⁸ Er warnte aber zugleich vor Überspitzungen und vor Verletzung der Bündnispolitik. Es sei falsch, Maßnahmen gegen sogenannte „passive“ Mitglieder zu ergreifen oder bei der Überprüfung Klassifizierungen oder Gruppentheorien aufzustellen - obwohl man das aus den zentralen Richtlinien durchaus so herauslesen konnte. Aber vermutlich hatte es unter den Funktionären entsprechende Diskussionen oder auch Befürchtungen gegeben. So trat Otto Funke auch den Behauptungen entgegen, die Überprüfung bedeute eine „Parteireinigung“ oder sie solle einen Schlag gegen die Genossen in der Wirtschaft und der Verwaltung führen. Hingegen sei es endlich an der Zeit, die noch vorhandenen „Schumacher-Agenten“ zu entlarven und ihrer Tätigkeit ein Ende zu bereiten. Die Aufdeckung solcher Dinge sollte nicht dem Zufall überlassen bleiben, sondern die Kreisleitungen und die Kommissionen müßten hier systematisch vorgehen. Bei den Angehörigen ehemals feindlicher Gruppierungen ginge es nicht um deren generelle Entfernung aus der SED, aber sie müßten die schädliche Rolle dieser Gruppierungen einsehen.²⁸⁹

Wie schon der Brief des Generalsekretärs Walter Ulbricht „An alle Mitglieder und Kandidaten“ vom 1. Dezember 1950²⁹⁰ vermittelt auch das Referat Otto Funkes den Eindruck, als habe man beruhigend wirken, als habe man Befürchtungen unter der Mitgliedschaft zerstreuen wollen. Ähnliches kann man auch über einen Artikel im Presseorgan der Landesleitung sagen, den das Mitglied des Landessekretariats Adolf Färber verfaßt hatte.²⁹¹ Die Überprüfung sei keine Reinigung oder Säuberung, auch keine organisatorische Angelegenheit. Sie solle zur Hebung des Bewußtseins und zur ideologischen Festigung der Mitglieder führen. Die Partei solle dadurch gestärkt werden, damit sie aktions- und manövrierfähiger werde und die Interessen der Werktätigen besser wahrnehmen könne. Maßstab für die Beurteilung der Parteimitglieder sei ihre Parteiverbundenheit, nicht aber ihre soziale Zugehörigkeit. Allerdings müsse die Partei die Vergangenheit und die Entwicklung jedes Mitglieds genau kennen. Solche be-

²⁸⁷ Paul Verner: Antwort auf die Fragen einiger Genossen. In: Neuer Weg, H. 3/1951, S. 8.

²⁸⁸ Das Volk, 14. Dezember 1950.

²⁸⁹ Vgl. HStA Weimar, BPA Erfurt, A IV 2/1-8, Bl. 14-28.

²⁹⁰ Wortlaut in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. III, Berlin 1952, S. 274-280.

²⁹¹ Vgl. Adolf Färber: Ein neuer Abschnitt in der Entwicklung unserer Partei. Über die Vorbereitung des Umtauschs der Mitgliedsbücher und Kandidatenkarten. In: Das Volk, 13. Januar 1951.

ruhigenden Worte waren auch deshalb notwendig, weil die fortgesetzten oder neu beginnenden politischen Prozesse gegen „Parteifeinde“, „Saboteure“ und „Agenten“ in anderen sozialistischen Ländern, besonders in der CSR, Polen und Ungarn²⁹², nicht ohne Einfluß auf die Atmosphäre des Parteilebens in der SED blieben.

Schon kurze Zeit nach Beginn der Überprüfung konstatierten SED-Leitungen verschiedene Mängel in der Arbeit der Grundkommissionen. So berichtete die Kreisparteikontrollkommission Arnstadt am 17. Januar 1951, daß bei Arbeitern besonders viele Rückstufungen in den Kandidatenstand erfolgt seien.²⁹³ Das Mitglied des Landessekretariats Ludwig Einicke schrieb, daß besonders zur nationalen Frage Unklarheiten selbst bei Mitgliedern der Grundkommissionen aufgetreten seien und daß sich manche Kommissionen mit der Feststellung zufrieden gegeben hätten, daß nach 1918 sowohl die SPD als auch die KPD Fehler begangen hätten; zur verhängnisvollen Rolle der SPD in Westdeutschland sei nur selten Stellung genommen worden.²⁹⁴ Zur ideologischen Unterstützung der Überprüfung erschien Anfang Februar eine Reihe von Grundsatzartikeln im Presseorgan der Landesleitung.²⁹⁵

Um diese Zeit zog die Landesleitung die erste Zwischenbilanz der Überprüfung. Eine stärkere politisch-ideologische Vorbereitung der Überprüfung schien erforderlich. Es sei notwendig, „an der ideologischen Front einen scharfen, konsequenten Kampf (zu) führen um die Reinhaltung der Theorie des Marxismus-Leninismus, weil die Arbeiterklasse von der Welt des bürgerlichen politischen Denkens nicht losgelöst lebt, sondern vielmehr reaktionären, imperialistischen Einflüssen ausgesetzt ist.“²⁹⁶ In den Köpfen der Mitglieder würden noch immer Reste des Opportunismus nachwirken oder seien bewußt vom Klassengegner hineingetragen. Die Kommissionen müßten offen zu ehemaligen oppositionellen Gruppierungen Stellung nehmen lassen. In manchen Kommissionen gebe es sektiererische Tendenzen gegenüber werktätigen Bauern, Intellektuellen und Angehörigen der Mittelschichten. Otto Funke kritisierte in der Sitzung der Landesleitung am 8./9. Februar 1951, daß manche Kommissionen „anstatt die Methode der Parteierziehung in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen, teilweise durch theoretische Überspitzungen und falsche Fragestellung das Vertrauen der Genossen ... zur Partei untergraben.“²⁹⁷ So wurden zum Beispiel in den Kreisen Heiligenstadt und Worbis ehemalige Mitglieder der SPD häufig befragt, weshalb sie in diese Partei eingetreten seien, in einzelnen Fällen sogar dann, wenn der Eintritt zu einem Zeitpunkt erfolgt war, als die KPD

²⁹² Vgl. Georg Hermann Hodos: Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948-1954, Berlin 1990, S. 110-112, 133-138, 224-229.

²⁹³ Vgl. HStA Weimar. BPA Erfurt, A IV 2/4-128, unpag.

²⁹⁴ Vgl. Ludwig Einicke: Über ideologische Unklarheiten und methodische Mängel. Aus der Arbeit der Grundkommissionen. In: Das Volk, 23. Januar 1951.

²⁹⁵ Vgl. Anneliese Waida: Die Bedeutung von Lenins Lehren für die deutsche Arbeiterklasse. In: Das Volk, 3. Februar 1951; Lehren aus dem Kampf Ernst Thälmanns gegen parteifeindliche Gruppierungen. In: Ebenda, 6. Februar 1951; Ludwig Einicke: Warum Studium der Geschichte der UdSSR? In: Ebenda, 8. Februar 1951.

²⁹⁶ Adolf Färber: Zum Umtausch der Parteidokumente. Die Mitglieder zu Marxisten-Leninisten erziehen. In: Das Volk, 6. Februar 1951.

²⁹⁷ Communiqué der Sitzung der Landesleitung Thüringen der SED vom 8. und 9. Februar 1951. In: Das Volk, 10. Februar 1951.

noch gar nicht existiert hatte.²⁹⁸ Der 1. Sekretär der Landesleitung Erich Mückenberger betonte, es gelte, stattdessen „die Treue, die Aufgeschlossenheit des einzelnen Mitglieds zur Partei festzustellen, seine Einsatzfreudigkeit und sein Wissen um die Aufgaben der Partei zu prüfen.“²⁹⁹ Gerügt wurde auch die Tendenz „versöhnlerischen Verhaltens“ mancher Kommissionen; mitunter würden sie sich von langjähriger Bekanntschaft oder Parteizugehörigkeit der Überprüften leiten lassen oder keine gezielten Fragen stellen, weil sie die Personalunterlagen nur unzureichend studiert hätten.

Solche Kritik wurde auch in den folgenden Monaten geübt. Ganz allgemein hieß es in einem Zeitungsartikel: „Parteilichkeit im Sinne des Proletariats bedeutet also, die Feinde der sozialistischen Ideologie zu bekämpfen und die Positionen des Proletariats zu verteidigen. Das Prinzip der Parteilichkeit fordert demnach, daß die Widersprüche zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Ideologie nicht verkleistert, sondern aufgedeckt werden.“³⁰⁰ Sorglosigkeit und Versöhnertum in ideologischen Fragen, ein Abgehen vom proletarischen Klassenstandpunkt würden in jedem Falle eine Unterstützung des Klassenfeindes bedeuten.

Über ähnliche Probleme diskutierte das Landessekretariat mit den Genossen des Parteiaktivs in Sonneberg. Hier ging es um Stellungnahmen „zu einigen opportunistischen, sektiererischen, nationalistischen und parteifeindlichen Erscheinungen“³⁰¹, die im Verlaufe der Überprüfung in der Kreisorganisation aufgetreten waren. Der Angriff richtete sich besonders gegen jene Genossen, „die als ehemalige Mitglieder der KPO oder auch der SPD Meinungen vertraten, die geeignet sind, die Einheit der Partei zu gefährden.“³⁰² So wollten einige ehemalige Mitglieder der SPD nicht in einer ihrer Meinung nach kommunistischen Partei bleiben, hielten es für falsch, daß sich die SED auf den Boden des Marxismus-Leninismus gestellt habe, daß sie Reformismus und Revisionismus bekämpfe und die Erfahrungen der KPdSU zur alleinigen Richtschnur ihres Handelns nehme. Ein Genosse hatte die Politik der KPO verteidigt; die SED verfolge sie heute auch. Der 1. Sekretär der Landesleitung erklärte, niemandem werde seine politische Vergangenheit vorgeworfen, wenn er die notwendigen Lehren gezogen habe. Man werde aber nicht zulassen, daß die Partei zum „Tummelplatz parteifeindlicher, trotzkistischer Elemente“ werde.

Die Entschließung der Sitzung der Landesleitung am 29./30. März 1951 warf den Kommissionen vor, die Überprüfung zu wenig zur Hebung des ideologischen Niveaus und zum Kampf gegen die bürgerliche Ideologie genutzt zu haben. Auch werde die Überprüfung zu wenig mit den aktuellen Problemen und Aufgaben verbunden, werde zu wenig als „Hebel zur Verbesserung der gesamten Parteiarbeit“³⁰³ genutzt. Von den bis zum 19. März Überprüften hätten nur

²⁹⁸ Lt. Angaben von Werner Kain aus Kenntnis der Protokolle der Kommissionen.

²⁹⁹ Erich Mückenberger: Klarheit schaffen! In: Das Volk, 17. Februar 1951.

³⁰⁰ Karl-Ulrich Tetzlaff: Ideologische Sorglosigkeit hilft dem Klassengegner. In: Das Volk, 29. März 1951.

³⁰¹ Jutta Kuron: Gegen alle parteifeindlichen Ideologien. Ideologische Diskussion des Landessekretariats der SED mit dem Parteiaktiv Sonneberg. In: Das Volk, 30. März 1951.

³⁰² Ebenda.

³⁰³ HStA Weimar, BPA Erfurt, A IV/2/1-10, Bl. 306.

26% Selbstverpflichtungen übernommen. Eine weitere Schwäche stelle das „Versöhnertum vieler Kommissionen gegenüber parteifremden, feindlichen, unmoralischen und karrieristischen Elementen“³⁰⁴ dar sowie die sektiererische Haltung mancher Kommissionen in Fragen der Bündnispolitik. Sektierertum sah ein Sekretariatsmitglied auch darin, daß im Kreis Nordhausen die Meinung vertreten wurde, in der DDR gebe es die Diktatur des Proletariats, wenn auch auf niedriger Entwicklungsstufe - eine Auffassung, die später von der Geschichtsschreibung der DDR offiziell vertreten wurde und auch voll zutraf.

Um die Arbeit der Kommissionen besser in den Griff zu bekommen, beschloß die Landesleitung, die Grundkommissionen mindestens aller zwei Wochen zum Erfahrungsaustausch zusammenzufassen, um vor allem die ideologischen Probleme zu behandeln, die bei den Überprüfungen aufgetreten waren. In Grundkommissionen, in denen sich versöhnlerische Tendenzen oder sektiererisches Verhalten gezeigt hatten, sollten sofort personelle Veränderungen vorgenommen werden. Außerdem wurden die Kreisleitungen verpflichtet, bei Mängeln und Schwächen in der Überprüfung sofort Untersuchungen einzuleiten und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Im Referat dieser Tagung entwickelte Otto Funke bemerkenswerte Auffassungen über die Rolle der Partei. „Die Partei alleine wird nie in der Lage sein, die Arbeit zu bewältigen und ihre Ziele zu erreichen, wenn ihre Politik nicht getragen wird von breitem Verständnis und von der breiten Mitarbeit der Massen. Die Partei muß also ständig ihre Politik erläutern, eine fortwährende Aufklärung unter den Massen leisten, ihr die Methoden und Formen der Arbeit und des Kampfes zeigen, sie muß der ständig belebende mobilisierende und organisierende Faktor sein. Darin kommt die führende Rolle der Partei zum Ausdruck und so verwirklicht sie fortwährend ihre führende Rolle.

Das bedeutet aber, daß dadurch zugleich die Anforderungen an die Partei und an jedes einzelne ihrer Mitglieder immer größer und höher und mit der Verschärfung des Kampfes auch immer komplizierter werden. Es ist also notwendig, daß jedes Mitglied der Partei ständig qualifiziert wird, sein ideologisches und theoretisches Niveau gehoben, seine Parteiarbeit durch fortlaufende Vermittlung der Erfahrungen und durch ständige Hilfe und Anleitung seitens der Parteileitungen verbessert wird, um zu erreichen, daß sich in der politischen Haltung und Tätigkeit jedes Genossen die führende Rolle der Partei widerspiegelt.“³⁰⁵

Diese Auffassung entspricht vielem, was Marx und Engels über die Rolle der Kommunisten gesagt hatten und was Lenin vor der Oktoberrevolution zum Wesen einer Partei neuen Typs geäußert hatte. So und nur so hätte eine Partei in der von ihr gewünschten avantgardistischen Rolle erfolgreich wirken können, denn das hätte ja bedeutet, immer wieder von der Zustimmung der Massen getragen zu sein. Das hätte auch eine echte innerparteiliche Demokratie erfordert, damit die Meinungen, vor allem aber die Initiative und das Schöpferium der einzelnen Mitglieder voll zur Wirkung kommen konnten. Zugleich wird hier aber auch das Dilem-

³⁰⁴ Ebenda.

³⁰⁵ Ebenda, Bl. 147.

ma deutlich, in dem eine Partei steckte, die Avantgarde und Massenpartei sein wollte: Das gewünschte theoretische und ideologische Niveau und die erforderliche hohe Aktivität der Millionen Mitglieder war wohl schwerlich zu erreichen.

Das sogenannte „versöhnlerische Verhalten“ verschiedener Kommissionen bei der Überprüfung stand weiterhin im Zentrum der Kritik. So monierte Otto Schön von der zentralen Kommission auf einer Sitzung am 17. April 1951 in Berlin, daß es noch zu wenig Streichungen und Ausschlüsse gegeben habe. Vor allem in der Verwaltung sollten strengere Maßstäbe angelegt werden, was allerdings manchen anfangs geäußerten beruhigenden Worten der Landesfunktionäre in Thüringen widersprach. Nach Abschluß der Überprüfung dürfte nur noch ein Minimum von nicht in die Partei gehörenden „Elementen“ Mitglieder sein.³⁰⁶ Das erhöhte zuvörderst den Druck auf ehemalige Angehörige von Splittergruppen. Der 1. Sekretär der Kreisleitung Erfurt Fritz Schwager erklärte in einer Sekretariatssitzung am 6. April 1951: „Es muß gesagt werden, daß wir uns als Kreiskommission und als Kreisleitung nicht mit platonischen Erklärungen solcher Genossen abgeben [dürfen], die der KPO oder SAP angehört haben. Wir erwarten eine leidenschaftliche Erklärung, sie müssen selbstkritisch Stellung nehmen.“³⁰⁷ Besonderer Druck wurde auch in Weimar ausgeübt. In einem Bericht an die Landesparteikontrollkommission vom 3. April 1951 hieß es, der Genosse Hermann Radunz, Sekretär der Betriebsgruppe „Das Volk“, ein ehemaliges Mitglied der KPD(O), habe es abgelehnt, eine schriftliche Erklärung zu seiner früheren Mitgliedschaft in dieser Partei zu verfassen. Als man ihm vorgehalten habe, andere Genossen hätten das doch auch getan, habe er erklärt: „Als ich diese Erklärungen gelesen habe, bin ich sofort der Auffassung gewesen, dass sich diese Genossen selbst erniedrigen und in den Dreck treten. So etwas könne er auf keinen Fall machen, das wäre keine Selbstkritik, sondern ein Kriechen vor der Partei.“³⁰⁸ Am 20. April 1951 fand dann in Weimar unter Teilnahme des Vorsitzenden der Landesparteikontrollkommission Richard Eyermann eine Funktionärkonferenz zur Problematik der ehemaligen Splittergruppen statt. Dort gaben einige Genossen, die früher der KPD(O) angehört hatten, „selbstkritische“ Stellungnahmen ab, in denen sie ihr damaliges Tun objektiv als „Verrat“ bewerteten. Hermann Radunz blieb bei seiner Haltung; er lehnte es ab, sich als Verräter zu bezeichnen. Aber auch die „selbstkritischen“ Stellungnahmen wurden nicht voll akzeptiert; sie seien „verwässert“ gewesen. Richard Eyermann erklärte kategorisch, diese Gruppen hätten Agenturen des Imperialismus und des Trotzkismus dargestellt. Wenn einer der ehemaligen KPO-Angehörigen geschrieben habe, nach der Brüsseler Konferenz habe er gegen die KPD nichts mehr einzuwenden gehabt, dann liege darin doch der Gedanke, daß die KPD ihre Fehler eingesehen habe und nun die Politik der KPO verwirkliche. Daraus sei zu folgern, daß diese Genossen noch immer nicht ihre falschen politischen Ansichten ablegt hätten.³⁰⁹

³⁰⁶ Vgl. HStA Weimar, BPA Erfurt, A IV/2/4-128, unpag.

³⁰⁷ Ebenda, A IV/5.01-31, unpag.

³⁰⁸ Ebenda, A IV/2/4-128, unpag.

³⁰⁹ Vgl. ebenda, A IV/2/4-134, unpag.

In der Sitzung des Sekretariats der Landesleitung am 5. April 1951 wurde die Arbeit der Grundkommissionen in Jena scharf kritisiert. Sie wichen Entscheidungen aus, sicherten sich nach zwei Seiten ab. So sei in einer Kommission ein Genosse zwar als Parteifeind bezeichnet und trotzdem beschlossen worden, ihm das Mitgliedsbuch auszuhändigen.³¹⁰

Die starke Ausrichtung der Überprüfung vor allem auf frühere Mitgliedschaft in anderen Parteien und Gruppierungen brachte auch für das Anliegen der Überprüfung insgesamt Gefahren mit sich. So kritisierte der 1. Sekretär der Landesleitung die Parteileitung des Kunstfaserwerkes „Wilhelm Pieck“ in Schwarzburg, die ehemalige SPD-Mitglieder zusammengefaßt hatte, um mit ihnen über Sozialdemokratismus zu diskutieren, während sie mit ehemaligen KPD-Mitgliedern über Sektierertum debattiert hatte. Sie hätte sehr gefährlich gehandelt, wenn sie die Parteimitglieder nach der früheren Parteizugehörigkeit aufsplittete; Sozialdemokratismus und Sektierertum hätten nichts mit der früheren Parteizugehörigkeit zu tun - was aber indirekt immer wieder suggeriert wurde -, die nach 1946 Eingetretenen seien auch nicht frei davon.³¹¹

Das Räderwerk der mit der Überprüfung verbundenen Sanktionen erfaßte auch Funktionäre, die an verantwortlicher Stelle selbst unnachsichtig schwerwiegende Entscheidungen über andere Parteimitglieder getroffen hatten. Am 8. Juni 1951 erschien der Sekretär der Landesleitung Adolf Färber in der Sitzung des Kreissekretariats Erfurt und gab folgendes bekannt: „Ich habe einen Auftrag zu erfüllen, der mir nicht leicht fällt, und zwar hat die Zentrale Überprüfungscommission beschlossen, den Genossen Fritz Schwager aus der Partei auszuschließen. Ihr könnt euch vorstellen, [daß das für uns,] die wir mit Fritz Schwager sehr eng zusammengearbeitet haben, ein schwerer Schlag ist. Aber wie die Partei entscheidet, so ist das stets richtig, weil die Partei alle Fragen sehr gründlich behandelt und alle Faktoren genau untersucht.“³¹² Diese Erklärung ist in mehrfacher Hinsicht aufschlußreich. Wohl folgte Adolf Färber dem allgemeinen Trend, die Führung der SED mit „der Partei“ gleichzusetzen, die grundsätzlich immer Recht habe. Gleichzeitig ist die Betroffenheit des Landessekretariats über den Parteiausschluß des 1. Sekretärs der Kreisleitung Erfurt nicht zu übersehen. Das ist übrigens das einzige schriftliche Zeugnis, das ich finden konnte, in dem sich menschliche Regungen, Mitgefühl mit dem Schicksal eines Genossen niedergeschlagen haben. Das Landessekretariat versprach, sich um Schwagers berufliches Fortkommen kümmern zu wollen; man werde ihn nicht sich selbst überlassen. Fritz Schwager selbst erklärte, er habe lange nicht verstehen können, daß seine Haltung gegenüber der Gestapo während der Untersuchungshaft in Wien, die als Grund für seinen Ausschluß diene, falsch gewesen sei - was wohl das harte Vorgehen der zentralen Kommission verursacht hatte -, aber er beteuerte ebenfalls: „Wenn die Partei Beschlüsse faßt, so sind sie getragen von hohem Verantwortungsbewußtsein der Klasse gegenüber.“³¹³

³¹⁰ Vgl. ebenda, IV/L/2/3-054, Bl. 16.

³¹¹ Vgl. Erich Mückenberger: Sozialdemokratismus und Sektierertum. In: Das Volk, 7. April 1951.

³¹² HStA Weimar, BPA Erfurt, IV/5.01-31, unpag.

³¹³ Ebenda.

Die marxistisch-leninistische Erziehung der Mitglieder betrachtete die Parteiführung stets „als eine der grundlegenden Aufgaben für die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus.“³¹⁴ Wie schon erwähnt, spielte die Mitgliederschulung dabei eine zentrale Rolle. Der Beschluß des Parteivorstandes „Über die Verbesserung der Parteipropaganda“ vom 3. Juni 1950, mit dem das einheitliche Parteilehrjahr eingeführt worden war, hatte das Ziel formuliert, „alle Mitglieder der Partei mit der siegreichen Waffe der marxistisch-leninistischen Theorie auszurüsten und jeglichen Einfluß der reaktionären bürgerlichen Ideologie in unseren Reihen zu unterbinden.“³¹⁵ Als im Juni 1951 das erste Parteilehrjahr zu Ende ging, zeigte sich, daß die Ziele nur bedingt erreicht worden waren. Es war zweifellos Tatsache, daß sich in der Partei eine „Atmosphäre des Lernens“ entwickelt hatte, wie es im Beschluß gefordert worden war, auch wenn die anfängliche Teilnahme an den Schulungsveranstaltungen von 70-80% im Laufe der Zeit auf etwa 55% zurückgegangen war. Sicher konnte auch mit Recht von einer Hebung des Klassenbewußtseins und von größerer Fähigkeit zur Durchsetzung der Parteibeschlüsse gesprochen werden.³¹⁶ Aber das Lernen erstreckte sich zu einem großen Teil auf dogmatische Aussagen des Marxismus-Leninismus und der Parteigeschichte und diente so ebenfalls der Disziplinierung, wenn auch im ideologischen Bereich.

Zugleich waren Probleme deutlich geworden. Mehrfach hatten Funktionäre die „Unterschätzung“ der Zirkel zum Studium der Biographie J. W. Stalins beklagt; manche Teilnehmer hätten in andere Zirkel wechseln wollen³¹⁷, was bei dem dort penetrant zum Ausdruck kommenden Personenkult nicht verwunderlich war. Außerdem wurde bemängelt, daß es noch immer Diskussionen über gerechte und ungerechte Kriege sowie „Unklarheiten“ in Fragen des Staates und der Diktatur des Proletariats gebe. Doch waren die Fragen von Mitgliedern, die in diesem Zusammenhang angeführt wurden, weniger Ausdruck von „Unklarheiten“, sondern eher von Problembewußtsein. So war z. B. gefragt worden, warum der Staat im späteren Stadium des Kommunismus überflüssig werde, in welcher Form die Entlohnung im Kommunismus erfolgen werde, ob die kommunistische Erziehung bei allen Menschen gelingen könne, ob trotz noch bestehender kapitalistischer Welt der Kommunismus zu verwirklichen sei, wer denn eigentlich produktive Arbeit leiste und ob die Art und Weise der Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion auf andere Länder übertragbar sei.³¹⁸

Für das zweite Parteilehrjahr ging die Parteiführung davon aus, daß das Verlangen gewachsen sei, „die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung zu begreifen.“ Es sei „selbstverständlich, daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands als die Avantgarde des deutschen Volkes auch in dieser neuen Bewußtseinsbildung an der Spitze steht.“³¹⁹ Der 1. Sekretär der Landes-

³¹⁴ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. III, Berlin 1952, S. 46.

³¹⁵ Ebenda.

³¹⁶ Vgl. HStA Weimar, BPA Erfurt A IV/2/1-12, Bl. 139; Ludwig Einicke: Über den politisch-ideologischen Kampf. Zum Abschluß des ersten Parteilehrjahres. In: Das Volk, 21. Juli 1951.

³¹⁷ Vgl. Beitrag von Arthur Iggesen in: Das Volk, 22. September 1951; HStA Weimar, BPA Erfurt A IV/2/1-12, Bl. 158.

³¹⁸ Vgl. HStA Weimar, BPA Erfurt IV/L/2/3-054, Bl. 198.

³¹⁹ Fred Oelßner: Das zweite Parteilehrjahr muß gründlich vorbereitet werden! In: Das Volk, 14. August 1951.

leitung betonte, in den Vordergrund müsse dabei rücken, das Studium des Marxismus-Leninismus „in Verbindung mit den Lehren und Erfahrungen der großen und mächtigen Partei der Bolschewiki zum lebendigen Bestandteil der Lektionen und Diskussionen“ zu machen, die Erfahrungen auch der anderen Bruderparteien zu vermitteln, das Studium der Parteiliteratur anzuregen und stärker zu beachten, daß auch das Parteilehrjahr ein Mittel zur Erziehung von Kadern darstelle.³²⁰ Die Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten wurde am 31. Juli 1951 abgeschlossen. Die 7. Tagung des ZK der SED (18. bis 20. Oktober 1951) zog die Bilanz dieser Aktion für die Gesamtpartei, die Landesleitung Thüringen tat das für ihren Bereich auf ihrer Tagung am 2./3. November 1951. Die Parteiführung nahm an, die Überprüfung habe „die Reihen der Partei gefestigt und die innere Einheit auf eine höhere Stufe gehoben“, sie habe die Partei „zu größeren und höheren Aufgaben befähigt“ und „zur Entwicklung der Kritik und Selbstkritik wesentlich beigetragen.“³²¹

Zu einer ähnlichen Bewertung kam auch der 2. Sekretär der Landesleitung Thüringen Otto Funke für die Landesparteiorganisation. Sie sei gewachsen und habe sich vor allem in politisch-ideologischer Hinsicht gefestigt. Die meisten Genossen seien ernsthaft bemüht, sich mit politischen und ideologischen Problemen zu beschäftigen, meist mit dem Statut der SED, den Beschlüssen des ZK sowie mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der KPdSU. Allerdings erfolge das Studium nicht kontinuierlich und intensiv genug. Trotz noch vorhandener Unklarheiten und falscher Auffassungen könne gesagt werden, „daß die ideologische Einheit in der Partei im wesentlichen hergestellt ist, daß die überwiegende Mehrheit der Parteimitglieder konsequent auf dem Boden der Prinzipien des Marxismus-Leninismus steht.“ Das heiße jedoch nicht, „daß der Marxismus-Leninismus bereits Allgemeingut ist und allen Mitgliedern in seinen Grundzügen bereits genau bekannt ist, sondern daß diese Lehren als die Grundlage der Arbeit unserer Partei anerkannt werden.“³²² Diese von Otto Funke vorgetragene Einschätzung des Entwicklungsstandes der Partei erscheint realistisch; die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typs war tatsächlich beträchtlich vorangetrieben und die Vertreter der vom Marxismus-Leninismus abweichenden Auffassungen weitgehend aus der Partei entfernt worden.

Im Laufe der Überprüfung waren viele sogenannte „Unklarheiten“ zur Sprache gekommen. Laut Beschluß der 7. Tagung des ZK der SED hatte es sie gegeben „in der Frage der gerechten und ungerechten Kriege, über die Rolle des amerikanischen Imperialismus, in der Frage des Wiedererstehens des deutschen Imperialismus, in der Frage des Objektivismus, es gab Unglauben an die Kraft des Weltfriedenslagers und eine Überschätzung der Kräfte des Gegners, eine Unterschätzung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der fortschrittlichen Intelligenz.“³²³ Die Parteiführung hielt sie für „im wesentlichen überwunden“, was die Landeslei-

³²⁰ Erich Mückenberger: Wie wir die Aufgaben des ersten Parteilehrjahres erfüllten. In: Das Volk, 28. Juli 1951.

³²¹ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. III, Berlin 1952, S. 589-591.

³²² HStA Weimar, BPA Erfurt, A IV/2/1-13, Bl. 180.

³²³ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. III, Berlin 1952, S. 590.

tung Thüringen nicht so günstig sah.³²⁴ Doch kann man zustimmen, daß es Allgemeingut in der Partei geworden war, daß Feindschaft gegenüber der Sowjetunion unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SED sei. Allerdings bemängelte die Landesleitung, daß nur 53% der Parteimitglieder der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft angehörten; Freundschaft zur Sowjetunion sei nicht nur in Worten, sondern auch in Taten notwendig. Wegen mangelnder Kenntnisse gebe es immer noch Zweifel an der Stärke der UdSSR; Wesen und historische Rolle der Oktoberrevolution und der Sowjetordnung würden in der propagandistischen Arbeit nicht genügend herausgearbeitet. Außerdem gebe es Unklarheiten über die Rolle der Wismut AG und über die Anwendung der Atomenergie in der Sowjetunion. Zahlreiche Genossen hätten noch zu wenig Kenntnisse auf dem Gebiet der Staatstheorie, woraus Unklarheiten über das Wesen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und über die führende Rolle der SED in ihr resultierten. Auch seien negative Einstellungen zur Volkspolizei und falsche Auffassungen in der Blockpolitik vorhanden.³²⁵

Die 7. Tagung des ZK hatte in ihrem Beschluß festgestellt, „daß es noch Erscheinungen des Sozialdemokratismus, des Sektierertums und der nicht völligen Überwindung von Auffassungen früherer parteifeindlicher Gruppierungen“³²⁶ gebe. Die Thüringer Landesleitung erblickte „Sozialdemokratismus“ u. a. im Nichterscheinen zur Überprüfung oder darin, daß der Parteibeitrag nicht entsprechend dem Einkommen gezahlt wurde. Man sah ihn auch in der Auffassung, daß intensive Massarbeit nur in Wahlkampfzeiten erforderlich sei, was sich zum Beispiel in einem Rückgang der Aktivität nach den Wahlen im Oktober 1950 gezeigt habe. Während der Überprüfung habe es Fälle offener Parteinarbeit für Kurt Schumacher gegeben, andere hätten die Überprüfung als Verletzung demokratischer Prinzipien abgelehnt.³²⁷ Im Betrieb Hescho Hermsdorf habe ein Genosse gesagt, es wäre besser gewesen, wenn die Vereinigung nicht stattgefunden hätte; die SED entrechte die Arbeiter.³²⁸ Im Kreis Eisenach verweigerten viele Mitglieder die Abgabe eines Lebenslaufes und von Lichtbildern für die Überprüfung mit dem Argument, sie wollten keine Zuarbeit für eventuelle „Steckbriefe“ leisten, wenn der Klassengegner doch noch siegen würde. Dort gab es auch viele Direktverbindungen nach der Bundesrepublik, da eine große Zahl von Arbeitern vor allem in Betrieben des dortigen Wintershall-Konzerns tätig seien, der früher auch Betriebe auf dem Territorium der DDR besessen habe.³²⁹ Bemängelt wurde außerdem der angeblich „ungenügende Kampf“ gegen frühere parteifeindliche Gruppierungen. Deren verräterische Rolle sei nicht genügend klar erkannt und nicht exakt genug ermittelt worden, wer ihnen angehörte.

Trotzdem lagen die Ausschlüsse und Streichungen der Mitgliedschaft bei ihnen vielfach prozentual höher als im Durchschnitt:

³²⁴ Vgl. HStA Weimar, BPA Erfurt, A IV/2/1-13, Bl. 25-34, 166/167.

³²⁵ Vgl. ebenda, Bl. 166-171.

³²⁶ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. III, Berlin 1952, S. 590.

³²⁷ Vgl. HStA Weimar, BPA Erfurt A IV/2/4-127, unpag.

³²⁸ Vgl. ebenda, A IV/22-210, Bl. 19.

³²⁹ Vgl. ebenda, A IV/2/1-14, Bl. 264/265.

- Von 236 ehemaligen Mitgliedern der KPD(O)³³⁰ wurden 7 ausgeschlossen und 3 gestrichen, insgesamt 12,7%,
- von 201 ehemaligen Mitgliedern der SAP³³¹ wurden 4 ausgeschlossen und 2 gestrichen, insgesamt 5%,
- von 50 ehemaligen Mitgliedern des Leninbundes³³² wurden 4 ausgeschlossen und 2 gestrichen, insgesamt 12%,
- von 27 ehemaligen Mitgliedern der KAPD³³³ wurden 2 ausgeschlossen (7,4%) und
- von 13 ehemaligen Mitgliedern des ISK³³⁴ wurden 3 ausgeschlossen (23,1%).³³⁵

Neben der hohen Zahl von Beschlüssen zur Aushändigung des Mitgliedsbuches bzw. der Kandidatenkarte, falls die Kandidatenzeit noch nicht abgelaufen war (88%), fällten die Überprüfungscommissionen folgende Entscheidungen:

- Zurückversetzung in den Kandidatenstand oder Verlängerung der Kandidatenzeit bei 4461 Mitgliedern und 1448 Kandidaten, insgesamt 2,3%;
- Streichung der Mitgliedschaft bei 6.841 Mitgliedern und 773 Kandidaten, insgesamt 3,0%;
- Ausschluß aus der Partei bei 5.235 Mitgliedern und 520 Kandidaten, insgesamt 2,3%.

8.193 Parteimitglieder (3,2%) hatten die Überprüfung verweigert und 4.746 (1,9%) waren vorher ausgetreten.³³⁶ Die Prozentzahlen entsprechen etwa denen der Gesamtpartei, lediglich die Zahl der Verweigerer liegt in Thüringen mit 3,2% deutlich höher als bei der SED insgesamt (2,4%).³³⁷

Die Gründe für die Streichung der Mitgliedschaft lagen meist in der Bewertung als „parteifremdes Element“, das „keine Verbindung zur Klasse“ habe; bei den Ausschlüssen rangierte die Bezeichnung „Parteifeind“ weitaus an erster Stelle (60,5%), gefolgt von „Karrieristentum“ (16,1%), „moralischer Unsauberkeit“ (9,3%), früherer Zugehörigkeit zu verbrecherischen faschistischen Organisationen (7,2%), kriminellen Vorstrafen (4,4%) und Fragebogenfälschung (2,4%).³³⁸

³³⁰ Vgl. S. 25, Anm. 86.

³³¹ Vgl. S. 57, Anm. 225.

³³² Vgl. S. 62, Anm. 247.

³³³ KAPD: Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, hatte sich im April 1920 als linksradikale, antiparlamentarische Abspaltung von der KPD konstituiert.

³³⁴ ISK: Internationaler Sozialistischer Kampfbund, hatte sich Ende 1925 konstituiert, war nach dem Führerprinzip aufgebaut; die wenigen hundert Mitglieder arbeiteten vorwiegend als Funktionäre in proletarischen Massenorganisationen.

³³⁵ Vgl. HStA Weimar, BPA SED Erfurt, A IV/2/4-128, unpag.

³³⁶ Vgl. ebenda, A IV/2/4-127, unpag.

³³⁷ Vgl. Wilfriede Otto: Visionen zwischen Hoffnung und Täuschung. In: Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949-1989) Frankfurt/Oder 1996, S. 210.

³³⁸ Vgl. HStA Weimar, BPA Erfurt, A IV/2/4-127, unpag. Die unter dem Begriff „kriminelle Vorstrafen“ erfaßten Fälle müssen sehr differenziert betrachtet werden. Ein Blick in die konkreten Unterlagen läßt erkennen, daß es darunter, besonders bis Ende der vierziger Jahre, eine große Zahl von Delikten gab, die aus materieller Notlage heraus begangen worden waren, wie z. B. der Diebstahl von Nahrungsmitteln.

Vor der Überprüfung umfaßte die Landesparteiorganisation Thüringen 219.393 Mitglieder und 35.067 Kandidaten, zusammen also 254.460 Genossen, danach noch 198.509 Mitglieder und 25.320 Kandidaten, insgesamt also 223.829 Menschen. Demnach hatte die Parteiorganisation Thüringens im Zeitraum der Überprüfung 30.631 Genossen verloren, das waren 12% ihres Bestandes.³³⁹ Im Vergleich zu den Verlusten, die sich unmittelbar aus der Überprüfung ergaben (26.308 Personen, mit 10,3% etwas höher als in der Partei insgesamt mit 9,4%) ergibt sich eine Differenz von 4.323, über deren Gründe nur Vermutungen angestellt werden können.³⁴⁰

Die von den Entscheidungen betroffenen Mitglieder und Kandidaten hatten das Recht Einspruch zu erheben. Allerdings war der Zeitraum dafür recht knapp; er endete am 31. 8. 1951. Außerdem sollten die Betroffenen nicht ausdrücklich auf diese Möglichkeit hingewiesen werden.³⁴¹ Bis zum 5. Dezember 1951 waren 2.029 Einsprüche bei der Landespartei kontrollkommission eingegangen, davon 643 gegen Streichungen und 1.175 gegen Ausschlüsse. Davon hatte die LPKK 1.855 bearbeitet, von denen 78 an die Zentrale Parteikontrollkommission zur Entscheidung weitergegeben worden waren. Bei den Entscheidungen in Thüringen selbst fällt auf, daß zwar zahlreiche Streichungen und Ausschlüsse zurückgenommen, andererseits aber auch Zurückversetzungen in den Kandidatenstand in Streichungen oder gar Ausschlüsse und Streichungen in Ausschlüsse umgewandelt wurden und somit die Zahl der Ausschlüsse von 1.037 auf 1.095 gestiegen war.³⁴² Der Kampf gegen „versöhnlerisches Verhalten“ hatte also Ergebnisse gezeitigt.

Die angestrebte Verbesserung der sozialen Zusammensetzung der Parteiorganisation in Thüringen wurde nicht erreicht. Im Gegenteil sank der Anteil der Industriearbeiter von 42,4% auf 40,4%, der der Landarbeiter von 2,6% auf 2,0%. Bei dem Wunsch nach Erhöhung des Arbeiteranteils in der Partei erlagen die Funktionäre ohnehin einer Fiktion. Die Arbeiterklasse war nicht mehr das, was sie vor 1933 gewesen war. Die Parteiführung hatte völlig unbeachtet gelassen, daß sich die politische und soziale Zusammensetzung der Arbeiterklasse nach 1945 beträchtlich verändert hatte. Viele der mit den Traditionen der Arbeiterbewegung verbundenen Menschen waren den Verfolgungen der Nazis zum Opfer gefallen oder nicht aus dem Kriege zurückgekehrt. Neben einer großen Anzahl von Frauen waren ehemalige Handwerker, Gewerbetreibende und Berufssoldaten in die Betriebe gelangt.³⁴³ Außerdem waren in den Betrieben jetzt auch zahlreiche ehemalige Mitglieder der NSDAP beschäftigt, die ihren früheren Beruf nicht mehr ausüben durften. Andererseits waren viele aktive Kader der Arbeiterbewegung in Funktionen in Partei, Gewerkschaften, Staat und Wirtschaft berufen worden und damit aus der unmittelbaren Arbeit in den Betrieben ausgeschieden. Das alles hatte Veränderun-

³³⁹ Vgl. ebenda.

³⁴⁰ Vgl. Wilfriede Otto: A.a.O., S. 496/497.

³⁴¹ Vgl. Angelika Klein: A.a.O., S. 26.

³⁴² Vgl. HStA Weimar, BPA Erfurt, A IV/2/4-128, unpag.

³⁴³ Vgl. Angelika Klein: A.a.O., S. 16.

gen in der sozialen Psyche der Industriearbeiterschaft bewirkt, die im Widerspruch zu den Idealvorstellungen und Wunschbildern der SED-Führung standen.

Gesunken war auch der Anteil der Bauern von 4,2% auf 3,2%, der Intellektuellen von 4,5% auf 3,0%, der Handwerker und Gewerbetreibenden von 6,1% auf 4,4% sowie der Rentner, Hausfrauen usw. von 14,5% auf 12,2%. Der Anteil der Angestellten allerdings erhöhte sich beträchtlich von 24,2% auf 33,0%.³⁴⁴

Bei aller Würdigung der Arbeit der Überprüfungskommissionen gab es seitens der Parteiführung auch Kritik. Der Beschluß der 7. Tagung des ZK sprach davon, daß es anfangs „abstrakte Fragestellungen, sektiererische Überprüfungen und Entscheidungen“ gegeben habe, was später überwunden worden sei. Jedoch seien „versöhnlerische Tendenzen ... bis zum Ende der Überprüfung nicht völlig überwunden“ worden.³⁴⁵ Die Landespartei kontrollkommission in Thüringen sah hier sogar einen ursächlichen Zusammenhang, wenn sie im Bericht über die Durchführung der Überprüfung schrieb: „Die ursprüngliche Tendenz, die Partei ordentlich zu reinigen, d. h. viele hinauszuerwerfen, sind in versöhnlerische Tendenzen umgeschlagen, nachdem die Frage der Erziehung zu sehr in den Vordergrund gestellt wurde.“³⁴⁶ Man spürt förmlich die Enttäuschung darüber, daß die ursprüngliche Tendenz sich nicht erhalten hatte.

Das Zentralkomitee erblickte nach der Überprüfung das stärkste Fundament der Partei in den Parteiorganisationen der Volkseigenen Betriebe. Sie seien dort zur führenden Kraft geworden. Auch die Parteiorganisationen in den Verwaltungen hätten ihre Arbeit verbessert, wenn auch noch nicht in ausreichendem Maße. Ähnlich sei die Lage in den Massenorganisationen, wo die führende Rolle der Partei zwar anerkannt werde, die Parteiorganisationen aber noch kein echtes Parteileben entwickelt hätten. Hingegen hätten die Parteiorganisationen in den Privatbetrieben, den Wohnbezirken und den Dörfern mit den Anforderungen nicht Schritt gehalten.³⁴⁷ Für Thüringen gibt es keine vergleichbaren Aussagen.

Das ZK beklagte den Zustand, daß es in den Leitungen eine große Fluktuation gegeben habe, daß statt der Wahl die Kooptierung neuer Leitungsmitglieder zur Regel geworden sei und vielfach die Sekretariate und nicht die gewählten Leitungen die eigentliche Führungsarbeit ausübten.³⁴⁸ Diese Dinge aber waren in allererster Linie durch die Kaderpolitik der übergeordneten Sekretariate verursacht und das ging hinauf bis ins Politbüro. In Thüringen wurden allein während der Überprüfung drei 1. Sekretäre der Kreisleitungen aus der Partei ausgeschlossen: Ernst Künzel (Altenburg), Ernst Lösch (Hildburghausen) und Fritz Schwager (Erfurt); in weiteren acht Kreisen wurden die 1. Sekretäre ebenfalls ausgewechselt, und zwar in Bad Salzungen, Eisenach, Greiz, Nordhausen, Rudolstadt, Saalfeld, Schleiz und Suhl.³⁴⁹

³⁴⁴ Vgl. HStA Weimar, BPA Erfurt, A IV/2/4-128, unpag.

³⁴⁵ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. III, Berlin 1952, S. 592.

³⁴⁶ HStA Weimar, BPA Erfurt, A IV/2/4-127, unpag.

³⁴⁷ Vgl. Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. III, Berlin 1952, S. 593-595, 598.

³⁴⁸ Vgl. ebenda, S. 596/597.

³⁴⁹ Vgl. HStA Weimar, BPA Erfurt, A IV/2/4-127, unpag.

Obwohl die Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten mehr als ein halbes Jahr andauert hatte, ein gewaltiger organisatorischer Apparat in Bewegung gesetzt worden war und die „Aussprachen“ mit den Mitgliedern und Kandidaten vielfach fast verhörartigen Charakter angenommen hatten, stellte das ZK in seinem Beschluß fest, daß es nicht immer gelungen sei, „die Vergangenheit einzelner Mitglieder bis zu Ende gründlich zu klären und Feinde zu entlarven.“ Manche Mitglieder hätten „ihre frühere Zugehörigkeit zu parteifeindlichen Gruppierungen verschwiegen“; auch seien nicht alle „feindlichen Agenten“ durch die Überprüfung entfernt worden.³⁵⁰ Deshalb dürfe es keine Selbstzufriedenheit und Sorglosigkeit geben, denn der Feind werde seine Anstrengungen noch erhöhen, in die Reihen der Partei einzudringen.

Es sollte also keine Ruhe einziehen, keine Pause im Kampf gegen „feindliche Elemente“ eintreten. So berichtete die Kreispartei-Kontrollkommission Schleiz im August 1951 über den Parteiausschluß von Dr. Willy Konopka von der Oberschule Schleiz. Er sei „Objektivist“ und „Eklektiker“, seine Unterrichtsmethoden entsprächen denen der früheren Schulreformer. Konopka hatte u. a. erklärt: „Ich lehne jede blutige Gewaltanwendung ab, deshalb kann ich kein Klassenkämpfer sein und wenn ich für diese Ansicht angeklagt werde (... dass nie mehr eine Mutter ihren Sohn beweint...), dann werde ich verlangen, dass auch der Dichter (J. R. Becher) aus der Partei entfernt wird.“ Im Beschluß der KPKK hieß es sogar noch: „Da ihm jegliches Klassenbewußtsein und damit jede Parteiverbundenheit fehlt, kann er nicht mehr als Erzieher unserer Jugend tätig sein.“³⁵¹ Zum Parteiausschluß kam also noch das Berufsverbot, eine Sanktion, die auch generell für die staatliche Verwaltung galt.³⁵²

Vereinzelt regte sich allerdings auch Widerstand. Im Bericht für September/Oktober 1951 vermeldete die Kreispartei-Kontrollkommission Eisenach eine starke Opposition gegen die Kreisleitung anlässlich eines Parteiverfahrens gegen den Vorsitzenden der Stadtteilgruppe Ost, Kurt Traberth. Vor allem alte Genossen setzten sich vehement für ihn ein.³⁵³ Aber solche Regungen blieben die Ausnahme. Wenn auch mit manchen Bedenken und Vorbehalten sah die große Mehrheit der Parteimitglieder die Notwendigkeit einer solchen Überprüfung ein oder unterwarf sich ihr widerstandslos. Schien doch selbst der Ausschluß oder die Streichung von Mitgliedern eine unvermeidliche Abwehr von Angriffen auf die sich entwickelnde DDR zu sein angesichts der zunehmenden internationalen Auseinandersetzungen (z. B. Korea-Krieg), der von der NATO gebilligten beginnenden Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik Deutschland, der Verfolgung der sich dagegen wendenden Protestbewegung in der BRD durch deren Regierung und der tatsächlich ja auch existenten Tätigkeit von Agenten imperialistischer Länder.³⁵⁴

³⁵⁰ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. III, Berlin 1952, S. 598/599.

³⁵¹ HStA Weimar, BPA Erfurt, A IV/2/4-135, unpag.

³⁵² Vgl. Aktennotiz aus dem Ministerium des Innern, Hauptabt. Personal v. 30. Juni 1951. In: HStA Weimar, BPA Erfurt, A IV/2/4-128, unpag.

³⁵³ Vgl. ebenda, A IV/2/4-112, unpag.

³⁵⁴ Vgl. Angelika Klein: A. a. O., S. 27.

Fazit

Mit der fast vierjährigen Entwicklung der SED vom Frühjahr 1948 bis zum Ende des Jahres 1951 erfolgten entscheidende Weichenstellungen für den weiteren Werdegang dieser Partei und der gesamten Gesellschaft in der DDR. Erich Gniffke, aus der SPD gekommenes Mitglied des Parteivorstandes der SED und seines Zentralsekretariats, der im Oktober 1948 in die Westzonen geflohen war, hatte im Frühjahr 1948 gemeinsam mit anderen aus der alten Sozialdemokratie stammenden führenden Funktionären der SED über den Charakter dieser Partei diskutiert. Sie kamen zu der Schlußfolgerung, sie sei trotz ihres Charakters als Massenpartei keine sozialdemokratische Partei mehr. Es sei nicht mehr möglich, in freier Meinungsäußerung Auseinandersetzungen über grundsätzliche Fragen innerhalb der Partei auszutragen. Die SED werde von oben gelenkt. Im Parteivorstand und im Zentralsekretariat aber säßen Altkommunisten und Altsozialdemokraten zusammen, die das Programm der Partei, die „Grundsätze und Ziele“, unterschiedlich bewerteten und auslegten; die Traditionsunterschiede teilten die Partei. Der zunehmende Zentralismus rufe den Widerstand unterer Parteieinheiten hervor. Trotzdem sei die SED nicht mit anderen kommunistischen Parteien gleichzusetzen. Gerade durch den Charakter der SED als Massenpartei, in der Altkommunisten und Altsozialdemokraten nur eine Minderheit bildeten, sei die SED keine kommunistische Partei im herkömmlichen Sinne.³⁵⁵

Zweifellos waren zu diesem Zeitpunkt die organisatorischen Strukturen der Partei noch so, daß demokratische Entscheidungen möglich waren, und viele Mitglieder setzten sich auch tatkräftig für ein auf demokratischen Prinzipien gegründetes Parteileben ein. Außerdem war die Möglichkeit einer Erhaltung der staatlichen Einheit Deutschlands noch nicht abgeschrieben und gerade deshalb blieben auch Vorstellungen wach, in Deutschland einen Weg zum Sozialismus zu beschreiten, der den spezifischen Bedingungen dieses Landes entsprach.

Das sollte sich jedoch bald ändern. Die im Mai/Juni 1948 einsetzenden Maßnahmen der Parteiführung zur Umformierung der SED nach dem Modell der KPdSU zeitigten bis Ende 1951 gravierende Ergebnisse. Allerdings entsprachen sie keineswegs in allen Punkten dem, was die 1. Parteikonferenz im Januar 1949 als Kennzeichen einer Partei neuen Typus formuliert hatte. In dem Beschluß „Die nächsten Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ war als erster Wesenszug genannt worden: „Die marxistisch-leninistische Partei ist die bewußte Vorhut der Arbeiterklasse (Hervorh. im Original. E.S.). Das heißt, sie muß eine Arbeiterpartei sein, die in erster Linie die besten Elemente der Arbeiterklasse in ihren Reihen zählt, die ständig ihr Klassenbewußtsein erhöhen. Die Partei kann ihre führende Rolle als Vorhut des Proletariats nur erfüllen, wenn sie die marxistisch-leninistische Theorie beherrscht, die ihr die Einsicht in die gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze vermittelt. Daher ist die erste Aufgabe zur Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus die ideologisch-politische Erzie-

³⁵⁵ Vgl. Erich W. Gniffke: Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S. 307/308, 311.

hung der Parteimitglieder und besonders der Funktionäre im Geiste des Marxismus-Leninismus.³⁵⁶

Der Lösung dieser Aufgabe widmete die Parteiführung beträchtliche Anstrengungen. Mit Hilfe eines umfassenden Schulungssystems wurde versucht, die Parteimitglieder mit der Theorie des Marxismus-Leninismus vertraut zu machen. Doch mußte zum Beispiel nach dem Abschluß des ersten Parteilehrjahres 1951 konstatiert werden, daß lediglich die Hälfte der Mitglieder regelmäßig an den Veranstaltungen teilgenommen hatte, in Thüringen rund 48%.³⁵⁷ Ganz abgesehen davon, daß die „Theorie des Marxismus-Leninismus“ mit dem lebendigen Wesen marxistischen Denkens wenig gemein hatte und auch die Art der Durchführung dieser Schulung einer wirklichen Aneignung von Kenntnissen und Erkenntnissen nicht besonders förderlich war, war es von vornherein ganz unmöglich, daß „die Partei“ diese Theorie beherrschen lernen sollte, es sei denn, man verstand unter „Partei“ nur die Führungsgremien, wie es sich in der Tat verhielt. Die ideologisch-politische Erziehung der Parteimitglieder erfolgte jedoch nicht nur mittels der Schulung, sondern viel stärker im Alltag der Parteiarbeit zum überwiegenden Teil durch administratives Vorgehen in vielfältigsten Formen. Weiterhin wurde nicht erreicht, daß die SED eine Partei von Arbeitern war; im Gegenteil ging der Anteil der wirklichen Arbeiter aus Industrie und Landwirtschaft an der Gesamtzahl der Mitglieder kontinuierlich zurück und lag in Thüringen Ende 1951 bei 40,4%.³⁵⁸

Im Beschluß der 1. Parteikonferenz war als zweites Merkmal angeführt: *„Die marxistisch-leninistische Partei ist die organisierte Vorhut der Arbeiterklasse* (Hervorh. im Original. E.S.). Alle Mitglieder müssen unbedingt Mitglied einer der Grundeinheiten der Partei sein. Die Partei stellt ein Organisationssystem dar, in dem sich alle Glieder den Beschlüssen unterordnen. Nur so kann die Partei die Einheit des Willens und die Einheit der Aktion der Arbeiterklasse sichern.“³⁵⁹ Dieses Merkmal war inhaltlich eng verknüpft mit dem im Beschluß an vierter Stelle genannten: *„Die marxistisch-leninistische Partei beruht auf dem Grundsatz des demokratischen Zentralismus* (Hervorh. im Original. E.S.). Dies bedeutet die strengste Einhaltung des Prinzips der Wählbarkeit der Leitungen und Funktionäre und der Rechnungslegung der Gewählten vor den Mitgliedern. Auf dieser innerparteilichen Demokratie beruht die straffe Parteidisziplin, die dem sozialistischen Bewußtsein der Mitglieder entspringt. Die Parteibeschlüsse haben ausnahmslos für alle Parteimitglieder Gültigkeit, insbesondere auch für die in Parlamenten, Regierungen, Verwaltungsorganen und in den Leitungen der Massenorganisationen tätigen Parteimitglieder. Demokratischer Zentralismus bedeutet die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik in der Partei, die Kontrolle der konsequenten Durchführung der Beschlüsse durch die Leitungen und die Mitglieder. Die Duldung von Fraktionen und Gruppierungen innerhalb der Partei ist unvereinbar mit ihrem marxistisch-leninistischen Charak-

³⁵⁶ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. II, Berlin 1950, S. 181.

³⁵⁷ Vgl. Thüringisches Hauptstaatsarchiv (HStA) Weimar, Bezirksparteiarchiv (BPA) der SED Erfurt, A IV/2/1-12, Bl. 139.

³⁵⁸ Vgl. ebenda, A IV/2/4-128, unpag.

³⁵⁹ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. A.a.O.

ter.”³⁶⁰ Von wirklichen Möglichkeiten echter politischer Willensbildung oder gar Entscheidungsfindung von unten nach oben ist keine Rede, es dominieren Gedanken der Disziplin und der Unterordnung.

Hinsichtlich dieser beiden Merkmale einer Partei neuen Typs haben die Aktivitäten der Jahre von 1948 bis 1951 wohl die einschneidendsten Ergebnisse erzielt. Sie führten vordergründig zur Entfernung einiger tatsächlicher, viel stärker aber vermeintlicher „Parteifeinde“ und „Agenten“. So verlor die SED allein in Thüringen von Anfang 1948 bis Ende 1951 insgesamt 41.630 Mitglieder, das waren 15,7% ihres Bestandes; ihre zahlenmäßige Stärke sank von 265.459 Mitgliedern im Dezember 1947 auf 223.829 Mitglieder und Kandidaten.³⁶¹ Schwerwiegender waren andere Folgen. Ein übermäßiger Zentralismus setzte sich durch, verbunden mit der weiteren Beschränkung der Entscheidungsspielräume der unteren Parteiorgane und dem Übergewicht des aus hauptamtlichen Funktioniären bestehenden Parteiapparats über die gewählten Leitungen. Damit wurde der „demokratische Zentralismus“ seines demokratischen Elements beraubt, die innerparteiliche Demokratie - obwohl verbal immer wieder beschworen - zerstört, auf Felder abgedrängt, die weitab von Grundsatzfragen lagen und damit zur Farce herabgewürdigt. „So gelangte die *Parteiführung zur Herrschaft*, während von der *führenden Rolle der SED* gesprochen wurde (Hervorh. im Original. E.S.).“³⁶² Das führte - je länger, desto wirksamer - zu Disziplinierung, zu vorbehaltloser Unterordnung unter vorgegebene Beschlüsse und zu Anpassung an vorherrschende Denk- und Verhaltensmuster. Die Proklamierung der Notwendigkeit ständiger „Wachsamkeit“ schuf eine Atmosphäre permanenten Mißtrauens, besonders gegenüber Parteimitgliedern, die aus angeblich „bürgerlichen“ Verhältnissen stammten, aber auch gegenüber anderen, die keine ganz „reine“ Kaderakte aufwiesen, die irgendwann einmal eine andere als die vorherrschende Parteimeinung vertreten oder gar entsprechende Handlungen begangen hatten.

Das an dritter Stelle im Beschluß genannte Merkmal postulierte: „*Die marxistisch-leninistische Partei ist die höchste Form der Klassenorganisation des Proletariats* (Hervorh. im Original. E.S.). Die Partei, in der die besten Menschen der Klasse zusammengefaßt sind, ... hat die Möglichkeit und ist berufen und verpflichtet, alle anderen Organisationen der Werktätigen dadurch zu leiten, daß die Parteimitglieder vorbildliche Arbeit in diesen Massenorganisationen leisten.“³⁶³ Abgesehen von der darin enthaltenen Problematik der kategorischen Beanspruchung der führenden Rolle der Partei a priori, die in dieser Untersuchung bereits erörtert worden ist³⁶⁴, wurde die führende Rolle in den Massenorganisationen und im Staat eben nicht nur und nicht einmal hauptsächlich, durch die vorbildliche Arbeit der Parteimitglieder in

³⁶⁰ Ebenda, S. 182.

³⁶¹ Vgl. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv. Zentrales Parteiarchiv der SED. IV/2/5/1389; HStA Weimar. BPA SED Erfurt. A IV/2/4-127, unpag.

³⁶² Siegfried Prokop: Die führende Rolle der SED als Problem der DDR. In: Streiflichter auf die Geschichte der DDR. Mitteilungen. Im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Vereins hrsg. v. Fritz Gebauer u. Manfred Neuhaus. H. 13, Leipzig 1993, S. 20.

³⁶³ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. II, Berlin 1950, S. 181.

³⁶⁴ Vgl. S. 14/15.

diesen Bereichen verwirklicht, sondern in immer stärkerem Maße durch administrative Eingriffe in die demokratische Willensbildung und Entscheidungsfindung in diesen Organisationen, die allerdings über die dort tätigen Parteimitglieder vollzogen wurden. Wenn es in diesem Punkte weiter hieß, daß sich die Partei „nicht von den Massen abkapseln und isolieren“ dürfe, sondern „ihre Verbindungen zu ihnen festigen und das Vertrauen und die Unterstützung der breiten Massen verstärken“³⁶⁵ müsse, dann wurde das gerade durch eine derartige Form der Ausübung der führenden Rolle ungemein erschwert, wenn nicht gar verhindert.

An letzter Stelle der Kriterien einer „Partei neuen Typus“ stand im Beschluß der 1. Parteikonferenz die Feststellung: „*Die marxistisch-leninistische Partei ist vom Geiste des Internationalismus durchdrungen* (Hervorh. im Original. E.S.). ... Sie erkennt die führende Rolle der Sowjetunion und der KPdSU (B) im Kampf gegen den Imperialismus an und erklärt es zur Pflicht jedes Werktätigen, die sozialistische Sowjetunion mit allen Kräften zu unterstützen.“³⁶⁶ Diese bedingungslose Anerkennung des Führungsanspruchs der KPdSU brachte in den fünfziger Jahren eine Reihe zum Teil grotesker Erscheinungen hervor, weil bestimmte Rituale aus dem Leben dieser Partei übereifrig und bedenkenlos übernommen wurden. So die Zeremonie, zu repräsentativen Zusammenkünften und Konferenzen neben dem realen Tagungspräsidium zusätzlich ein imaginäres „Ehrenpräsidium“ zu bilden, über dessen Zusammensetzung auch noch formal abgestimmt wurde, obwohl Einstimmigkeit selbstverständlich war, und in dem der zum „Generalissimus“ erhobene J. W. Stalin selbstredend die erste Stelle einnahm. Überhaupt erreichte der Kult um dessen Person nun wahre Höhepunkte. Zitate aus seinen Schriften, denen grundsätzlich der Rang von bedeutenden „Werken“ zugeschrieben wurde, galten in Auseinandersetzungen unwidersprochen als stichhaltigste „Argumente“. Übernommen wurde außerdem der Brauch, auf Demonstrationen überlebensgroße Porträts führender Persönlichkeiten der internationalen Arbeiterbewegung gleich Heiligenbildern mitzuführen. Seltsame Blüten trieb die Verknüpfung des Wachsamkeitswahns mit der Mystifikation des Mitgliedsbuches, des „Parteidokuments“, dessen Verlust als schweres Vergehen betrachtet wurde. Aus Sicherheitsgründen sollte es stets „am Mann“ (bzw. der Frau) bleiben und in manchen Parteiorganisationen wurde deshalb gefordert, es in einem Brustbeutel zu tragen, woraus sich in bestimmten Situationen skurrile Vorkommnisse ergaben. Eine andere Begleiterscheinung der eifrigen und schematischen Übernahme sowjetischer Handlungsmuster war die maßlos übertriebene Wertschätzung von Errungenschaften der sowjetischen und russischen Wissenschaft und Technik in Vergangenheit und Gegenwart. Bei vielen Menschen entstand der Eindruck, man wolle ihnen einreden, daß Russen fast alle bahnbrechenden Erfindungen und Entdeckungen der letzten Jahrzehnte und Jahrhunderte zu Wege gebracht hätten. Das führte zu einer inneren Abwehrhaltung, die sich dann auch auf die Anerkennung wirklicher Leistungen erstreckte und der Entwicklung eines echten Internationalismus enorm abträglich war.

³⁶⁵ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. A.a.O.

³⁶⁶ Ebenda, S. 182.

Trotz aller hier genannten Einschränkungen war die SED am Ende des Jahres 1951 zu einer „Partei neuen Typus“ geworden, weitgehend adäquat dem sowjetischen Modell. Kurzfristig konnte mit dieser nun straff organisierten und disziplinierten Partei die gesellschaftliche Entwicklung der DDR beschleunigt werden. Eine solche Partei war in der Lage, schnell Entscheidungen zu treffen und in die Tat umzusetzen. Das ermöglichte auch dem Staat besonders in den harten Auseinandersetzungen in der Periode des kalten Krieges vielfach rasches und effizientes Handeln und begünstigte auch die beachtlichen Aufbauleistungen in den fünfziger und sechziger Jahren.³⁶⁷ Auf lange Sicht jedoch führten diese Organisationsprinzipien, die in modifizierter Form auf die gesamte Gesellschaft übertragen wurden, zur Erstarrung, zur Unfähigkeit flexiblen Reagierens auf die sich verändernde Umwelt. Im Laufe der Zeit wurden alle problembewußten Diskussionen unterbunden, alle gedanklichen Neuansätze, jedes Infragestellen von bisher Bewährtem als „revisionistisch“, „opportunistisch“ und „parteifeindlich“ verunglimpft. Ab und an selbst von der Parteiführung ausgehende Aufrufe, an die Lösung neu auftauchender Probleme „schöpferisch“ heranzugehen, den Marxismus-Leninismus „schöpferisch“ auf die Verhältnisse in der DDR anzuwenden, blieben letztlich folgenlos, weil sie stets an die Schranken der Befürchtung stießen, solche Versuche könnten das Macht- und Wahrheitsmonopol der Parteiführung in Frage stellen.

Wenn es auch in diesem Jahrhundert in allen Parteien im Zuge des Anwachsens ihrer Mitgliedschaft und ihrer Anhängerscharen zu immer stärkerer Macht der Führer und der Parteiapparate gekommen ist³⁶⁸, so stellt die Entwicklung der SED wie die aller kommunistischen Parteien doch ein Spezifikum dar. Denn sie war eben nicht nur mit einer Abkehr von innerparteilicher Demokratie und der politischen Entmündigung ihrer Mitglieder verbunden, sondern ging einher mit der Ausgrenzung, ja teilweise der politischen und juristischen Verfolgung derer, die sich nicht vorbehaltlos der vorgegebenen „Linie“ unterwarfen. Sie stand damit in schroffem Gegensatz zum ursprünglichen humanistischen und emanzipatorischen Anliegen der marxistischen Arbeiterbewegung und hat wesentlich zum Scheitern des Sozialismus-Versuchs beigetragen.

Die entscheidende Triebkraft für den Charakterwandel der SED ist in den Bestrebungen der Kader aus der Kommunistischen Partei Deutschlands, vornehmlich den aus dem sowjetischen Exil zurückgekehrten, zu suchen, der SED die Strukturen, Funktionsmechanismen und ideologischen Grundlagen einer bolschewistischen Partei zu verschaffen, die sie als unabdingbar für die erfolgreiche Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft ansahen. Natürlich haben dabei die internationalen Bedingungen eine bedeutende Rolle gespielt. Als die sowjetische Führung am Ende der vierziger Jahre zu der Schlußfolgerung gelangte, daß der Erhalt der

³⁶⁷ Vgl. Siegfried Prokop: A.a.O, S. 24.

³⁶⁸ Vgl. Manfred Weißbecker: Das deutsche Parteienwesen nach den Revolutionen von 1917/18. Bemerkungen zu blickverengenden Debatten über ein gescheitertes Parteikonzept. In: Die Revolutionen von 1917/18 und das Ende des 20. Jahrhunderts. Schriftenreihe des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V. H. 30, Jena 1997, S. 128.

staatlichen Einheit Deutschlands kaum zu erreichen war und ihr Einfluß in Deutschland auf die eigene Besatzungszone beschränkt bleiben würde, erhielt diese einen weitaus höheren politischen Stellenwert als bisher, wurde hier eine Entwicklung vorangetrieben, die sie zu einem Bestandteil des sich herausbildenden „sozialistischen Lagers“ werden ließ. Damit wurde auch die bereits eingeleitete Formierung der SED zu einer Partei nach dem Muster der KPdSU forciert. Dennoch war damit die Entwicklung der SED nicht zwangsläufig vorgegeben. Denn es gab - wenn auch natürlich eng begrenzte - Spielräume, da die UdSSR zunächst nicht vordergründig die Installierung ihres Gesellschaftssystems in ihrer Besatzungszone bzw. der DDR anstrebte, sondern ein neutralisiertes Gesamtdeutschland. Aus der Existenz bestimmter Entscheidungsmöglichkeiten ergibt sich die Frage nach der persönlichen Verantwortung der handelnden Personen und zwar nicht nur auf höchster Ebene. Objektiv erhebt sich vor allen, die längere Zeit der SED angehört haben und in ihr Wirken eingebunden waren, die Frage, weshalb sie die Ausgrenzung, ja Verfolgung von Andersdenkenden geduldet, zum Teil sogar dabei mitgewirkt haben, weshalb sie mitunter trotz innerer Bedenken Gehorsam übten und emanzipatorische Ansprüche aufgaben.³⁶⁹ Es muß jedem selbst überlassen bleiben, ob er sich diesen Fragen stellt. Wenn er sich ihnen stellt, dann werden die Antworten darauf recht unterschiedlich ausfallen. Doch ist das Nachdenken darüber, welche Erkenntnisse aus der geschichtlichen Entwicklung zu gewinnen sind, unabdingbar.

Es ist in diesem Zusammenhang nicht möglich, säuberlich zu trennen, welche Maßnahmen sich ursächlich aus der Verschärfung der Klassenauseinandersetzung im nationalen und internationalen Maßstab herleiteten und welche sich direkt aus den Intentionen der kommunistischen Kader ergaben. Hier gab es vielfältige Wechselwirkungen. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die Zuspitzung des kalten Krieges in jenen Jahren den Hintergrund abgab für das Agieren der Funktionäre, die ihre schon länger gehegten Absichten nun ohne größere politische Rücksichtnahmen in die Tat umsetzen konnten. Die Verschärfung der internationalen Lage lieferte vielfach die Begründung für einschneidende Maßnahmen, erzeugte aber auch echte Motivationen für viele engagierte Parteimitglieder. Die konkrete Betrachtung des Geschehens läßt jedoch deutlich werden, daß die handelnden Personen keineswegs wie „aus einem Guß“ beschaffen waren. Bei ihnen kam eine Vielzahl von Beweggründen für ihr Tun zur Geltung, Motive, die durchaus auch im Widerspruch zueinander stehen konnten, was manch divergierendes Handeln erklärt.

Die Verfechter eines Charakterwandels der SED zu einer Partei neuen Typs waren zweifellos beherrscht von der Auffassung, die Partei könne nur als „Monolith“, als einheitliche und geschlossene Organisation voll handlungsfähig sein und ihre Aufgabe als führende Kraft der revolutionären Umgestaltung erfüllen. Das war für sie die oberste Maxime, wobei die Motive für die im einzelnen dabei zu gehenden Schritte durchaus stark differierten und keineswegs alle von oben eingeleiteten Maßnahmen gebilligt wurden.

³⁶⁹ Vgl. Michael Schumann: Zum Sinn unserer politisch-historischen Debatte. In: Presse- und Informationsdienst der PDS, 28.5.1993, S. 9.

Auch bei denen, die sich gegen die Formierung der SED zu einer Partei nach dem Muster der KPdSU gewandt hatten, waren die Beweggründe für ihr Denken und Tun recht unterschiedlich. Von den ausgesprochenen Gegnern einer gesellschaftlichen Umgestaltung in Richtung Sozialismus abgesehen, stand im Vordergrund der Widerstand gegen die schematische Übernahme des sowjetischen Modells, die Skepsis oder Ablehnung dessen, was ihnen als „Leninismus“ und „Erfahrungen der KPdSU“ entgegentrat. Vor allem bei früheren langjährigen Mitgliedern anderer Arbeiterparteien spielte außerdem eine große Rolle die Verteidigung der eigenen Biographie, der eigenen Erfahrungen in den Kämpfen ihrer Zeit und auch die Bewahrung der Selbstachtung, der Würde des einzelnen Mitglieds gegenüber einer als gefühllos empfundenen Organisation. Gerade eine solche Haltung verdient hohe Wertschätzung. Denn besonders verhängnisvoll an der Entwicklung der marxistischen Arbeiterbewegung war ja die Tatsache, daß der ursprüngliche Gedanke, der Mensch müsse das höchste Wesen für den Menschen werden, verdrängt wurde durch die „Treue zur Sache“, die immer mehr dazu führte, den einzelnen Menschen, seine Persönlichkeit, Individualität und Würde geringzuachten. Noch immer ist also die Forderung zu realisieren, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“³⁷⁰

³⁷⁰ Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 1, S. 385.